

Folker Bittmann (Hrsg.)
Insolvenzstrafrecht
Handbuch für die Praxis

de Gruyter Handbuch

Folker Bittmann (Hrsg.)

Insolvenzstrafrecht

Handbuch für die Praxis



De Gruyter Recht · Berlin

Herausgeber und Autoren:

Oberstaatsanwalt *Folker Bittmann*, Halle/Saale
Rechtsanwalt *Wolfgang Ferner*, Fachanwalt für Strafrecht, Heidelberg
Staatsanwältin *Anett Ganz*, Schwerin
Rechtsanwalt *Christian Gerloff*, München
Staatsanwältin *Heike Geyer*, Halle/Saale
Staatsanwalt *Axel Goos*, Kiel
Professor Dr. *Urs Peter Gruber*, Halle/Saale
Professor Dr. *Wolfgang Joecks*, Greifswald
Rechtsanwalt Dipl.-Betriebswirt *Michael Martinez Ferber*, Karlsruhe
Staatsanwalt *Volker Meyer*, Halle/Saale
Rechtsanwältin *Carolin Rudolph*, Fachanwältin für Strafrecht, Halle/Saale
Staatsanwalt *Frank-Thomas Schulze*, Halle/Saale
Professor Dr. *Stefan Smid*, Kiel

Zitiervorschlag: *Ferner* in *Insolvenzstrafrecht* § 4 Rdn 15

♾ Gedruckt auf säurefreiem Papier,
das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

ISBN 3-89949-121-1

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© Copyright 2004 by De Gruyter Rechtswissenschaften Verlags-GmbH, D-10785 Berlin

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Umschlaggestaltung: Christopher Schneider, Berlin

Datenkonvertierung/Satz: WERKSATZ Schmidt & Schulz GmbH, Gräfenhainichen

Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG, Altusried-Krugzell

Vorwort

Dieses Buch ist ein Experiment! Soweit ersichtlich, gibt es kein strafrechtlich ausgerichtetes Werk, welches neben der Darstellung des Insolvenzstrafrechts im engeren und weiteren Sinne auch noch das prozessuale Geschehen in theoretischer wie praktischer Weise sowie die Grundlagen des Insolvenz- und des Gesellschaftsrechts erläutert. In dem hier vorliegenden Erstling werden zudem auch noch bestimmte insolvenz(straf)rechtliche Konstellationen aufgegriffen und in tatsächlicher wie rechtlicher Hinsicht umfassend untersucht. Als Herausgeber danke ich allen Mitautor(inn)en (Professoren dreier verschiedener Rechtsgebiete, Insolvenzverwalter, Rechts- und Staatsanwälte) und vor allem dem Verlag für den aufgebrachten Wagemut.

Das Werk ist für die Praxis geschrieben. Es will dem Leserkreis sowohl Zugang zu der häufig sehr komplexen und rechtsgebietsübergreifenden Materie, ihm also einen Überblick verschaffen, als auch ihm mit vertiefenden Darstellungen sowie weiterführenden Hinweisen bei der Lösung von Fällen jenseits der täglichen Routine dienlich sein. Die Berücksichtigung außerstrafrechtlicher Rechtsprechung und Literatur in strafrechtlichen Beiträgen soll einen Beitrag zur Einheit der Rechtsordnung leisten. Überdies soll es – wie das gesamte Buch überhaupt – den in verschiedenen Rollen am Insolvenz- und Insolvenzstrafverfahren Beteiligten Anregungen bieten nicht nur für eine sachgerechte Bewältigung ihrer Aufgaben, sondern vor allem für die Zusammenarbeit mit den anderen in derselben Angelegenheit Befähtigten. Es soll ferner den Dialog all derjenigen befruchten, die mit Insolvenz(straf-)verfahren in irgendeiner Hinsicht befaßt sind.

Das Buch hat demgemäß sowohl einen wissenschaftlichen Anspruch als auch Servicecharakter – beides ist aus Sachgründen in den jeweiligen Paragraphen unterschiedlich ausgeprägt. Es wendet sich nicht nur an die in der Strafjustiz mit insolvenz(straf)rechtlichen Themen befaßten Juristen, sondern auch an Verteidiger und darüberhinaus an Insolvenzverwalter. Letztere verpassen nämlich nur allzu häufig Chancen zur Massemehrung, weil sie die Synergieeffekte einer intensiven Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft unterschätzen.

Ein neues Buch kann weder alle (Druck- wie inhaltlichen) Fehler vermeiden – dafür bitte ich schon im vorhinein um Nachsicht – noch jemals alle Wünsche der Leser erfüllen. Das ist zumal dann nicht möglich, wenn es auf einer neuen Konzeption beruht. Es wäre deshalb nicht nur nicht störend, sondern nachgerade erwünscht, wenn aus dem Kreis der Nutzer Anregungen, Kritik und Ergänzungswünsche an die Autor(inn)en herangetragen werden würden. Gerade ein Werk für die Praxis kann im Dialog mit seinem Adressatenkreis nur gewinnen. Allein auf diese Weise ist ein spezifizierteres Eingehen auf die Bedürfnisse der Leser in späteren Auflagen möglich. Es scheue sich deshalb niemand, ihre/seine Gedanken dem Autorenkreis zugänglich zu machen (über Zuschriften an den Verlag, den Herausgeber <F. B., Staatsanwaltschaft Halle, Merseburger Straße 63, 06112 Halle/Saale> oder per eMail <Folker.Bittmann@web.de>).

Die einzelnen Teile berücksichtigen durchweg die Gesetzeslage, Rechtsprechung und das Schrifttum bis zum 1. 1. 2004. Im Bemühen, den Leserkreis so aktuell wie möglich zu informieren, war es im Zuge der Drucklegung in manchen Paragraphen sogar möglich, Veröffentlichungen bis Anfang Juni 2004 zu berücksichtigen. Auf diese Weise vermochte z. B.

in § 21 bereits auf das unmittelbar vor der Verabschiedung stehende Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehungen mit den vorgesehenen Änderungen des § 266a StGB und somit auf den alsbaldigen Rechtszustand eingegangen zu werden. Das zum 1. 7. 2004 in Kraft getretene Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) konnte bereits berücksichtigt werden.

Wenn das vorliegende Buch, sei es kritisch, sei es zustimmend, angenommen werden würde und vor allem dem Leserkreis die Arbeit wenigstens etwas erleichterte, dann hätte es seinen Zweck erfüllt.

Halle/Saale, im Juni 2004

Folker Bittmann
Herausgeber

Inhaltsübersicht

	Seite	Bearbeiter
Vorwort	V	
Muster, Schaubilder, Tabellen, Übersichten	XXXVII	
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX	
Literaturverzeichnis	LXI	
Einleitung		
1. Kapitel: Informationsbeschaffung		
§ 1 Informationsbeschaffung der Staatsanwaltschaft und Gestaltung des Ermittlungsverfahrens	1	Bittmann
X. Informationsbeschaffung bei anderen Behörden		
1. Steuerbehörden	98	Joecks
2. Arbeitsverwaltung	106	Schulze
§ 2 Die Buchhaltung als wesentliche Informationsquelle . . .	109	Martinez Ferber
§ 3 Die Gerichte im Ermittlungsverfahren	131	Bittmann
§ 4 Anwaltliche Strategien im Ermittlungsverfahren	143	Ferner
2. Kapitel: Die gesellschaftsrechtlichen Funktionsträger		
§ 5 Die einzelnen Funktionsträger	155	Gruber
V. Faktische Organe, insbesondere der faktische Geschäfts- führer	173	Meyer
VI. Der Strohmann	190	Rudolph
VII. Die Liquidatoren	197	Gruber
§ 6 Pflichten im Vorfeld der Krise	199	Gruber
§ 7 Pflichten bei Eintritt der Krise	221	Gruber
§ 8 Eröffnungsverfahren: Auswirkung der Antragstellung und gerichtlicher Maßnahmen bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens auf die Stellung der Verfahrens- beteiligten	256	Smid
§ 9 Auswirkung des eröffneten Insolvenzverfahrens auf die Rechtsstellung und die Rechtspflichten der Beteiligten	264	Smid
§ 10 Die Pflichten nach Abweisung mangels Masse und wegen Masseunzulänglichkeit sowie bei der Nachtrags- liquidation	285	Gruber
3. Kapitel: Die Strafbarkeit nach den verschiedenen Strafvorschriften		
§ 11 Insolvenzverschleppung (am Beispiel des § 84 GmbHG)	293	Bittmann
§ 12 Bankrott, §§ 283, 283a StGB	330	Bittmann
§ 13 Verletzung der Buchführungspflicht, § 283b StGB . . .	432	Bittmann
§ 14 Gläubigerbegünstigung, § 283c StGB	436	Bittmann

§ 15 Betrug, § 263 StGB	453	Schulze
§ 16 Untreue, § 266 StGB	474	Bittmann
§ 17 Kreditbetrug, § 265b StGB	514	Schulze
§ 18 Subventionsbetrug, § 264 StGB	517	Schulze
§ 19 Unterschlagung, § 246 StGB	521	Schulze
§ 20 Vereitelung der Zwangsvollstreckung, § 288 StGB.	526	Schulze
§ 21 Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt,	531	Bittmann
§ 266a StGB		
§ 22 Schuldnerbegünstigung, § 283d StGB	580	Bittmann
4. Kapitel: Besondere strafrechtliche Risiken		
§ 23 Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters	587	Joecks
III 4 Datenschutz.	597	Gerloff
III 5 Umweltdelikte	597	Gerloff
§ 24 Umfeldaktivitäten des Insolvenzverwalters	599	Gerloff
§ 25 Sanierung in der Insolvenz.	616	Gerloff
§ 26 Insolvenzgeld	637	Gerloff
§ 27 Die Banken	649	Ganz
§ 28 Der Berater	671	Geyer
§ 29 Professionelle Unternehmensbestatter.	687	Gerloff
§ 30 Gläubigerpool	706	Rudolph
§ 31 Untreue im (qualifizierten) faktischen Konzern	711	Joecks
5. Kapitel: Besondere Verfahrensfragen		
§ 32 Die Verständigung im Strafverfahren; der „Deal“	721	Meyer
§ 33 Gewinnabschöpfung und Rückgewinnungshilfe	744	Goos
6. Kapitel: Zwischen- und Hauptverfahren		
§ 34 Die Staatsanwaltschaft	781	Bittmann
§ 35 Das Gericht.	789	Bittmann
§ 36 Die Beteiligung der Finanzbehörden	797	Joecks
§ 37 Die Verteidigung	801	Ferner
Stichwortverzeichnis	825	

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Muster, Schaubilder, Tabellen, Übersichten	XXXVII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Literaturverzeichnis	LXI

Einleitung

1. Kapitel: Informationsbeschaffung

§ 1 Informationsbeschaffung der Staatsanwaltschaft und Gestaltung des Ermittlungsverfahrens

I. Beginn eines Ermittlungsverfahrens	1
1. Strafanzeigen	1
2. Andere Informationsquellen	2
3. Mitteilungen in Zivilsachen	3
4. Die Grenzen des § 97 Abs 1 S 3 InsO.	5
II. Aufnahme der Ermittlungen	9
1. Frühzeitige Einstellung nach dem Opportunitätsprinzip	9
a) §§ 153 Abs 1 und 153a Abs 1 StPO	9
b) Beschränkung des Verfahrensstoffs, §§ 154, 154a StPO	10
2. Planung der Ermittlungen	11
a) Aktenaufbau	11
b) Akteneinsichtsgesuche	13
c) Handakten	13
d) Zusammenarbeit Staatsanwaltschaft/Polizei	13
III. Allgemeine Informationsquellen	18
1. Krankenkassen	18
2. Insolvenzgericht	18
3. Gerichtsvollzieher	19
4. Schuldnerverzeichnis	19
5. Handelsregister	20
6. Gewerberegister	21
7. Arbeitsamt	21
8. Banken	21
IV. Durchsuchung und Beschlagnahme	25
1. Handhabung	25
a) Allgemeines	25
b) Vorbereitung	26
aa) Inhaltlich	26
bb) Technisch	27
(1) Einsatzort	28
(2) Zeitpunkt	28
(3) Beteiligung des Staatsanwalts	29
(4) Gestaltung des Einsatzes	32

(5) Logistische Vorbereitung	33
(6) Beweisrichtung	34
(7) Sonstige Vorbereitungen	35
(a) Zusätzliche Einsatzkräfte	35
(b) Asservate	35
(c) Presse	36
2. Regeln strafprozessualen Zwangsmittleinsatzes	36
a) Ermittlungsrichter	36
b) Sicherstellung und Beschlagnahme, § 94 StPO	38
aa) Grundlagen	38
bb) Anordnung: Befugnis, § 98 StPO, und Bestimmtheit	41
cc) Herausgabeverlangen, § 95 StPO	44
dd) Beschlagnahmeverbote, § 97 StPO	45
(1) Grundlagen	45
(2) Buchführungsunterlagen	46
(3) Notarielle Urkunden	47
(4) Grenzen und Ausnahmen	48
(a) Verhältnis zu §§ 111b ff StPO	48
(b) Kein Schutz von Organen juristischer Personen	49
(c) Entbindung von der Schweigepflicht	50
(d) Verzicht und Gegenausnahmen	52
(aa) Verteidigungsunterlagen	54
(bb) Anderkonten	55
c) Beschlagnahme und Arrest zur Sicherung von Verfall und Einziehung, §§ 111b ff StPO	56
d) Durchsuchung	56
aa) Grundlagen	56
bb) Durchsuchung beim Verdächtigen, § 102 StPO	58
cc) Durchsuchung bei Dritten, § 103 StPO	59
dd) Durchsuchungen zur Nachtzeit, § 104 StPO	60
ee) Anordnungsbefugnis, § 105 Abs 1 StPO, und Bestimmtheit	60
ff) Rechtsfolgen bei Gesetzesverstößen	63
gg) Regeln für die Durchführung der Durchsuchung, §§ 105 Abs 2 bis 107, 109 StPO	64
hh) Zufallsfunde, § 108 StPO	66
ii) Durchsicht von Papieren, § 110 StPO	67
e) Rechtsschutz, §§ 98 Abs 2 S 2 und 304 ff StPO	70
aa) § 98 Abs 2 S 2 StPO	71
bb) §§ 304 ff StPO	72
cc) Praktische Konsequenzen	72
V. Zusammenarbeit Staatsanwaltschaft/Insolvenzverwalter	72
1. Aufgaben des Insolvenzverwalters	72
2. Einschaltung der Staatsanwaltschaft aus der Sicht des Insolvenz- verwalters	74
3. Insbesondere: Rückgewinnungshilfe	76
4. Strafprozessuale Pflichtenstellung des Insolvenzverwalters	78
VI. Der Wirtschaftssachverständige	79
1. Allgemeines	79
2. Interne Wirtschaftsprüfgruppe, Rechtsstellung des Gutachters, Rechts- folgen	80
3. Externe Gutachter	89

VII. Der Zeuge	89
VIII. Der Beschuldigte	90
1. Allgemeines	90
2. Vernehmung	92
3. Der Verteidiger	93
4. Inhaftierung des Beschuldigten	95
IX. Akteneinsicht an Dritte	96
X. Informationsbeschaffung bei anderen Behörden	98
1. Steuerbehörden	98
a) Reichweite des Steuergeheimnisses	98
aa) „Verhältnisse“	98
bb) „Eines anderen“	99
b) Durchbrechung des Steuergeheimnisses	100
aa) Durchführung eines Steuerstrafverfahrens	101
bb) Durchführung eines Strafverfahrens, das sich nicht auf Steuer-	
straftaten bezieht	101
(1) Gesetzliche Regelung	101
(2) Zustimmung des Betroffenen	102
(3) § 30 Abs 4 Nr 4 AO	102
(4) § 30 Abs 4 Nr 5 AO	103
cc) Grenzen der Verwertbarkeit	106
c) Gesamtergebnis	106
2. Arbeitsverwaltung	106
a) Allgemeine Regelungen	106
b) Sonderregelungen des SGB III	107

§ 2 Die Buchhaltung als wesentliche Informationsquelle

I. Informationsquelle betriebliches Rechnungswesen	109
1. Die Buchführung als Teil des betrieblichen Rechnungswesens	109
2. Arten von Buchführungspflichten	110
3. Die allgemeine (handelsrechtliche) Buchführungspflicht	110
4. Die steuerrechtliche Buchführungspflicht	112
5. Sonstige Aufzeichnungspflichten	114
II. Der Inhalt der Buchführungspflicht	114
1. Überblick	114
2. Die Bilanz	115
3. Die Gewinn- und Verlustrechnung	116
4. Der Anhang	116
5. Der Lagebericht	117
III. Auswertungsarten und Informationsgehalt – Beschreibung anhand der	
DATEV-Auswertungen	117
1. DATEV-Kontenrahmen	117
2. Die Hierarchie der DATEV-Auswertungen	117
3. DATEV-Primanota	118
4. DATEV-Kontoauszüge	119
5. Summen- und Saldenlisten	121
6. BWAs und Zusatzauswertungen	123
7. DATEV-Bilanz, GuV und Kontennachweise	124
IV. Sonstige Informationsquellen aus dem betrieblichen Rechnungswesen	124
1. Kostenrechnung	124
2. Betriebliche Statistik und Vergleichsrechnung	124

3. Planungsrechnung	125
4. Kapitalflussrechnung	125
5. Segmentberichterstattung	125
V. Überblick über Techniken des forensischen Rechnungswesens bei Insolvenz- straftaten	126
1. Begriffsabgrenzung	126
2. Fälle von Mehrfachzahlungen an denselben Zahlungsempfänger	127
3. Fälle von Mehrfachzahlungen an verschiedene Zahlungsempfänger	128
4. Rechnungen über fiktive Leistungen	129
5. Fälle mangelhafter Lieferungen	130
6. Wertmanipulationen	130
§ 3 Die Gerichte im Ermittlungsverfahren	
I. Aufgabenverteilung im Ermittlungsverfahren	131
II. Der Ermittlungsrichter	132
III. Das Rechtsmittel der Beschwerde	134
IV. Besonderheiten des Haftrechts	135
1. Zuständiger Haftrichter	135
2. Der Haftbefehl	136
a) Seine Voraussetzungen	136
b) Rechtsschutz	138
aa) Die Beschwerde	138
bb) Die Haftprüfung	138
3. Die besondere Haftprüfung durch das Oberlandesgericht	139
§ 4 Anwaltliche Strategien im Ermittlungsverfahren	
I. Durchsuchungen	143
1. Aufgaben des Verteidigers	143
2. Die Anordnung der Durchsuchung und „Gefahr im Verzug“	145
3. Rechtsmittel bei Durchsuchungen	145
II. Untersuchungshaft	146
III. Beschuldigte, Zeugen und andere Beteiligte	
1. Der Zeuge	146
2. Der Zeugenbeistand	147
3. Der faktische Geschäftsführer	148
4. Berufsgeheimnisträger	149
5. Beihilfe durch Berufsberater	149
6. Der Sanierer	150
7. Der Sachverständige	150
8. Der Wirtschaftsreferent der Staatsanwaltschaft	151
9. Die Ablehnung des Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit	151
IV. Der Verteidiger	152
1. Strategische Überlegungen	152
2. Verteidigerpost	152
3. Akteneinsicht	153
V. Insolvenzstraf- und -verfahrensrecht	153
1. Die Einleitung des Ermittlungsverfahrens und der Grundsatz „nemo tenetur“	153
2. Die Feststellung der Krise	154
3. Vorsatz	154

2. Kapitel: Die gesellschaftsrechtlichen Funktionsträger

§ 5 Die einzelnen Funktionsträger

I. Einführung	155
II. Die Geschäftsführer	156
1. Bestellung	
a) Organschaftliche Bestellung	156
b) Schuldrechtliches Anstellungsverhältnis	157
2. Geschäftsführungsbefugnis	157
a) Befugnisse nach dem GmbHG	157
aa) Abgrenzung zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung	157
bb) Weisungsgebundenheit und Informationspflicht der Geschäftsführer	159
cc) Grenzen der Weisungsbefolgungspflicht	161
(1) Überblick	161
(2) Weisung einer unzuständigen Person	162
(3) Gesetzeswidrige Weisungen	162
(4) Sittenwidrige Weisungen	162
(5) Die GmbH in ihrer Existenz gefährdende Weisungen	163
(6) Auf einem nichtigen Gesellschafterbeschluss beruhende Weisungen	163
(7) Auf einem anfechtbaren Gesellschafterbeschluss beruhende Weisungen	164
b) Abweichung von der Zuständigkeitsordnung durch Gesellschaftsvertrag	165
aa) Einschränkungen der Befugnisse des Geschäftsführers	165
bb) Erweiterungen der Befugnisse des Geschäftsführers	165
c) Verteilung der Geschäftsführungsbefugnis im Verhältnis der Geschäftsführer zueinander	165
aa) Grundsatz der Gesamtgeschäftsführung	165
(1) Erfordernis der einstimmigen Beschlussfassung	165
(2) Haftungsfragen	166
bb) Abweichende Regelungen	167
(1) Überblick	167
(2) Ressortaufteilung	167
(a) Überwachungspflicht	167
(b) Verschärfung der Überwachungspflicht in der Krise	168
(3) Einzelgeschäftsführungsbefugnis	168
d) Delegation auf Dritte	168
3. Vertretungsmacht	169
III. Die Gesellschafterversammlung	170
1. Geschäftsführungsbefugnis	170
a) Befugnisse nach dem GmbHG	170
b) Ausübung der Kompetenzen	170
aa) Beschluss der Gesellschafterversammlung	170
bb) Die Rechte des einzelnen Mitglieds	171
(1) Fehlende Organstellung	171
(2) Teilnahme- und Stimmrechte	171
2. Vertretungsmacht	172
IV. Der Aufsichts- oder Beirat	172
1. Aufsichtsrat	172

2. Beirat	173
V. Faktische Organe, insbesondere der faktische Geschäftsführer	173
1. Ausgangslage	173
2. Organ- und Vertreterhaftung nach § 14 StGB (§ 9 OWiG)	174
a) Überblick	174
b) Begriff des Vertreters	174
c) Unwirksamkeit der Rechtshandlung	175
3. Haftung nach den Grundsätzen der faktischen Geschäftsführung	175
a) Überblick	175
b) Voraussetzungen der faktischen Geschäftsführung	176
aa) Tatsächliche Geschäftsleitung	176
bb) Einverständnis der Gesellschafter	179
cc) Tatsächliche Verfügungsmacht	179
c) Strafrechtliche Haftung des faktisch Handelnden	179
d) Strafrechtliche Haftung eines faktisch handelnden Gesellschafters	183
e) Vertreter einer Bank als faktischer Geschäftsführer	183
f) Konzernvertreter als faktischer Geschäftsführer	184
g) Kriterien zur faktischen Geschäftsführung	185
h) Pflichtenstellung des faktischen Geschäftsführers	185
aa) Einzelne Pflichten	185
bb) Beantragung des Insolvenzverfahrens	186
cc) Strafbarkeit wegen Betruges	187
dd) Strafbarkeit wegen Untreue	187
i) Subjektive Voraussetzungen einer Strafbarkeit	189
VI. Der Strohmann	190
1. Allgemeines	190
2. Faktisches Vorkommen	190
a) Der Strohmann als natürliche Person	190
b) Der Strohmann als Geschäftsführer einer GmbH	191
3. Rechtliche Einordnung	191
4. Insolvenzverschleppung	192
5. Bankrott	193
a) Insolvenz des Hintermannes	193
b) Insolvenz des Strohmannes	193
6. Vorenthalten von Arbeitsentgelt	194
a) Verdeckte Stellvertretung	194
aa) Strafbarkeit des Strohmannes	194
bb) Strafbarkeit des Hintermannes	194
b) Offene Stellvertretung	195
c) Geschäftsführer als Strohmann	195
7. Untreue	195
8. § 130 OWiG	196
9. Täterschaft und Teilnahme	196
10. Garantenstellung, § 13 StGB	197
11. Strafzumessung	197
VII. Die Liquidatoren	197
1. Auflösung, Liquidation und Beendigung	197
2. Bestimmung der Liquidatoren	198
3. Aufgaben	199

§ 6 Pflichten im Vorfeld der Krise

I. Einführung	199
II. Der Geschäftsführer	200
1. Pflichten zum Zweck der Kapitalerhaltung	200
a) Auszahlungsverbot nach § 30 Abs 1 GmbHG	200
aa) Übersicht	200
bb) Auszahlung an einen Gesellschafter	201
(1) Auszahlung	201
(a) Vermögensminderndes (rechtsgeschäftliches) Verhalten	201
(b) Verdeckte Gewinnausschüttungen (verdeckte Vorteilgewährungen)	202
(2) Gesellschafter als Empfänger der Zahlung	203
(a) Maßgebender Zeitpunkt	203
(b) Anweisungsfälle	204
(c) Sicherheitenbestellung für Gläubiger des Gesellschafters	204
(d) Zahlung an dem Gesellschafter nahestehende Personen	205
(e) Anwendung auf Nicht-Gesellschafter bei Zahlung an Gesellschafter	207
cc) Schmälerung des Gesellschaftervermögens	207
(1) Niederschlag in der Bilanz	207
(2) Schmälerung des Erfolgspotentials	208
dd) Herbeiführung oder Verschärfung einer Unterbilanz	209
ee) Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 30 Abs 1 GmbHG für den Geschäftsführer	209
2. Pflichten zum Schutz des Gesellschaftsvermögens	210
a) Verbot der Weggabe von Gesellschaftsvermögen an Gesellschafter bei Existenzgefährdung	210
b) Risikogeschäfte mit Dritten	211
3. Rechnungslegungspflichten	211
4. Informationspflichten	212
a) Informationspflichten gegenüber den Gesellschaftern	212
aa) Pflicht zur Einberufung einer Gesellschafterversammlung bei Herabsinken des Eigenkapitals auf den halben Wert des Stammkapitals	212
(1) Feststellung in Jahresbilanz oder Zwischenbilanz	212
(2) Feststellung außerhalb einer Bilanz, Verdachtsfälle	213
bb) Weitere Informationspflichten	213
b) Informationspflichten gegenüber Dritten	214
5. Loyalitäts- und Treuepflichten	214
6. Arbeitgeberpflichten	215
III. Der Gesellschafter	216
1. Pflichten zum Zweck der Kapitalerhaltung	216
a) Haftung nach § 31 GmbHG bei Unterbilanz	216
b) Keine weitergehende Schadensersatzhaftung	218
2. Pflichten zum Schutz des Gesellschaftsvermögens, insbes Verbot existenzvernichtender Eingriffe	218
3. Loyalitäts- und Treuepflichten	220

§ 7 Pflichten bei Eintritt der Krise

I. Einführung	221
II. Insolvenzeröffnungsgründe	221
1. Einführung	221
a) Funktion der Eröffnungsgründe	221
b) Feststellung der Eröffnungsgründe	221
aa) Feststellung durch das Insolvenzgericht	221
bb) Feststellung durch den Geschäftsführer	222
2. Der Eröffnungsgrund der Zahlungsunfähigkeit	222
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	222
aa) Begriff der „fälligen Zahlungspflichten“	222
(1) Zahlungspflichten	222
(2) Fälligkeit	223
bb) Fehlende Fähigkeit des Schuldners zur Erfüllung der Zahlungspflichten	224
(1) Bestimmung der Zahlungsunfähigkeit	224
(2) Maßgeblicher Zeitraum	224
(3) Unwesentliche Schulden	225
(4) Abgrenzung zur Zahlungsunwilligkeit	225
b) Nachweis der Zahlungsunfähigkeit	226
aa) Bilanzieller Nachweis	226
bb) Vermutung bei Zahlungseinstellung	226
(1) Definition	226
(2) Kasuistik	227
(a) Verhaltensweisen des Schuldners, die eine Zahlung aus- schließen	227
(b) Art und Umfang der nicht beglichenen Verbindlichkeiten	227
(c) Pfändungen, Wechselproteste uä.	227
(d) Erklärungen des Schuldners	228
(3) Widerlegung der Vermutung	228
3. Der Eröffnungsgrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit	228
a) Beschränkung der Antragsbefugnis	228
b) Das Merkmal der drohenden Zahlungsunfähigkeit	229
aa) Erforderlichkeit einer Prognoseentscheidung	229
bb) Die Gegenstände der Prognoseentscheidung im Einzelnen	229
(1) Zukünftige Zahlungspflichten	229
(2) Zukünftige Fähigkeit des Schuldners zur Erfüllung der Zahlungspflichten	230
(3) Maßgeblicher Zeitraum	230
cc) Wahrscheinlichkeit	231
dd) Nachweis der drohenden Zahlungsunfähigkeit	231
4. Eröffnungsgrund der Überschuldung	231
a) Überblick	231
b) Die Bewertungsgrundsätze im Allgemeinen	232
aa) Fortführungsprognose	232
(1) Voraussetzungen einer positiven Fortführungsprognose	232
(2) Auswirkungen der positiven Fortführungsprognose auf Ansatz und Bewertung	233
bb) Bilanzierungsregeln	234
c) Kasuistik	234

aa) Aktiva	234
bb) Passiva	235
III. Der Geschäftsführer	236
1. Pflichten zum Zweck der Kapitalerhaltung	236
a) Auszahlungsverbot nach § 30 Abs 1 GmbHG	236
b) Auszahlungsverbot bei eigenkapitalersetzenden Leistungen der Gesellschafter	236
2. Pflichten zum Schutz des Gesellschaftsvermögens	237
a) Verbot der Vornahme von Zahlungen nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit bzw nach Feststellung der Überschuldung	237
aa) Überblick	237
bb) Tatbestandsvoraussetzungen	237
(1) Zahlung zum Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit bzw Überschuldung der GmbH	237
(2) Ausnahmsweise zulässige Zahlungen	238
(3) Eröffnung eines Insolvenzverfahrens	239
(4) Verschulden	239
cc) Rechtsfolgen	239
b) Sanierungspflicht	240
3. Rechnungslegungspflichten	241
4. Informationspflichten	241
a) Informationspflichten gegenüber den Gesellschaftern	241
b) Informationspflichten gegenüber Dritten	241
aa) Überblick	241
bb) Informationspflicht bei Zahlungsunfähigkeit der GmbH (§ 17 InsO)	242
cc) Informationspflicht bei drohender Zahlungsunfähigkeit der GmbH (§ 18 InsO)	242
dd) Informationspflicht bei Überschuldung der GmbH (§ 19 InsO)	243
5. Loyalitäts- und Treuepflichten	243
6. Arbeitgeberpflichten	244
7. Insolvenzantragspflicht	245
a) Überblick	245
b) Voraussetzungen der Vorschrift im Einzelnen	245
aa) Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung	245
bb) Antragsverpflichtete	245
cc) Höchstfrist für Antrag	246
(1) Sanierungsmöglichkeit als Voraussetzung	246
(2) Fristbeginn	246
(3) Fristende	246
c) Rechtsfolgen eines Verstoßes durch den Geschäftsführer	247
aa) Haftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern	247
bb) Haftung gegenüber der Gesellschaft	247
IV. Der Gesellschafter	248
1. Pflichten zum Zweck der Kapitalerhaltung	248
a) Ausschüttungsverbot nach § 30 Abs 1 GmbHG	248
b) Nachschusspflicht	248
c) „Finanzierungsfolgenverantwortung“ bei eigenkapitalersetzenden Gesellschafterleistungen	248
aa) Einführung	248
bb) Voraussetzungen des Eigenkapitalersatzrechts	249

(1) Krise der Gesellschaft	249
(2) Leistung durch Gesellschafter	250
(3) Darlehen, Kreditsicherheit oder wirtschaftlich entsprechende Rechtshandlung	251
(a) Überblick	251
(b) Darlehen, § 32a Abs 1 GmbHG	251
(c) Bestellen von Kreditsicherheiten, § 32a Abs 2 GmbHG	252
(d) Wirtschaftliche entsprechende Rechtshandlungen, § 32a Abs 3 GmbHG	252
(4) Rechtsfolgen	253
(a) Darlehen	253
(aa) Rechtsprechungsregeln	253
(bb) Novellenregeln	253
(b) Kreditsicherheiten	254
(aa) Rechtsprechungsregeln	254
(bb) Novellenregeln	254
(c) Wirtschaftlich entsprechende Rechtshandlungen, insbes Nutzungsüberlassung	255
(aa) Rechtsprechungsregeln	255
(bb) Novellenregeln	255
2. Pflichten zum Schutz des Gesellschaftsvermögens	255
3. Loyalitäts- und Treuepflichten	255
V. Der Aufsichtsrat oder Beirat	256

§ 8 Eröffnungsverfahren: Auswirkung der Antragstellung und gerichtlicher Maßnahmen bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens auf die Stellung der Verfahrensbeteiligten

I. Einleitung des Insolvenzverfahrens iWS	256
1. Der Insolvenzantrag und seine Bearbeitung durch das Insolvenzgericht	256
a) Antragsprinzip	256
b) Antragsbefugnis und Anforderungen an den Antrag	257
c) Glaubhaftmachung	258
2. Aufgaben des Insolvenzgerichts bei der Entscheidung über die Verfahrenseröffnung	259
a) Charakter des Insolvenzverfahrens als Eilverfahren	259
b) Amtsermittlungsgrundsatz	259
II. Antragspflichten des Schuldners bzw der gesellschaftsrechtlichen Organe schuldnerischer Gesellschaften	260
1. Keine allgemeine gesetzliche Antragspflicht	260
2. Gesellschaftsrechtliche Antragspflichten	260
III. Auswirkung insolvenzgerichtlicher vorläufiger Anordnungen bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens auf die Stellung der Verfahrensbeteiligten	261
1. Gesetzliche Regelung der §§ 21 ff InsO	261
a) Schutz der Vermögenslage des Schuldners: Insolvenzgerichtliche Maßregeln vor Erlass des Eröffnungsbeschlusses	261
aa) Aufgabe einstweiliger Maßnahmen	261
bb) Gesetzliche Regelbeispiele insolvenzgerichtlicher vorläufiger Anordnungen	261
cc) Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in die Rechtsstellung des Schuldners	262
b) Wirkungsweise des Verfügungsverbots gem § 21 Abs 2 Nr 2, § 24 InsO	262

2. Auswirkungen der vorläufigen Anordnung auf Rechte und Pflichten von Schuldner und vorläufigem Verwalter	262
a) Inbesitznahme der (künftigen) Masse durch den vorläufigen Verwalter	262
b) Durch den vorläufigen Verwalter begründete Masseverbindlichkeiten	263
c) Zivilrechtliche Haftung für Verpflichtungen aus Rechtshandlungen während des Eröffnungsverfahrens	263
aa) Haftung des Schuldners	263
bb) Persönliche Haftung des vorläufigen Verwalters	263
d) Geschützte Beteiligte	264
aa) Dritte	264
bb) Schuldner	264
§ 9 Auswirkung des eröffneten Insolvenzverfahrens auf die Rechtsstellung und die Rechtspflichten der Beteiligten	
I. Die Reform des Insolvenzrechts	264
II. Die Funktion des Insolvenzverfahrens	265
1. Gesetzliche Bestimmung des § 1 InsO	265
a) Haftungsverwirklichung par conditio creditorum	265
b) Sanierung und Restschuldbefreiung	267
2. Aufgabe einer legislatorischen „Zweckbestimmung“ für das Insolvenzverfahren	269
a) § 1 InsO als Programmsatz	269
b) Verfahrenszwecke als Auslegungsmaßstab bei der Beurteilung der Pflichtmäßigkeit des Handelns der Beteiligten	269
c) Renaissance der „Konkurszweckwidrigkeit“	270
III. „Einheitlichkeit“ des Insolvenzverfahrens	270
1. „Normalfall“ des Insolvenzverfahrens	270
2. Das Insolvenzplanverfahren	271
a) Sanierungsverfahren unter dem Dach des „einheitlichen“ Insolvenzverfahrens	271
b) Sanierung durch den Schuldner	273
IV. Beteiligte des Insolvenzverfahrens	273
1. Insolvenzfähigkeit des Schuldners	273
a) Insolvenzfähigkeit des Schuldners	273
b) Insolvenzfähigkeit prozessunfähiger oder teilrechtsfähiger Schuldner	274
c) Insolvenzfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts	274
2. Der Schuldner als Verfahrensbeteiligter im neuen einheitlichen Insolvenzverfahren	275
a) Im liquidierenden Verfahren	275
b) Im Sanierungsverfahren	275
c) Unterwerfung unter Verfahrensdiktate; Wirkungen der Verfahrenseröffnung auf den Status des Schuldners	276
3. Die Gläubiger	277
a) Insolvenzgläubiger	277
b) Absonderungsberechtigte Gläubiger	277
c) Aussonderungsberechtigte Gläubiger	278
4. Das Insolvenzgericht	279
a) Übersicht	279
b) Insolvenzrichter und Insolvenzrechtspfleger	279
c) Amtshaftung	280

5. Der Verwalter	280
a) Übersicht über die Stellung des Verwalters im „Normalfall“ des liquidierenden Verfahrens	280
b) Der Verwalter im Sanierungsverfahren	280
6. Massegläubiger	281
V. Konstitution der Masse	281
1. Insolvenzanfechtung	281
a) Übersicht	281
b) Zwangsvollstreckungssperre	282
2. Aufrechnungsverbote	283
3. Gegenseitige Verträge	283
a) Grundlagen	283
b) Einzelfragen	284
c) Kündigung von Beschäftigungsverhältnissen	285
§ 10 Die Pflichten nach Abweisung mangels Masse und wegen Masseunzulänglichkeit sowie bei der Nachtragsliquidation	
I. Abweisung mangels Masse und wegen Masseunzulänglichkeit	285
1. Überblick	285
2. Die Pflichten der Liquidatoren	285
a) Überblick	285
b) Die Pflichten im Einzelnen	286
aa) Beendigung der laufenden Geschäfte	286
bb) Einziehung von Forderungen, Umsetzung von Gesellschaftsvermögen in Geld	286
cc) Begleichung von Schulden der Gesellschaft	287
dd) Rechnungslegung, Buchführung	288
ee) Aufbewahrungspflicht bei Geschäftsunterlagen	288
ff) Sonstige anwendbare Vorschriften	289
3. Die Gesellschafter	289
II. Nachtragsliquidation	289
1. Voraussetzungen	289
a) Vorhandenes Vermögen	289
b) Noch fehlende Abwicklungsmaßnahmen	290
2. Die Liquidatoren	290
3. Rechte der Gläubiger der GmbH	291
3. Kapitel: Die Strafbarkeit nach den verschiedenen Strafvorschriften	
§ 11 Insolvenzverschleppung (am Beispiel des § 84 GmbHG)	
I. Allgemeines	293
II. Pflicht zur Anzeige des Verlustes des hälftigen Stammkapitals	293
1. Anzeigepflicht	293
a) Pflichtenstellung	293
b) Kein Bilanzerfordernis	294
2. Rechtsgut	295
3. Subjektiver Tatbestand	296
4. Praktische Bedeutung, Straferwartung, Konkurrenzen, Verjährung	296
III. Insolvenzverschleppung, § 84 Abs 1 Nr 2 GmbHG	297
1. Zusammenhang mit § 64 GmbHG	297
2. Rechtsgut	297

3. Tathandlung	298
a) Handlungspflicht	298
b) Anforderungen an einen dem Gesetz genügenden Insolvenzantrag	299
4. Sonderdelikt	301
5. Ausscheiden des Geschäftsführers zB durch Amtsniederlegung	303
6. Wechsel des Geschäftsführers in und unmittelbar vor der Krise	304
7. Antragsfrist	304
a) Fristbeginn	304
b) Fristenlauf	305
8. Insolvenzauslösetatbestände	307
a) Zahlungsunfähigkeit	308
aa) Zahlungseinstellung	308
bb) Verständnis des Begriffs der Zahlungsunfähigkeit	309
cc) Feststellung der Zahlungsunfähigkeit	312
(1) Zu berücksichtigende Umstände	312
(2) Feststellungsmethoden	313
b) Drohende Zahlungsunfähigkeit	315
aa) Bedeutung und Begriffsverständnis	315
bb) Feststellung der drohenden Zahlungsunfähigkeit	316
c) Überschuldung	317
aa) Begriffsverständnis	317
bb) Feststellung der Überschuldung	318
(1) Korrektur der Bilanzansätze	318
(2) Fortbestehensprognose	321
(3) Liquidations- und Fortführungswerte	323
(4) Prüfungsschema	326
(5) Der Nachweis der Überschuldung im Ermittlungs- und Strafverfahren	326
9. Der subjektive Tatbestand	327
10. Fahrlässige Insolvenzverschleppung, § 84 Abs 2 GmbHG	328
11. Rechtswidrigkeit, Straferwartung und -rahmen, Verjährung, Konkurrenz	329

§ 12 Bankrott, §§ 283, 283a StGB

I. Allgemeines	330
II. Tatbestandsstruktur	332
III. Auswirkungen der Insolvenzreform	333
IV. Rechtsgut	335
V. Taugliche Täter	336
1. Sonderdelikt	336
2. Schuldner	337
3. „Schuldner“ kraft Zurechnung aufgrund Haftung	337
4. § 14 StGB	338
VI. Interessentheorie	340
1. Systematik	340
2. Interessentheorie als Kollisionsregelung	341
VII. In einer den Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft widersprechenden Weise	343
1. Wirtschaftswidrigkeit als Grenzüberschreitung zur Rechtswidrigkeit	343
2. Tathandlung als Indiz für Wirtschaftswidrigkeit	344
3. Konkretisierung der „Wirtschaftswidrigkeit“	344

a) Gesetz	345
b) Untergesetzliche Regeln	347
c) Interessenabwägung	348
aa) Kriterien	348
bb) Prognosecharakter	350
d) Beispiele	351
e) Besonderheit des § 283 Abs 1 Nr 8 StGB	351
f) § 283 Abs 2 StGB	352
VIII. Handeln bei Überschuldung, drohender oder eingetretener Zahlungs- unfähigkeit	352
IX. § 283 Abs 1 Nr 1 StGB	353
1. Vermögensbestandteile, die im Falle der Eröffnung des Insolvenz- verfahrens zur Insolvenzmasse gehören	353
2. Beiseiteschaffen	355
a) Auslegung des Begriffs	355
b) Beispiele	356
c) Privatnützige Entnahmen	358
d) Vollendung, Beendigung	359
3. Verheimlichen	359
4. Zerstören, beschädigen oder unbrauchbar machen	361
X. § 283 Abs 1 Nr 2 StGB	362
1. Risikogeschäfte	362
2. Unwirtschaftliche Ausgaben	363
XI. § 283 Abs 1 Nr 3 StGB	365
XII. § 283 Abs 1 Nr 4 StGB	367
XIII. § 283 Abs 1 Nr 5 StGB	370
1. Bedeutung der Bestimmung	370
2. Unterlassene und mangelhafte Buchführung	371
3. Maßgeblichkeit des Handelsrechts	372
a) Täterqualität: Kaufmann oder Gleichgestellter gemäß § 14 StGB	372
b) Inhaltliche Anforderungen	375
aa) Buchhaltungssysteme	375
bb) Handelsbücher	375
cc) Anforderungen im Einzelnen	377
c) Mangelhafte Buchführung, § 283 Abs 1 Nr 5, 2. Alt StGB	379
aa) Tathandlungen	379
bb) Erschwerter Überblick über den Vermögensstand	381
4. Möglichkeit und Zumutbarkeit der Pflichterfüllung	382
XIV. § 283 Abs 1 Nr 6 StGB	383
1. Täterqualität	383
2. Geschützte Unterlagen	384
3. Schutzdauer	385
4. Tathandlungen	386
XV. § 283 Abs 1 Nr 7 StGB	387
1. Bedeutung der Handelsbilanz und Verhältnis zur Steuerbilanz	387
2. Allgemeine Bedeutung der Vorschrift und Täterqualität	388
3. Bilanz	389
a) Bilanzarten	389
aa) Eröffnungsbilanz	389
bb) Abschlussbilanz	391
b) Inhaltliche Anforderungen	391

4. § 283 Abs 1 Nr 7a StGB	392
a) Bilanzmängel	392
b) Erschwerter Überblick über den Vermögensstand	393
5. § 283 Abs 1 Nr 7b StGB	394
a) Fristen	394
b) Fristablauf nach Eintritt einer der Strafbarkeitsbedingungen	395
aa) Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder Abweisung mangels Masse	395
bb) Zahlungseinstellung	396
c) Scheinbilanzen	397
d) Verspätete Bilanzierung	397
e) Einschaltung Dritter, insbes Steuerberater	398
f) Unmöglichkeit	398
XVI. § 283 Abs 1 Nr 8 StGB	399
1. Die wirtschaftswidrige Verringerung des Vermögensstands in anderer Weise	399
a) Bestimmtheitsgebot	399
b) Tathandlungen	400
2. Verheimlichung oder Verschleierung der wirklichen geschäftlichen Verhältnisse	402
a) Tathandlungen	402
b) Grobe Wirtschaftswidrigkeit	404
XVII. § 283 Abs 2 StGB	405
XVIII. § 283 Abs 3 StGB	406
XIX. Vorsatz	407
XX. § 283 Abs 4 StGB	410
XXI. § 283 Abs 5 StGB	413
XXII. § 283 Abs 6 StGB	414
1. Zusammenhang zwischen Tathandlung und einer der Strafbarkeitsbedingungen	415
a) Notwendigkeit einer Verbindung	415
b) Inhaltliche Anforderungen an den Zusammenhang	416
c) Indizcharakter von Bankrottat und Strafbarkeitsbedingung für Krisenidentität	418
d) Keine Personenidentität erforderlich	419
2. Überwindung der Krise	419
XXIII. Vollendung, Beendigung, Strafraumen, Mittäterschaft, Beihilfe, Konkurrenzen	421
1. Vollendung und Beendigung	421
2. Der Strafraumen	421
3. Handeln mehrerer	421
4. Konkurrenzen	422
a) Innerhalb von § 283 StGB	422
b) Verhältnis zu anderen Delikten	425
XXIV. Auslandsberührung	426
XXV. § 283a StGB	428
1. § 283a Nr 1 StGB	428
2. § 283a Nr 2 StGB	429
3. Unbenannte besonders schwere Fälle	431
4. Subjektiver Tatbestand, Versuch und Konkurrenzen	431

§ 13 Verletzung der Buchführungspflicht, § 283b StGB

I. Systematische Bedeutung	432
II. Tathandlungen	432
III. Rechtsgut und Deliktscharakter	433
IV. Kein erforderlicher Zusammenhang zwischen Tathandlung und einer der Strafbarkeitsbedingungen	433
1. Gegenteilige Auffassung der Rechtsprechung und herrschenden Meinung	433
2. Zutreffende Gegenauffassung	434
3. Besonderheiten bei der Verfolgungsverjährung	435
V. Fahrlässigkeit, Strafflosigkeit des Versuchs, taugliche Täter, Konkurrenzen . . .	435

§ 14 Gläubigerbegünstigung, § 283c StGB

I. Allgemeine und systematische Bedeutung	436
II. Rechtsgut	437
III. Gläubiger	437
1. Anforderungen an die Gläubigerstellung	437
2. Keine Privilegierung von Schuldnern	438
3. Organmitglieder als Gläubiger	439
IV. Sicherung oder Befriedigung aus dem Vermögen des Schuldners	440
V. Inkongruenz	441
1. Begriff und Vergleich zur Insolvenzanfechtung	441
2. Nicht, nicht in der Art, nicht zu der Zeit	444
a) Nicht	444
b) Nicht in der Art	445
c) Nicht zu der Zeit	446
VI. Begünstigung	446
VII. Nachteil	447
VIII. Mitwirkung des Gläubigers	449
IX. Vollendung, Beendigung, Notwendigkeit aktiven Begehens, subjektiver Tat- bestand	449
X. Versuch	451
XI. Strafbare und strafbare Mitwirkung des Gläubigers	451
XII. Konkurrenzen	452

§ 15 Betrug, § 263 StGB

I. Die Bedeutung der Vorschrift in der Praxis	453
II. Die Tatbestandsvoraussetzungen	454
1. Der objektive Tatbestand	454
a) Die Täuschungshandlung	454
aa) Täuschung durch positives Tun	455
cc) Täuschung durch Unterlassen	457
b) Irrtum	459
c) Ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal: Die Vermögensverfügung . . .	460
d) Der Vermögensschaden	461
aa) Vermögensbegriff	461
bb) Persönlicher und individueller Schadenseinschlag	464
2. Der subjektive Tatbestand	467
a) Vorsatz	467
b) Die Absicht rechtswidriger Bereicherung	467
III. § 263 Abs 3 StGB	469

IV. Konkurrenzen	470
V. Der Täter im Unternehmen	471
1. Der Geschäftsführer als Täter	472
2. Der Gesellschafter als Täter	473
VI. Ermittlungsansätze	473
§ 16 Untreue, § 266 StGB	
I. Die Bedeutung der Vorschrift für die Praxis	474
1. Allgemeines, Rechtsgut	474
2. Die Bedeutung der Untreue in Fällen der Unternehmensinsolvenz	475
II. Die Tatbestände und ihre Merkmale	476
1. Missbrauchs- und Treubruchtatbestand	476
2. Die einzelnen Tatbestandsmerkmale	476
a) Die Vermögensbetreuungspflicht	476
b) Befugnismissbrauch und Verletzung der Vermögensbetreuungspflicht	479
aa) Anforderungen an die Tathandlung	479
bb) Pflichtwidrigkeit	480
(1) Einverständnis	480
(2) Unternehmerische Freiheit	481
(3) Risikogeschäfte	483
c) Befugnis- bzw pflichtenbegründendes Verhältnis	485
d) Der Nachteil	486
e) Kausalität	488
3. Der subjektive Tatbestand	488
4. Vollendung, Beendigung, Verjährung	490
5. Die Strafe	490
III. Taugliche Untreuetäter in oder vor der Insolvenz	492
1. Fremdheit	492
2. Der Einzelhandelskaufmann	492
3. Die Personengesellschaft	493
4. Die GmbH & Co KG	493
5. Kapitalgesellschaften	494
a) Vertretungsberechtigte und Aufsichtsorgane	494
b) GmbH-Gesellschafter	494
6. Sonstige Vermögensbetreuungspflichtige	497
IV. Der GmbH-Geschäftsführer als tauglicher Untreuetäter	497
1. Grundsätzliches	497
a) Der Alleingeschäftsführer	497
b) Mehrköpfige Organe und Arbeitsteilung	498
c) Rollenmehrheit: Der Gesellschafter-Geschäftsführer	499
d) Zeitliche Grenzen	500
2. Pflichtverstöße	500
a) Abgrenzung zu nicht treuwidrigem Handeln	500
b) Treuwidriges Handeln in und unmittelbar vor der Krise	503
c) Konzernfälle	505
d) Untreue durch Auszahlung von Stammkapital, § 30 GmbHG	507
e) Untreue durch Rückzahlung von Eigenkapitalersatz	510
f) Finanzplankredite	514

§ 17 Kreditbetrug, § 265b StGB

I. Die Bedeutung der Vorschrift in der Praxis	514
II. Allgemeines	514
III. Die Tathandlung	515
1. § 265b Abs 1 Nr 1 StGB	515
2. § 265b Abs 1 Nr 2 StGB	516
IV. Vollendung, tätige Reue, Konkurrenzen	516

§ 18 Subventionsbetrug, § 264 StGB

I. Die Bedeutung der Vorschrift für die Praxis	517
II. Allgemeines	517
III. Die Tatbestandsmerkmale.	518
1. Subvention	518
2. Leistungsempfänger	518
3. Subventionserhebliche Tatsachen	518
4. Die Tathandlungen	519
a) § 264 Abs 1 Nr 1 StGB	519
b) § 264 Abs 1 Nr 2 StGB	519
c) § 264 Abs 1 Nr 3 StGB	520
d) § 264 Abs 1 Nr 4 StGB	520
IV. Strafe, Regelbeispiele, tätige Reue, Konkurrenzen	520

§ 19 Unterschlagung, § 246 StGB

I. Allgemeines	521
II. Die Tatbestandsmerkmale.	522
1. Fremde, bewegliche Sache	522
2. Die Zueignung	522
3. Qualifikation gem § 246 Abs 2 StGB	524
III. Konkurrenzen	525

§ 20 Vereitelung der Zwangsvollstreckung, § 288 StGB

I. Die Bedeutung der Vorschrift für die Praxis	526
II. Der Tatbestand	527
1. Drohen der Zwangsvollstreckung	527
2. Täterqualität	528
3. Bestandteile des Vermögens	528
4. Die Tathandlungen	528
a) Veräußern	528
b) Beiseiteschaffen	529
5. Vereitelungsabsicht und Vorsatz	530
III. Antragsdelikt, § 288 Abs 2 StGB	530
IV. Konkurrenzen	530

§ 21 Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt, § 266a StGB

I. § 266a Abs 1 StGB	531
1. Bedeutung der Vorschrift für die Praxis	531
2. Rechtsgut	533
3. Arbeitgeber (natürliche Personen; Organe juristischer Personen, § 14 StGB)	535

4. Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung	538
a) Versicherungsrechtliche Grundlagen	538
aa) Beitragspflicht	538
bb) Nettolohnabrede	538
cc) Geringfügig Beschäftigte	539
dd) Gleitzone	540
ee) Nicht unter § 266a Abs 1 StGB fallende Leistungen	541
b) Pflichtversicherte	541
aa) Abgrenzung Arbeitnehmer – Selbständige	541
bb) Arbeitnehmerähnliche Selbständige	543
cc) Organmitglieder, insbes GmbH-Geschäftsführer	543
dd) Gesellschafter	544
5. Nur Arbeitnehmeranteile	545
6. Fälligkeit	546
7. Einzugsstelle	548
8. Vorenthalten	548
9. Unterlassungsdelikt	550
10. Vollendung, Beendigung und Verjährung	560
11. Subjektiver Tatbestand	561
12. Verschiedenes	563
a) Verbuchung	563
b) Anfragen bei den Einzugsstellen	566
c) Arbeitnehmeranfragen	567
d) Strafbefehl	568
e) Urteilsfeststellungen	568
f) Rechtsfolgen einschließlich Strafzumessung	569
g) Konkurrenzen	572
II. § 266a Abs 2 StGB	575
III. § 266a Abs 3 StGB	577
IV. § 266a Abs 5 StGB	577
V. § 266a Abs 6 StGB	578
§ 22 Schuldnerbegünstigung, § 283d StGB	
I. Systematische Bedeutung	580
II. Tathandlungen	581
III. Verständnis der Handlungsalternativen: mit „Einwilligung“ und „zu Gunsten“	581
1. „Mit Einwilligung“	582
2. „Zu Gunsten“	582
IV. Subjektiver Tatbestand	583
V. Objektive Bedingungen der Strafbarkeit	583
VI. Versuch	583
VII. Besonders schwerer Fall	584
VIII. Konkurrenzen	584
4. Kapitel: Besondere strafrechtliche Risiken	
§ 23 Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters	
I. Überblick	587
II. Allgemeine Schädigungsverbote	589
1. Strafbarkeit wegen Betrugs	589

2. Strafbarkeit wegen Untreue	589
a) Missbrauchstatbestand	590
b) Treuebruchstatbestand	590
III. Spezielle Pflichtenkreise des Insolvenzverwalters	593
1. Rechnungslegung	593
2. Sozialversicherungsbeiträge	593
3. Steuerliche Pflichten	594
4. Datenschutz	597
5. Umweltdelikte	597
§ 24 Umfeldaktivitäten des Insolvenzverwalters	
I. Die Beschäftigung von abhängigen Hilfskräften	599
1. Die Struktur der Insolvenzverwaltervergütung	599
2. Kosten der Hilfskräfte	602
3. Strafrechtliche Risiken	604
a) Betrug	604
b) Untreue	605
II. Vergütung bei Einsatz besonderer Sachkunde	605
1. Die Qualifikation des Insolvenzverwalters	606
a) Natürliche Person	606
b) Einzelfalleignung	606
c) Geschäftskundigkeit	607
d) Unabhängigkeit	607
2. Strafrechtliche Risiken	609
III. Beteiligung des Verwalters am wirtschaftlichen Ergebnis der von ihm eingeschalteten selbständigen Hilfskräfte	609
IV. Eigenerwerb des Insolvenzverwalters oder Erwerb ihm Nahestehender aus der Insolvenzmasse	612
V. Fortführung von Aufträgen der Insolvenzschuldnerin	613
VI. Erwerb von Insolvenzforderungen unter Nennwert	614
VII. Insidergeschäfte	614
VIII. Korruptionsstraftaten	615
§ 25 Sanierung in der Insolvenz	
I. Interessenslagen	616
II. Sanierungsbeteiligte	618
1. Bisherige Eigentümer	618
2. Organschaftliche Vertreter / persönlich haftende Gesellschafter	619
3. Investoren – neue Eigentümer	619
4. (Vorläufiger) Insolvenzverwalter	620
5. Gläubigerversammlung	622
6. Arbeitnehmer	622
III. Sanierungsarten	623
1. Übertragene Sanierung	623
2. Insolvenzplanverfahren	624
a) Liquidationsplan	625
b) Sanierungsplan	625
c) Übertragungsplan	625
d) Mischverträge	626
e) Sonstige Pläne	626
IV. Praktische Probleme des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	626

1. Betriebsfortführung durch schwachen vorläufigen Insolvenzverwalter . . .	626
a) Treuhandkontenmodell	627
b) Gerichtliche Ermächtigung für Masseverbindlichkeiten	629
2. Übertragende Sanierung bzw Verwertung vor Berichtstermin	630
3. Konzerninsolvenz	633
4. Sonstige strafrechtliche Risiken für den Insolvenzverwalter aus der Betriebsfortführung	636
§ 26 Insolvenzgeld	
I. Historischer Hintergrund	637
II. Interessenlagen	637
1. Die Situation des Geschäftsführers	637
2. Die Interessenlage der Gesellschafter	638
3. Situation des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	638
III. Die Insolvenzgeldversicherung	639
IV. Voraussetzungen für die Leistung von Insolvenzgeld	639
1. Arbeitnehmer	639
2. Insolvenzereignis	640
3. Insolvenzgeldzeitraum	640
4. Anspruchshöhe	641
V. Ausschluss und Anspruchsverlust	642
VI. Gestaltungsspielräume	643
1. Vorfinanzierung von Insolvenzgeld	643
2. Organe juristischer Personen	645
VII. Strafrechtliche Grenzen	645
1. Strafrechtlich relevante Handlungen von Geschäftsführern bzw Vor- ständen	645
2. Strafrechtliche Risiken für den (vorläufigen) Insolvenzverwalter	646
3. Arbeitnehmer	648
§ 27 Die Banken	
I. Verhaltensalternativen in der Krise	649
1. Liquidation	650
a) Wirksamkeit der bestellten Sicherheiten	650
b) Folgen der Kündigung von Krediten	652
2. Unternehmenssanierung	654
a) Sanierung außerhalb eines Insolvenzverfahrens (freie Sanierung)	654
aa) Sanierungs- und Überbrückungskredite	656
bb) Forderungsverzicht, Besserungsschein, Rangrücktritt	657
ee) Umwandlung des Kreditengagements in Eigenkapital	658
ff) Quasi-Gesellschafterhaftung	661
gg) Knebelung und Konzernhaftung	661
hh) Risiko der Banken	662
b) Sanierung innerhalb des Insolvenzverfahrens	663
3. Handlungsmöglichkeiten im Insolvenzeröffnungsverfahren	663
4. Handlungsmöglichkeiten im eröffneten Insolvenzverfahren	664
5. Untätigkeit	665
II. Strafrechtliche Risiken	666
1. Strafbarkeit nach den §§ 283 ff StGB	666
2. Insolvenzverschleppung	668
3. Untreue insbesondere durch Vergabe weiterer (va ungesicherter) Kredite	669

§ 28 Der Berater

I. Der „echte“ fremdnützige Berater	671
1. Problemstellung	671
2. Steuerberater und Wirtschaftsprüfer	672
a) Situation in der Krise	672
b) Strafrechtliche Risiken	672
aa) Eigene Straftaten	672
(1) Bankrottdelikte	672
(2) Strafbarkeit nach § 332 HGB	674
(3) Steuerhinterziehung	675
(4) Insolvenzverschleppung	677
bb) Teilnahme an Straftaten anderer	678
(1) Grundlagen	678
(2) Einzelne Tatbestände	679
(a) Bankrottdelikte	679
(b) Steuerhinterziehung	679
(c) Insolvenzverschleppung	681
(d) Betrug	681
3. Rechtsanwälte	682
a) Das Insolvenzmandat	682
b) Weiterführende Tätigkeiten	683
aa) Sanierer	683
bb) Insolvenzverwalter	684
cc) Liquidator	685
c) Strafverteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafverfahren	685
4. Unternehmensberater und andere	686
II. Der eigennützige Scheinberater	687

§ 29 Professionelle Unternehmensbestatter

I. Problemstellung	687
II. Ablauf des „Insolvenzaufkaufs“	689
1. Ausgangssituation	689
2. Verkäufer	689
3. Aufkäufer	690
4. Kontakt zwischen Verkäufer und Aufkäufer	690
5. Notartermin	691
6. Zusatzvereinbarung	691
7. Das weitere Vorgehen nach der Veräußerung	692
a) Einsetzen neuer Geschäftsführer	692
b) Information der Gläubiger	692
c) Sitzverlegung	693
d) Vernichtung der Geschäftsunterlagen	693
e) Stellung von Insolvenzanträgen	693
f) Anlagevermögen	693
8. Typische Arten des Insolvenzaufkaufs	694
a) Aufkauf ohne weitere Sanierungsaktivitäten	694
b) Aufkauf zur Verwertung des Firmenmantels	694
c) Aufkauf und anschließende Insolvenzantragstellung	694
d) Aufkauf und gleichzeitiger Verkauf einer Vorratsgesellschaft	695
III. Strafrechtliche Wertung	695

1. Strafbarkeit des Altgeschäftsführers	695
a) Insolvenzverschleppung – §§ 64, 84 GmbHG	695
b) Bankrottdelikte – § 283 StGB	696
aa) Bankrotthandlung nach § 283 Abs 1 Nr 1 StGB	697
bb) Bankrottstrafbarkeit nach § 283 Abs 1 Nr 5 StGB	698
cc) Bankrottstrafbarkeit nach § 283 Abs 1 Nr 6 StGB	698
dd) Bankrottstrafbarkeit nach § 283 Abs 1 Nr 7 StGB	698
ee) Bankrottstrafbarkeit nach § 283 Abs 1 Nr 8 StGB	699
c) Untreue – § 266 StGB	699
d) Vorenthaltung von Arbeitnehmerbeiträgen – § 266a Abs 1 StGB	699
e) Hehlerei – § 259 StGB	699
f) Urkundenfälschung – § 267 StGB	700
2. Strafbarkeit des Neugeschäftsführers	700
a) Täterschaft des Neugeschäftsführers	700
b) Insolvenzverschleppung	700
c) Bankrottdelikte – § 283 StGB	701
d) Untreue – § 266 StGB	702
e) Urkundenunterdrückung – § 274 StGB	702
f) Begünstigung – § 257 StGB	703
g) Vorenthaltung von Arbeitnehmerbeiträgen – § 266a Abs 1 StGB	703
h) Betrug gegenüber dem Altgeschäftsführer – § 263 StGB	703
i) Strafvereitelung – § 258 StGB	703
3. Strafbarkeit der Gesellschafter und Hintermänner	704
a) Faktischer Geschäftsführer	704
b) Strafbarkeit wegen Anstiftung und Beihilfe	704
4. Strafbarkeit des beurkundenden Notars	705
§ 30 Gläubigerpool	
I. Interessenlage	706
II. Zivilrechtliche Grundlagen	708
III. Auswirkung auf Rechtsverfolgung und Sicherungsrechte	709
IV. Strafrechtliche Risiken bei der Poolbildung	710
§ 31 Untreue im (qualifizierten) faktischen Konzern	
I. Der bisherige Meinungsstand	712
1. Zivilrechtslage: Das Aktienrecht als Maßstab?	712
2. Strafrechtslage: Untreue als Instrument des Gläubigerschutzes?	714
a) Treuepflichten bei der GmbH	714
b) Zustimmung aller Gesellschafter	715
II. Vulkanurteil und Untreuestrafbarkeit	717
1. Die zivilrechtliche Neuorientierung mit dem Vulkan-Urteil	717
2. Die Weiterentwicklung der Rspr	717
III. Die strafrechtliche Seite	718
1. Treuepflicht	718
2. Grenzen des Gesellschafterhandelns	719
3. Die Bedeutung des Ausgleichsanspruchs	720
IV. Zusammenfassung	720

5. Kapitel: Besondere Verfahrensfragen**§ 32 Die Verständigung im Strafverfahren; der „Deal“**

I. Bedeutung für die Praxis	721
1. Allgemeines	721
2. Verfahrensbeendende Absprachen	721
II. Die Verständigung im Ermittlungs- und Zwischenverfahren	723
1. Einstellung des Verfahrens	723
2. Erlass eines Strafbefehls	724
3. Einvernehmliche Verfahrensbeendigung im Zwischenverfahren	724
4. Verständigung über den Urteilsinhalt	724
III. Zulässigkeit und Grenzen der Verständigung über den Urteilsinhalt	725
1. Prinzip der materiellen Wahrheit	725
2. Verfassungsmäßigkeit kooperativer Verfahrensnormen	726
3. Voraussetzungen zulässiger Absprachen	726
a) Einhaltung des Öffentlichkeitsgrundsatzes	726
b) Gewährung rechtlichen Gehörs	727
c) Protokollierung	727
d) Grundsatz der materiellen Wahrheit	728
e) Wahrung der freien Willensentschließung des Angeklagten	729
f) Keine Zusage über die Höhe der Strafe	729
g) Schuldangemessene Strafe	730
h) Besorgnis der Befangenheit	730
i) Aufklärung des Angeklagten	732
j) Grundsätzliche Bindung des Gerichts an die zulässige Abrede.	733
k) Rechtsmittelverzicht	734
IV. Absprachen nach Urteilsverkündung	738
V. Prozessuale Behandlung einer fehlgeschlagenen Vereinbarung	738
1. Kein Verfahrenshindernis	738
2. Verfahrensrüge	739
a) Verstoß gegen das Gebot rechtlichen Gehörs	739
b) Verstoß gegen die Grundsätze der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit	740
c) Abweichen von zugesagter Strafobergrenze	740
d) Besorgnis der Befangenheit	740
3. Allgemeine Sachrüge	740
a) Verstoß gegen § 46 Abs 1, 2 StGB	740
b) Fehlende Berücksichtigung eines (abgesprochenen) Geständnisses	741
c) Fehlerhafte Beweiswürdigung	741
4. Rechtsmittelverzicht	741
5. Wiederaufnahme des Verfahrens	742
6. Beschwerde	742
VI. Fazit	742

§ 33 Gewinnabschöpfung und Rückgewinnungshilfe

I. Materiellrechtliche Grundlagen	744
1. Praktische Bedeutung	744
2. Entstehungsgeschichte	744
3. Voraussetzungen des Verfalls und Verfall von Wertersatz	745
a) Vorbemerkungen/Übersicht	745
b) Der Verfall – § 73 Abs 1 StGB	747
c) Nutzung und Surrogate – § 73 Abs 2 StGB	748

d) Bedeutung und Rechtsfolge des Verfalls – § 73e StGB	749
e) Der Verfall des Wertersatzes – § 73a StGB	750
f) Rechtsfolgen des Wertersatzverfalls	751
4. Schätzung gem § 73b StGB	752
5. Verfall/Wertersatzverfall gegenüber Dritten/Tatunbeteiligten – § 73 Abs 3 StGB	753
a) Auffassung der Literatur	754
b) Auffassung des Bundesgerichtshofes	755
c) Stellungnahme	756
6. Ausschluss des Verfalls/Wertersatzverfalls bei unbilliger Härte – § 73c StGB	757
7. Ausschluss/Beschränkung des Verfalls/Wertersatzverfalls durch Rechte Dritter – § 73 Abs 1 S 2 StGB	759
II. Prozessrechtliche Grundlagen	761
1. Erster Überblick	761
2. Beschlagnahme von Verfallsgegenständen gem § 111c StPO	764
3. Dinglicher Arrest gem § 111d StPO – Sicherung von Wertersatzverfall	766
4. Anordnungscompetenz für Verfall und Wertersatzverfall	769
5. Durchsuchungsmaßnahmen	769
6. Aufhebung der Beschlagnahme und Arrestanordnung/Rechtsmittel.	769
7. Benachrichtigung des Verletzten – § 111e StPO	771
8. Befriedigung von Ansprüchen der Verletzten bei Verfallsgegenständen	772
9. Befriedigung von Ansprüchen der Verletzten bei Wertersatzverfall	774
10. Hinterlegung von gepfändeten Forderungen/Geld	777
11. Rückgewinnungshilfe als Ermessensausübung.	777
12. Rückgewinnungshilfe und Insolvenz	779
13. Kosten der Rückgewinnungshilfe	780

6. Kapitel: Zwischen- und Hauptverfahren

§ 34 Die Staatsanwaltschaft

I. Die Abschlussverfügung.	781
1. § 153 Abs 1 StPO	781
2. § 153a Abs 1 StPO	782
3. §§ 154 Abs 1 und 154a Abs 1 StPO.	783
4. Die Verwarnung mit Strafvorbehalt	784
5. Der Strafbefehl	784
6. Die Anklageerhebung	784
a) Die sachliche Zuständigkeit	785
b) Die örtliche Zuständigkeit	786
II. Das Zwischenverfahren	786
III. Das Hauptverfahren	787
IV. Rechtsmittel	789
V. Vollstreckung	789

§ 35 Das Gericht

I. Zuständigkeitsgestaltung durch Verordnung, Allgemeinverfügung und Geschäftsverteilungsplan	789
II. Das Zwischenverfahren und die Eröffnungsentscheidung	790
III. Das Hauptverfahren	791
1. Vorbereitung	791

2. Die Hauptverhandlung	792
a) Konzentration auf den entscheidungserheblichen Verfahrensstoff	792
b) Die Stellung des Gerichts zur Verteidigung	795
c) Die Stellung des Gerichts zum Angeklagten	795
IV. Das Berufungsgericht	796
§ 36 Die Beteiligung der Finanzbehörden	
I. Voraussetzungen der Beteiligung	797
II. Finanzbehörde	798
III. Rechte im Einzelnen	798
1. Recht auf Information	798
2. Anwesenheitsrecht	798
3. Äußerungsrecht	798
4. Fragerecht	799
5. Grenzen der Beteiligung	799
a) Beteiligung, wenn es auf die Sachkunde ankommt	799
b) Einschränkung	800
IV. Rechtsfolgen von Verstößen gegen § 407 AO	800
§ 37 Die Verteidigung	
I. Verteidigung im Zwischenverfahren	801
II. Vorbereitung der Hauptverhandlung	802
III. Verteidigungsstrategien in der Hauptverhandlung	803
1. Festlegung von Haupt-, Neben- und Ersatzziel	803
2. Absprachen in der Hauptverhandlung	804
3. Zuständigkeitsrügen	805
a) Rüge der sachlichen Zuständigkeit	805
b) Rüge der örtlichen Zuständigkeit	805
c) Taktische Überlegungen	806
d) Besetzungsrüge	806
e) Überprüfung der Besetzung	807
aa) Berufsrichter	807
bb) Schöffen	807
cc) Form der Besetzungsrüge	807
4. Ablehnungsanträge	807
a) Ablehnung eines Richters	807
b) Konkrete Befangenheitsgründe	808
c) Ablehnung von Schöffen und Urkundsbeamten	810
d) Ablehnung von Sachverständigen und Dolmetschern	810
e) Ablehnung des Staatsanwalts	810
5. Aussetzungsanträge	811
a) Aussetzung wegen verspäteter Ladung	811
b) Aussetzung wegen verspäteter oder unvollständiger Akteneinsicht	811
c) Aussetzung zur Einziehung von Erkundigungen	812
d) Aussetzung bei veränderter Sach- und Rechtslage	812
6. Sitzordnung	813
7. Beweisanträge	814
a) Inhalt des Beweisantrages	814
b) Form des Beweisantrages	814
c) Zeitpunkt der Antragsstellung	815
d) Beweisermittlungsantrag	815

e) Ablehnungsbeschluss	816
f) Präsenze Beweismittel	816
8. Hauptverhandlungsprotokoll	816
a) Die Beweiskraft des Protokolls	817
b) Wörtliche Protokollierung	817
c) Protokollierungsantrag	818
9. Plädoyer	818
a) Allgemeines	818
b) Inhaltliche Gestaltung des Plädoyers	819
10. Das letzte Wort des Angeklagten	821
11. Rechtsmittelverzicht	822
IV. Der Verteidiger im Rechtsmittelverfahren	822
Stichwortverzeichnis	825

Muster, Schaubilder, Tabellen, Übersichten

§ 1 Rn 51	Aktenaufbau
§ 1 Rn 78	Kontoanfrage
§ 1 Rn 283	Musterregelung Wirtschaftsprüfgruppe
§ 1 Rn 287	Musterauftrag für die Erstellung eines betriebswirtschaftlichen Gutachtens
§ 2 Rn 1	Buchführung als Teil des betrieblichen Rechnungswesens
§ 2 Rn 27	Gliederung Jahresabschluß
§ 2 Rn 30	Anlagekonto
§ 2 Rn 31 ff	Übersicht Bilanz
§ 2 Rn 34	Übersicht Gewinn- und Verlustrechnung
§ 2 Rn 39	Hierarchie der DATEV-Auswertungen
§ 2 Rn 43	DATEV-Kontoauszüge
§ 2 Rn 47	Summen- und Saldenliste
§ 2 Rn 51	Debitorenliste
§ 2 Rn 52	Kreditorenliste
§ 2 Rn 68	Techniken forensischen Prüfungswesens
§ 11 Rn 107	Prüfungsschema Überschuldung
§ 21 Rn 110	Verbuchung von Nachzahlungen rückständiger Arbeitnehmeranteile
§ 21 Rn 115	Muster Krankenkassenanfragen
§ 21 Rn 117	Muster Arbeitnehmeranfragen
§ 21 Rn 119	Muster Strafbefehl wegen § 266 a Abs 1 StGB
§ 21 Rn 125	Tabelle Strafvorschläge § 266 a Abs 1 StGB
§ 33 Rn 5	Übersicht Verfall Übersicht Wertersatzverfall
§ 33 Rn 42	Übersicht Sicherstellung durch Beschlagnahme und dinglichen Arrest Zuständigkeiten und Durchführung der Beschlagnahme von Verfalls- objekten Zuständigkeiten und Vollziehung des dinglichen Arrests bei Wertersatz- verfallobjekten
§ 33 Rn 75 und 77	Rangbeispiele
§ 33 Rn 81	Übersicht Ermessensausübung vermögensabschöpfender Maßnahmen
§ 37 Rn 66	Übersicht protokollpflichtiger wesentlicher Förmlichkeiten

Abkürzungsverzeichnis

aA	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
abgedr	abgedruckt
AbgG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.2.1996 (BGBl I S 326; BGBl III/FNA 1101-8)
Abl	Amtsblatt
abl	ablehnend(e/er)
AblKR	Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland
Abs	Absatz, bei Gesetzesangabe als römische Ziffer verwendet
Abschn	Abschnitt
abw	abweichend
AcP	Archiv für die civilistische Praxis [Band (Jahr) Seite]
AdoptionsG	Gesetz über die Annahme als Kind und zur Änderung anderer Vorschriften (Adoptionsgesetz) vom 2.7.1976, (BGBl I S 1749)
ADS	Allgemeine Deutsche Seeversicherungsbedingungen
aE	am Ende
aF	alter Fassung
AFB	Allgemeine Feuerversicherungsbedingungen
AFG	Arbeitsförderungsgesetz vom 25.6.1969 (BGBl I S 582; BGBl III/FNA 810-1)
AG	Aktiengesellschaft, Amtsgericht, Ausführungsgesetz, auch Die Aktiengesellschaft. Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen (Jahr, Seite)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGB-Banken	Allgemeine Geschäftsbedingungen der Banken, Fassung Januar 1998
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) vom 9.12.1976 (BGBl I S 3317) idF der Bekanntmachung vom 29.6.2000 (BGBl I S 946; BGBl III/FNA 402-28)
AGB-Komm	Kommentar zum Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBG)
AGO (Preußen)	Allgemeine Gerichtsordnung für die Preussischen Staaten vom 6.7.1793, Berlin, 1815
AHB	Allgemeine Bedingungen für die Haftpflichtversicherung
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb (Jahr, Seite)
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung
AktG	Aktiengesetz vom 6.9.1965 (BGBl I S 1089; BGBl III/FNA 4121-1)
ALB	Allgemeine Lebensversicherungsbedingungen
allg	allgemein (e/er/es)
AllgKriegsfolgenG	Gesetz zur allgemeinen Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches entstandener Schäden (Allgemeines Kriegsfolgengesetz) vom 5.11.1957 (BGBl I S 1747; BGBl III/FNA 653-1)
allgM	allgemeine Meinung

AllgT	Allgemeiner Teil
Alt	Alternative
aM	anderer Meinung
ÄndVO	Änderungsverordnung
AnfG	Gesetz über die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Insolvenzverfahrens (Anfechtungsgesetz) vom 5.10.1994 (BGBl S 2911; BGBl III/FNA 311-14-2)
Anh	Anhang
Anl	Anlage
Anm	Anmerkung
AnVNG	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten vom 23.2.1957
AnwBl	Anwaltsblatt (Jahr, Seite) (BGBl I S 88; BGBl III/FNA 821-2)
AO	Abgabenordnung vom 16.3.1976 (BGBl I S 613; BGBl III/FNA 610-1-3)
AOÄG	Gesetz zur Änderung der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 15.9.1965 (BGBl I S 1356, S 1817; BGBl III/FNA 610-1)
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
AP	Arbeitsrechtliche Praxis, Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts [bis 1954 Zeitschrift: Arbeitsrechtliche Praxis (Jahr, Seite) seit 1954 Gesetzesstelle und Entscheidungsnummer]
ApothG	Gesetz über das Apothekenwesen in der Bekanntmachung vom 15.10.1980 (BGBl I S 1993)
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz vom 3.9.1953 (BGBl I S 1267) idF der Bekanntmachung vom 2.7.1979 (BGBl I S 853, ber S 1036; BGBl III/FNA 320-1)
ArbR	Arbeitsrecht
ArbRHb	Arbeitsrechtshandbuch
ArchBürgR	Archiv für bürgerliches Recht (1.1888-43.1919; Band, Seite)
arg	argumentum
ARS	Arbeitsrechtssammlung, Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte (Band, Seite), früher Bensheimer Sammlung
ARST	Arbeitsrecht in Stichworten (zitiert bis 1964: Band, Seite, Nr, ab 1964: Jahr, Seite, Nr)
Art	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
AtomG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) vom 23.12.1959 (BGBl I S 814) idF der Bekanntmachung vom 15.7.1985 (BGBl I S 1565, BGBl III/FNA 751-1)
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in der Bekanntmachung vom 3.2.1995 (BGBl I S 158)
Aufl	Auflage
AufsVO	Verordnung des Bundesrates vom 8.8.1914 betreffend die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens (Aufsichtsverordnung) (RGBl S 363)
AuR	Arbeit und Recht, Zeitschrift für die Arbeitsrechtspraxis (Jahr, Seite)
ausf	ausführlich
Ausg	Ausgabe

Abkürzungsverzeichnis

AV	Die Angestelltenversicherung (Jahr, Seite)
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz vom 28.5.1924 (RGBl I S 563; BGBl III/FNA 821-1)
AVLJM	Ausführungsverordnung des Landesjustizministers
AVO	Ausführungsverordnung
Az	Aktenzeichen
BadRpr	Badische Rechtspraxis und Annalen der Großherzogisch Badischen Gerichte (Jahr, Seite)
BadWürttNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg (Jahr, Seite)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts (1.1954 ff; Band, Seite)
BankArch	Bankarchiv, Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen (Jahr, Seite; 1.1901-43.1943, aufgegangen in Bankwirtschaft)
Bankbetrieb	Zeitschrift für Bankpolitik und Bankpraxis (Jahr, Seite; früher Bankwirtschaft)
BankGesch	Bankgeschäfte
BankR	Bankrecht
BauFordSG	Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen vom 1.6.1909 (RGBl S 449; BGBl III/FNA 213-2)
BauG	Baugesetzbuch idF der Bekanntmachung vom 27.8.1997 (BGBl I S 2141, BGBl III/FNA 213-1)
BausparkassenG	Gesetz über Bausparkassen in der Bekanntmachung vom 15.2.1991 (BGBl I S 454)
BauR	Baurecht, Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht (ab 1970, Jahr, Seite)
BayJMBI	Bayerisches Justizministerialblatt (Jahr, Seite)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht; auch: Entscheidungssammlung in Zivilsachen (Jahr, Seite)
bayrPAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei in Bayern (Polizeiaufgabengesetz – PAG –) idF der Bekanntmachung vom 24.10.1974 (GVBl S 739, ber S 814)
BayrRPfLZ	Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern (1.1905-30.1934; vorher: Seufferts Blätter für Rechtsanwendung; Jahr, Seite)
BayVBl	Bayrische Verwaltungsblätter (Jahr, Seite)
BayZ	Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern (Jahr, Seite)
BB	Der Betriebsberater (Jahr, Seite)
BBergG	Bundesberggesetz vom 13.8.1980 (BGBl I S 1310, BGBl III/FNA 750-15)
BBI	Betriebswirtschaftliche Blätter (Jahr, Seite)
BBodSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17.3.1998 (BGBl I S 502; BGBl III/FNA 2129-32)
Bd	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz in der Bekanntmachung vom 20.12.1990 (BGBl I S 2954)
BfA	Bundesanstalt für Arbeit, Bundesagentur für Arbeit
BeamtVG	Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern (Beamtenversorgungsgesetz) idF der Bekanntmachung vom 16.3.1999 (BGBl I S 322, BGBl III/FNA 2030-25)
Bearb	Bearbeitung

BEG	Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) idF der Bekanntmachung vom 29.6.1956 (BGBl I S 559; BGBl III 251-1)
Begr	Begründung
Begr EGemeinschuldO	Motive zum Entwurf einer Deutschen Gemeinschuldordnung (zitiert nach Band- und Seitenzahlen der Ausgabe des Verlages der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (R.v.Decker), Berlin, 1873)
Begr EGKO	Motive zu dem Entwurf eines Einführungsgesetzes einer Konkursordnung, zitiert nach Seitenzahlen der RT-Drucks
Begr EKO	Motive zu dem Entwurf einer Konkursordnung, zitiert nach Seitenzahlen der RT-Drucks
Begr z KO Nov 1898	Begründung zu den Entwürfen eines Gesetzes betr die Änderungen der Konkursordnung und eines zugehörigen Einführungsgesetzes; zitiert nach der Seitenzahl der Drucksachen, 9. Legislaturperiode, V. Session, 1897/98 Nr 100
Beil	Beilage
BeitrVO	Verordnung über die Zahlung, Weiterleitung, Abrechnung und Abstimmung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags (Beitragszahlungsverordnung) vom 22.5.1989 in der Fassung vom 28.7.1997 (BGBl I S 1927)
Bem	Bemerkung(en)
Ber	Bericht
ber	berichtigt
BerlAnwBl	Berliner Anwaltsblatt (Jahr, Seite)
BerlinFG 1990	Gesetz zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) idF der Bekanntmachung vom 2.2.1990 (BGBl I S 173; BGBl III/FNA 610-6-5)
BerlVerfGH	Berliner Verfassungsgerichtshof
bes	besonders
Bespr	Besprechung
betr	betreffend
BetrAV	betriebliche Altersversorgung (Jahr, Seite)
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz vom 15.1.1972 (BGBl I S 13; BGBl III/FNA 801-7)
BeurkG	Beurkundungsgesetz vom 28.8.1969 (BGBl I S 1513)
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Bundesfinanzhofs (Band, Seite)
BFH/NV	Sammlung der (bis 1997: amtlich nicht veröffentlichten) Entscheidungen des Bundesfinanzhofs (1.1985 ff; Jahr, Seite)
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Jahr, Seite)
BG	Die Berufsgenossenschaft (Jahr, Seite)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18.8.1896 (RGBl S 195) idF der Bekanntmachung vom 2.1.2002 (BGBl I S 42; ber S 2909 und BGBl I 2003 S 738; BGBl III/FNA 400-2)
BGBI	Bundesgesetzblatt (Jahr I S; III/FNA S)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHR	BGH-Rechtsprechung, hrsg von den Richtern des Bundesgerichtshofes
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen (1.1951 ff; Band, Seite)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen; amtliche Sammlung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (Band, Seite)

Abkürzungsverzeichnis

BGG	Gesetz über den Bundesgrenzschutz (Bundesgrenzschutzgesetz) vom 19.10.1994 (BGBl I S 2978, BGBl III/FNA 13-7-2)
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) idF der Bekanntmachung vom 14.5.1990 (BGBl I S 880; BGBl III/FNA 2119-8)
BImSchG 1974	Bundesimmissionsschutzgesetz vom 15.3.1974 (BGBl I S 721, 1193; BGBl III/FNA 2129-8)
BinSchG	Gesetz, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt (Binnenschifffahrtsgesetz) vom 15.6.1895 (RGBl S 301) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20.5.1898 (RGBl S 369, 868; BGBl III/FNA 4103-1)
BJagdG	Bundesjagdgesetz idF der Bekanntmachung vom 29.9.1976 (BGBl I S 2849, BGBl III/FNA 792-1)
BKA	Bundeskriminalamt
Bl	Blatt
BlfGenW	Blätter für Genossenschaftswesen (13.1866 ff; vorher: Die Innung der Zukunft)
BlGBW	Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht (Jahr, Seite)
BlPMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen (Jahr, Seite)
BlStSozArbR	Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht (Jahr, Seite)
BMF	Bundesminister der Finanzen
BNotO	Bundesnotarordnung vom 24.2.1961 (BGBl I S 98, BGBl III/FNA 303-1)
BörsG	Börsengesetz vom 22.6.1896 (RGBl S 157) idF der Bekanntmachung vom 9.9.1998 (BGBl I S 2682, BGBl III/FNA 4110-1)
Bolze RG	Die Praxis des Reichsgerichts in Zivilsachen, bearb von A. Bolze
BPatG	Bundespatentgericht
BR	Bundesrat
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte vom 26.7.1957 (BGBl I S 907; BGBl III/FNA 368-1)
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1.8.1959 (BGBl I S 565; BGBl III/FNA 303-8)
BrbgVerfG	Brandenburgisches Verfassungsgericht
BR-Drucks	Drucksachen des deutschen Bundesrates (Band, Jahr, Seite)
Brem	Bremen, bremisch
bremPG	Bremisches Polizeigesetz vom 5.7.1960 (Brem GBl S 731)
BrZ	Britische Zone
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts (1.1955 ff; Band, Seite)
BSHG	Bundessozialhilfegesetz idF der Bekanntmachung vom 23.3.1994 (BGBl I S 646, BGBl III/FNA 2170-1)
BSpkG	Gesetz über Bausparkassen (Bausparkassengesetz) vom 16.11.1972 (BGBl I S 2097) idF der Bekanntmachung vom 15.2.1991 (BGBl I S 454, BGBl III/FNA 7691-2)
BStBl	Bundessteuerblatt (Teile I, II und III; Jahr, Seite)
BT-Drs	Drucksachen des Deutschen Bundestages (ab 1949); zitiert: Legislaturperiode/Nr/S
BT-RA	Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages
BürgerlR, BürgR	Bürgerliches Recht
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz vom 8.1.1963 (BGBl I S 2)

BuW	Betrieb und Wirtschaft. Zeitschrift für Rechnungswesen, Steuern, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht im Betrieb (Jahr, Seite)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Band, Seite; 1.1952 ff)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (Band, Seite; 1.1954 ff)
BWNotZ	Mitteilungen aus der Praxis, Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg (Jahr, Seite)
bzgl	bezüglich
BZRG	Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister (Bundeszentralregistergesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.9.1984 (BGBl I S 1229, ber 1985 I S 195; BGBl III/FNA 312-7), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 22.12.2003 (BGBl I S 2834)
bzw	beziehungsweise
ca	circa
CIM	Convention internationale concernant le transport des marchandises par chemins des fer; Internationales Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 25.2.1961 (BGBl II S 1520)
CR	Computer und Recht (Jahr, Seite)
das	dasselbst
DB	Der Betrieb (Jahr, Seite)
DepotG	Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren (Depotgesetz) idF der Bekanntmachung vom 11.1.1995 (BGBl I S 34, BGBl III/FNA 4130-1)
ders	derselbe
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieherzeitung (Jahr, Seite)
dh	das heißt
dies	dieselbe
DiskE	Diskussionsentwurf
Diss	Dissertation
DJ	Deutsche Justiz, Zeitschrift für Rechtspflege und Rechtspolitik (Jahr, Seite)
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristenzeitung (Jahr, Spalte bzw Seite)
DNA-IFG	DNA-Identitätsfeststellungsgesetz vom 7.9.1998 (BGBl I S 2646)
DNotV	Zeitschrift des Deutschen Notarvereins
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift (früher: Zeitschrift des Deutschen Notarvereins, DNotV; Jahr, Seite)
DR	Deutsches Recht (1.1931-15.1945; Jahr, Seite)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung (Jahr, Seite)
DRpfl	Der Deutsche Rechtspfleger (Jahr, Seite)
DRSP-ROM	Deutsche Rechtsprechung auf CD-ROM
DRZ	Deutsche Richterzeitung (Jahr, Seite); (bis 1935, ab 1946 Deutsche Rechtszeitschrift, ab 1951 übergeleitet in die Juristenzeitung)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Jahr, Seite)
DStZ	Deutsche Steuerzeitung (1.1912-34.1945, 35.1947 ff, ab 1948 geteilt in Ausgabe A und B; Jahr, Seite)
Dt	Deutsch (e/er/es)
DtJurTag	Deutscher Juristentag

Abkürzungsverzeichnis

DuR	Demokratie und Recht (Jahr, Seite)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht (Jahr, Seite)
E	Entwurf
€	Euro
ebd	ebenda
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (1.1953 ff; Jahr, Seite)
EG	Europäische Gemeinschaft, Einfuhrungsgesetz
EGAO 1977	Einführungsgesetz zur Abgabenordnung vom 14.12.1976 (BGBl I S 3341, ber 1977 I S 667; BGBl III/FNA 610-1-4)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18.8.1896 (RGBl S 604) idF der Bekanntmachung vom 21.9.1994 (BGBl I S 2494, ber 1997 I S 1061; BGBl III/FNA 400-1)
EGemeinschuldO	Entwurf einer Deutschen Gemeinschuldordnung 1873
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 27.1.1877 (RGBl S 77, BGBl III/FNA 300-1), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 22.8.2002 (BGBl I 3390)
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuche vom 10.5.1897 (RGBl S 437; BGBl III/FNA 4101-1), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 1.12.2003 (BGBl I S 2446)
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung vom 5.10.1994 (BGBl I S 2911, BGBl III/FNA 311-14-1)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGOWiG	Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24.5.1968 (BGBl I S 503, BGBl III/FNA 454-2)
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2.3.1974 (BGBl I S 469; BGBl III/FNA 450-16)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25.3.1957 (BGBl II S 766)
Einf	Einführung
EinfG	Einführungsgesetz
Einl	Einleitung
einschl	einschließlich
einschr	einschränkend
EJN	Europäisches Justizielles Netz
EKO	Entwurf einer Konkursordnung 1875
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950 (BGBl 1952 II S 685)
EntschKalender	Übersicht über die Entscheidungen der Sozial- und Arbeitsgerichte in Berlin
entspr	entsprechend
Entw	Entwurf
ErbbauVO	Verordnung über das Erbbaurecht vom 15.1.1919 (RGBl S 72, ber S 122; BGBl III/FNA 403-6)
ErbR	Erbrecht
Erl	Erläuterungen
EStG 1997	Einkommensteuergesetz idF der Bekanntmachung vom 16.4.1997 (BGBl I S 821, BGBl III/FNA 611-1)
etc	et cetera
EU	Europäische Union

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen vom 27.9.1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (BGBl 1972 II, S 774) idF des 4. Beitritts- übereinkommens vom 29.11.1996 (BGBl 1998 II S 1411)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (1.1990 ff; Jahr, Seite)
EV	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31.8.1990 (BGBl II S 889)
evtl	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht, Kurzkommentare, hrsg von Bruno M. Kübler (Jahr, Seite)
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
f	folgend(e)
FamR	Familienrecht
FamRZ	Ehe und Familie im privaten und öffentlichen Recht (ab 9.1962,4 ff: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, 1.1954 ff)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff	folgende
FG	Finanzgericht
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit idF der Bekanntmachung vom 20.5.1898 (RGBl S 771; BGBl III/FNA 315-1)
FGO	Finanzgerichtsordnung vom 6.10.1965 (BGBl I S 1477; BGBl III/ FNA 350-1)
FGPrax	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Jahr, Seite)
FilmR	Filmrecht
FLF	Finanzierung, Leasing, Factoring (Jahr, Seite)
Fn	Fußnote
FS	Festschrift
Fundst	Fundstelle(n)
G	Gesetz
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht (1953 ff; Jahr, Seite)
GaststG	Gaststättengesetz vom 5.5.1970 (BGBl I S 465; BGBl III/ FNA 7130-1)
GBI	Gesetzblatt
GBO	Grundbuchordnung idF der Bekanntmachung vom 26.5.1994 (BGBl I S 1114; BGBl III/FNA 315-11)
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
geänd	geändert
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz idF der Bekanntmachung vom 28.8.1986 (BGBl I S 1455; BGBl III/FNA 421-1)
gem	gemäß
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1.5.1889 (RGBl S 55) idF der Bekanntmachung vom 19.8.1994 (BGBl I S 2202; BGBl III/FNA 4125-1)
Gesamthafen- BetriebsG	Gesetz über die Schaffung eines besonderen Arbeitgebers für Hafen- arbeiter (Gesamthafenbetrieb) vom 3.8.1950 (BGBl I S 352; BGBl III/ FNA 800-10)

Abkürzungsverzeichnis

GesBlf.d. KGR Bayern	Gesetzblatt für das Königreich Bayern
GeschmMG	Gesetz über das Urheberrecht an Mustern und Modellen vom 11.1.1876 (RGBl I S 11; BGBl III/FNA 442-1)
GesellschaftsR	Gesellschaftsrecht
GesO	Gesamtvollstreckungsordnung idF der Bekanntmachung vom 23.5.1991 (BGBl I S 1185; BGBl III/FNA Anhang III-11)
GewArch	Gewerbearchiv (Jahr, Seite), Zeitschrift für Gewerbe- u Wirtschafts-verwaltungsrecht
GewO	Gewerbeordnung idF der Bekanntmachung vom 22.2.1999 (BGBl S 202; BGBl III/FNA 7100-1)
GewStDV	Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung idF der Bekanntmachung vom 21.3.1991 (BGBl I S 831; BGBl III/FNA 611-5-1)
GewStG 1999	Gewerbsteuergesetz idF der Bekanntmachung vom 19.5.1999 (BGBl I S 1491; BGBl III/FNA 611-5)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBl I S 1; BGBl III/FNA 100-1)
ggf	gegebenenfalls
GK	Großkommentar
GKG	Gerichtskostenengesetz vom 18.6.1878 (RGBl S 141) idF der Bekannt-machung vom 15.12.1975 (BGBl I S 3047; BGBl III/FNA 360-1)
GleichberG	Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz) vom 18.6.1957 (BGBl I S 609; BGBl III/FNA 400-3)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20.4.1892 (RGBl S 477) idF der Bekanntmachung vom 20.5.1898 (RGBl S 846; BGBl III/FNA 4123-1)
GmbHR	GmbH-Rundschau (Jahr, Seite)
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GöttDiss	Göttinger Dissertation
GrESBWG SchlHolst	Gesetz über die Befreiung von der Grunderwerbsteuer bei Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, bei Maßnahmen aus dem Bereich des Bundesbaugesetzes und bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wirt-schaftsstruktur idF vom 16.9.1974 (GVBl S 353; BStBl I S 940)
GrEStG	Grunderwerbsteuergesetz idF vom 26.2.1997 (BGBl I S 418, ber S 1804, BGBl III/FNA 610-6-10)
GruchotBeitr	Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts, begründet von Gruchot (Band, Jahr, Seite)
GrünhutsZ	Zeitschrift für das Privat- und Öffentliche Recht der Gegenwart, begrün-det von Grünhut (Band, Seite; 1.1874-42.1916)
Grundz	Grundzüge
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Jahr, Seite)
GS	Gedächtnisschrift, Gesetzessammlung, Großer Senat
GSB	Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen vom 1.6.1909 (RGBl S 449; BGBl III/FNA 213-2)
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz vom 22.6.1998 (BGBl I S 2132; BGBl III/ FNA 9241-34)
GUG	Gesetz über die Unterbrechung von Gesamtvollstreckungsverfahren (Gesamtvollstreckungs-Unterbrechungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.5.1991 (BGBl I S 1191)
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt

GVG	Gerichtsverfassungsgesetz idF der Bekanntmachung vom 9.5.1975 (BGBl I S 1077; BGBl III/FNA 300-2)
GVGA	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher
GV NW	Gesetz- und Verordnungsblatt von Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen idF der Bekanntmachung vom 26.8.1998 (BGBl I S 2546; BGBl III/FNA 703-4)
H	Heft
hA	herrschende Ansicht
HAG	Heimarbeitergesetz vom 14.3.1951 (BGBl I S 191; BGBl III/FNA 804/1)
Halbs	Halbsatz
HambSOG	Hamburg: Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 14.3.1966 (GVBl S 77)
HandwO	Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) idF vom 24.9.1998 (BGBl I S 3074; BGBl III/FNA 7110-1)
HansGZ	Hanseatische Gerichtszeitung (1.1880-48.1927; danach: Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift – HansRGZ –; vorher: Hamburger Handelsgerichtszeitung, ab 1868; Jahr, Seite)
HansOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht
Hdb	Handbuch
HessSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung idF vom 26.1.1972 (GVBl I S 24; zuletzt geändert durch das LandesrechtAnpassG vom 4.9.1974, GVBl I S 361)
HEZ	Höchststrichterliche Entscheidungen, Sammlung von Entscheidungen der Oberlandesgerichte und der Obersten Gerichte in Zivilsachen (1.1948-3.1950, 1)
HFR	Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung (Jahr, Seite)
HGB	Handelsgesetzbuch vom 10.5.1897 (RGBl S 219; BGBl III/FNA 4100-1)
HinterlO	Hinterlegungsordnung vom 10.3.1937 (RGBl I S 285; BGBl III/FNA 300-15)
hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
HöfeO	Höfeordnung idF der Bekanntmachung vom 26.7.1976 (BGBl I S 1933; BGBl III/FNA 7811-6-2)
HRR	Höchststrichterliche Rechtsprechung (Jahr, Nr; 4.1928-18.1942; vorher: Die Rechtsprechung, Beilage zur Jurist. Rundschau 1.1925-3.1927)
Hrsg, hrsg	Herausgeber, herausgegeben
Hs	Halbsatz
HVG	Gesetz über die Altersversorgung für das Deutsche Handwerk; aufgehoben durch HwVG mit Wirkung vom 1.1.1962
HwVG	Gesetz über die Rentenversicherung der Handwerker vom 8.9.1960 (BGBl I S 737; BGBl III/FNA 8250-1)
HypBankG	Hypothekendarlehenbankgesetz idF vom 9.9.1998 (BGBl I S 2674; BGBl III/FNA 7628-1)
iAllg	im Allgemeinen
idF	in der Fassung
idFdGv	in der Fassung der (des) Gesetze(s) vom
idR	in der Regel
IdW	Institut der Wirtschaftsprüfer
ie	im einzelnen

Abkürzungsverzeichnis

iE	im Ergebnis
ieS	im engeren Sinne
iGgs	im Gegensatz
INF	Die Information über Steuer und Wirtschaft (1.1947 ff; Jahr, Seite)
insbes	insbesondere
InsG-DA	Durchführungsanweisung der Bundesanstalt für Arbeit zum Insolvenz- geld
InsO	Insolvenzordnung vom 5.10.1994 (BGBl I S 2866; BGBl III/ FNA 311-13)
InsR	Insolvenzrecht
InsRKomm	Kommission für Insolvenzrecht
InsRR	Insolvenzrechtsreport, herausgegeben von Harald Hess (Jahr, Nr)
InsVV	Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung vom 19.8.1998
InVo	Insolvenz und Vollstreckung (1.1996 ff)
InvZulG 1993	Investitionszulagengesetz 1993
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Jahr, Seite)
iS	im Sinne
iSd	im Sinne des
iSv	im Sinne von
iV	in Verbindung
iVm	in Verbindung mit
iü	im übrigen
iwS	im weiteren Sinne
iZw	im Zweifel
JA	Juristische Arbeitsblätter (Jahr, Seite)
Jb	Jahrbuch
JBeitro	Justizbeitreibungsordnung vom 11.3.1937 (RGBl I S 298; BGBl III/ FNA 365-1)
JBl	Juristische Blätter (Jahr, Seite)
JbRR	Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie (Band, Jahr, Seite)
JFG	Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkheit und des Grundbuchrechtes (Jahr, Seite)
JGG	Jugendgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.12.1974 (BGBl I S 3427; BGBl III/FNA 451-1), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 27.12.2003 (BGBl I S 3007)
Jhdt(s)	Jahrhundert(s)
JherJb	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts; vorher: Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts (1.1857-90.1942; Band der Gesamtreihe, Seite)
JMBL LSA	Justizministerialblatt von Sachsen-Anhalt (Jahr, Seite)
JMBL NW	Justizministerialblatt von Nordrhein-Westfalen (Jahr, Seite)
JR	Juristische Rundschau (Jahr, Seite)
Judicium	Vierteljahresschrift für die gesamte Zivilrechtspflege (1.1928-5.1933; Jahr, Seite)
JurA	Juristische Analysen (Jahr, Seite)
Jura	Juristische Ausbildung (Jahr, Seite)
JurBüro	Das juristische Büro (Jahr, Seite)
JurLitBl	Juristisches Literaturblatt (1.1889-29.1917/18)
JurTag(s)	Juristentag(es)
JuS	Juristische Schulung (Jahr, Seite)

Justiz	Die Justiz. Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg (1.1952 ff; Jahr, Seite)
JVBl	Justizverwaltungsblatt (Jahr, Seite)
JVEG	Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz in der Fassung des Artikels 2 des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes vom 5.5.2004, BGBl I, S 718
JW	Juristische Wochenschrift (Jahr, Seite, bisweilen auch Nummer)
JZ	Juristenzeitung (Jahr, Seite)
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften idF der Bekanntmachung vom 9.9.1998 (BGBl I S 2726; BGBl III/FNA 4120-4)
KapAEG	Gesetz zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne an Kapitalmärkten und zur Erleichterung der Aufnahme von Gesellschafterdarlehen (Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetz) vom 20.4.1998 (BGBl I S 707; BGBl III/FNA 4100-1/1)
KapCoRiLiG	Kapitalgesellschaften- u Co-Richtlinie-G vom 24.2.2000 (BGBl I S 154)
KAUG	Konkursausfallgeld
KG	Kammergericht, Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KGBl	Blätter für Rechtspflege im Bezirk des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Kosten-, Stempel- und Strafsachen (Jahr, Seite)
KGJ	Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Kosten-, Stempel- und Strafsachen (bis 19.1899: in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit; Band, Seite; 1.1881-53.1922)
Kgl	Königlich
KGR	Königreich
KG-Report	KG-Report. Schnelldienst zur Zivilrechtsprechung des Kammergerichts Berlin (Jahr, Seite)
KKZ	Kommunal-Kassen-Zeitschrift (Jahr, Seite)
KO	Konkursordnung idF 20.5.1898 (RGBl S 612; BGBl III/FNA 311-4)
Komm	Kommentar
KommBer	Bericht der VI. Kommission über die Entwürfe eines Gesetzes betr Änderungen der Konkursordnung sowie eines zugehörigen Einführungsgesetzes – Nr 100 der Drucksachen (zitiert nach: Seitenzahl von Nr 237 der Aktenstücke zu den Verhandlungen des Reichstages 1897/1898; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 9. Legislaturperiode, V. Session, 3. Anlageband, S 1946 ff)
KonkursR	Konkursrecht
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich vom 27.4.1998 (BGBl I S 786, BGBl III/FNA 4121-1/2)
KO-Prot	Protokolle der Reichstagskommission von 1875/1876 (zitiert nach: Seitenzahl der Drucksachen des Reichstags, 2. Legislaturperiode, II. Session 1874, Nr 200; IV. Session 1876, Nr 4)
KostO	Kostenordnung in der Bekanntmachung vom 26.7.1957 (BGBl I S 861)
KraftStG 1994	Kraftfahrzeugsteuergesetz 1994 idF der Bekanntmachung vom 24.5.1994 (BGBl I S 1102; BGBl III/FNA 611-17)

Abkürzungsverzeichnis

Krim	Kriminalistik. Zeitschrift für die gesamte kriminalistische Wissenschaft und Praxis (Jahr, Seite)
krit	kritisch
KSchG	Kündigungsschutzgesetz idF der Bekanntmachung vom 25.8.1969 (BGBl I S 1317; BGBl III/FNA 800-2)
KStG 1999	Körperschaftsteuergesetz vom 31.8.1976 (BGBl I S 2599) idF der Bekanntmachung vom 22.4.1999 (BGBl I S 817; BGBl III/FNA 611-4 4)
KTS	Zeitschrift für Konkurs- Treuhand- und Schiedsgerichtswesen, seit 1989 Zeitschrift für Insolvenzrecht, Konkurs, Treuhand, Sanierung (Jahr, Seite)
KuS	Kostenerstattung und Streitwert (Jahr, Seite)
KuT	Konkurs und Treuhandwesen; Monatsschrift für Wirtschaft und Recht (Jahr, Seite; bis 1941, ab 1955 KTS)
KWG	Gesetz über das Kreditwesen idF der Bekanntmachung vom 9.9.1998 (BGBl I S 2776; BGBl III/FNA 7610-1)
LAG	Gesetz über den Lastenausgleich vom 14.8.1952 (BGBl I S 446) idF der Bekanntmachung vom 2.6.1993 (BGBl I S 847, ber BGBl I S 248, BGBl III/FNA 621-1); Auch Landesarbeitsgericht
Lb	Lehrbuch
LehrKomm	Lehrkommentar
Leipz.rw.Studien	Leipziger rechtswissenschaftliche Studien, hrsg von der Leipziger Juristen-Fakultät
LG	Landgericht
Lit	Literatur
LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, hrsg von Lindenmaier und Möhring ua (Nummer der Entscheidung zu der angegebenen Gesetzesstelle)
LS	Leitsatz
LSG	Landessozialgericht
LStDV 1990	Lohnsteuerrückführungsverordnung (LStDV 1990) idF der Bekanntmachung vom 10.10.1989 (BGBl I S 1848; BGBl III/FNA 611-2)
lt	laut
Ltd	Limited
LuftfzRG	Gesetz über Rechte an Luftfahrzeugen vom 26.2.1959 (BGBl I S 57; BGBl III/FNA 403-9)
LuftVG	Luftverkehrsgesetz vom 27.3.1999 (BGBl I S 150; BGBl III/FNA 96-1)
LUG	Gesetz betr das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst (LiteratururheberG) vom 19.6.1901 (RGBl S 227)
LwAnpG	Gesetz über die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft an die soziale und ökologische Marktwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik Landwirtschaftsanpassungsgesetz idF der Bekanntmachung vom 3.7.1991 (BGBl I S 1418; BGBl III/FNA VI.-1)
LwVfG	Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen vom 21.7.1953 (BGBl I S 667; BGBl III/FNA 317-1)
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht (Jahr, Spalte; Beipiel; 1911, 78 – ohne „Sp“)
m	mit
M	Motive zum Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches erster Lesung für das Deutsche Reich, Amtliche Ausgabe, Band 1 bis 5, Berlin, Leipzig 1888 (zitiert: M Band, Seite)

MarkenG	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen (Markengesetz – MarkenG) vom 25.10.1994 (BGBl I S 3082, ber 1995 I S 156; BGBl III/FNA 423-5-2)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Jahr, Seite)
mE	meines Erachtens
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz vom 4.5.1976 (BGBl I S 1153)
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer (vor 11.61: RhNK = Niederschriften über die Notarkammersitzungen der Rheinischen Notarkammer)
MiZi	Mitteilungen in Zivilsachen
mN	mit Nachweisen
Montan-MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21.5.1951 (BGBl I S 347)
Motive I	Begründung des Entwurfs einer Gemeinschuldordnung von 1873, Berlin 1873
Motive II	Begründung des Entwurfs einer Konkursordnung von 1875 (zitiert nach der Seitenzahl der Reichstagsdrucksache Nr 200 der 2. Legislaturperiode, II. Session 1874)
Motive z. Entw. eines ZVG	Entwurf eines Gesetzes betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen nebst amtlichen Begründungen, Berlin 1889
MuSchG	Mutterschutzgesetz idF der Bekanntmachung vom 17.1.1997 (BGBl I S 22, ber S 293; BGBl III/FNA 8052-1)
MuW	Markenschutz und Wettbewerb (Jahr, Seite)
mwN	mit weiteren Nachweisen
MzEG	Motive zum Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (siehe M) zitiert nach der Guttentag'schen Ausgabe, Berlin, Leipzig 1888
N	Nachweis(e/n)
Nds	Niedersachsen, niedersächsisch
NdsRpfl	Niedersächsische Rechtspflege (ab 1.7.47, vorher Hannoversche Rechtspflege; Jahr, Seite)
NEhelG	Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder vom 19.8.1969 (Nichtehelichengesetz) (BGBl I S 1243; BGBl III/FNA 404/18)
nF	neue Fassung; neue Folge
NGefAG	Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz idF der Bekanntmachung vom 20.2.1998 (Nds GVBl S 101), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.12.2003 (Nds GVBl S 414)
NGO	Niedersächsische Gemeindeordnung idF vom 22.8.1996 (Nds GVBl S 382)
NJ	Neue Justiz (Jahr, Seite)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Jahr, Seite)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (Jahr, Seite)
NLO	Niedersächsische Landkreisordnung idF vom 22.8.1996 (Nds GVBl S 365)
Nov	Novelle
Nr	Nummer
NRW, NW	Nordrhein-Westfalen

Abkürzungsverzeichnis

NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Jahr, Seite)
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht, Rechtsprechungs-Report (Jahr, Seite)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Jahr, Seite)
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht, Rechtsprechungs-Report (1.1996 ff; Jahr, Seite)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Jahr, Seite)
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung (Jahr, Seite)
NZM	Neue Zeitschrift für Mietrecht (Jahr, Seite)
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht (1.1992 ff; Jahr, Seite)
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (1.1988 ff; Jahr, Seite)
OBG-NW	Nordrhein-Westfälisches Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz) idF der Bekanntmachung vom 13.5.1980 (GV NW S 528, SGV Fundstellennachweis Nr 2060)
öffentl	öffentlich
öJBl	Österreichische Juristische Blätter (Jahr, Seite)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung (Jahr, Seite)
Österr	Österreichisch (en, es)
OFD	Oberfinanzdirektion
OGH	Oberster Gerichtshof (für die britische Zone)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OK	Organisierte Kriminalität
OLG	Oberlandesgericht
OLG-NL	OLG-Rechtsprechung Neue Länder (1.1994 ff; Jahr, Seite)
OLG-Report	OLG-Report. Zivilrechtsprechung der Oberlandesgerichte (Jahr, Seite)
OLGRspr	Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Zivilrechts; herausgegeben von Mugdan und Folkmann (von 1900 bis 1928, Bände 1 bis 46; Band, Seite)
OLGSt	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Straf-, Ordnungswidrigkeiten- und Ehrengerichtssachen (Loseblattsammlung)
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen (hrsg von Deisenhofer und Jansen; Jahr, Seite)
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24.5.1968 (BGBl I S 481) idF der Bekanntmachung vom 19.2.1987 (BGBl I S 602; BGBl III/FNA 454-1)
P	Protokolle zweiter Lesung zum Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches (zitiert nach der Guttentag'schen Ausgabe, Berlin, Leipzig 1888; Band, Seite)
PA	Patentamt
PachtKrG	Pachtkreditgesetz idF vom 5.8.1951 (BGBl I S 494; BGBl III/FNA 7813-1)
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz vom 25.7.1994 (BGBl I S 1744; BGBl III/FNA 4127-1), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 10.12.2001 (BGBl I S 3422)
PatAnwO	Patentanwaltsordnung
PatG	Patentgesetz idF vom 2.1.1968 (BGBl I S 2; BGBl III/FNA 420-1)
PflVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (Pflichtversicherungsgesetz) vom 5.4.1965 (BGBl I S 213; BGBl III/FNA 925-1)
PlProt	Stenographische Protokolle zu den Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages

PosMSchr	Juristische Monatsschrift für Posen, West- und Ostpreußen und Pommern (1.1898-21.1928; Jahr, Seite)
PrABG	Allgemeines Berggesetz für die preußischen Staaten v. 24.6.1865 (GS S 705)
Preußische AGO	Allgemeine Gerichtsordnung für die preußischen Staaten, Berlin 1815
PrGS	Gesetzsammlung für die Kgl Preußischen Staaten (ab 1907: Preußische Gesetzssammlung; 1810–1945)
Prot	Protokolle
PrOVG	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts (bis 1918: KglPrOVG; 1.1877-106.1941)
prPVG	Preußisches Polizeiverwaltungsgesetz vom 1.6.1931 (PrGS S 77)
PSVaG	Pensionssicherungsverein auf Gegenseitigkeit
PucheltzZ	Zeitschrift für französisches Zivilrecht (ab 31.1900: Zeitschrift für deutsches bürgerliches Recht und französisches Zivilrecht), begründet von Puchelt (1.1870-38.1907)
PWR	Praxis Wirtschaftsrecht (Jahr, Seite)
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, begründet von Ernst Rabel (Jahr, Seite)
RAG	Reichsarbeitsgericht
RAO	Reichsabgabenordnung
RBerG	Rechtsberatungsgesetz vom 13.12.1935 (RGBl I S 1478), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19.12.1998 (BGBl I S 3836)
RBÜ Pariser Fassung	Revidierte Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst vom 13.11.1908 (RGBl 1910 S 965); in der revidierten Pariser Fassung vom 24.7.1971 (BGBl II 1973 S 1069)
RdA	Recht der Arbeit (Jahr, Seite)
RdL	Recht der Landwirtschaft (Jahr, Seite)
Recht	Das Recht (Jahr, Spalte; seit 1935 Beilage zur Deutschen Justiz; auch Jahr, Seite, Nummer)
RefE	Referentenentwurf
RegBl	Regierungsblatt
RegE	Regierungsentwurf
ReichssiedlungsG	Reichssiedlungsgesetz vom 11.8.1919 (RGBl S 1429; BGBl III/FNA 2331-1)
Rev	Revision
RFH	Reichsfinanzhof; amtliche Sammlung der Entscheidungen des RFH (Band, Seite)
RG	Reichsgericht
RGBl	Reichsgesetzblatt
RGes	Reichsgesetz
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen (1.1880–77.1944; Band, Seite)
RG Warn	Warneyer Rechtsprechung, Rechtsprechung des Reichsgerichts, soweit sie nicht in der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des RG abgedruckt ist, herausgegeben von Warneyer (Jahr, Nummer)
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen; amtliche Sammlung der Reichsgerichtsentscheidungen in Zivilsachen (Band, Seite)
RHaftpflG	Gesetz betreffend die Verbindlichkeit zum Schadensersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken usw herbeigeführten

	Tötungen und Verletzungen (Reichshaftpflichtgesetz) vom 7.6.1871 (RGBl S 207; BGBl III/FNA 935-1)
RHeimstG	Reichsheimstättengesetz vom 25.11.1937 (RGBl I S 1291; BGBl III/FNA 2332-1), aufgehoben durch Gesetz vom 17.6.1993 (BGBl I S 912)
RheinArch	Archiv für Zivil- und Strafrecht der Königlich preußischen Rheinprovinz (Band, Jahr, Seite)
Rh.-Pf	Rheinland-Pfalz
rh.-pf. PVG	Polizeiverwaltungsgesetz von Rheinland-Pfalz idF vom 29.7.1973 (GVBl S 180; zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 5.11.1974, GVBl S 469)
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren. Neuf. ab 1.1.1977 (bundeseinheitlich vereinbart)
RJA	Reichsjustizamt, Entscheidungssammlung in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts (Band, Seite)
RKnappschG	Reichsknappschaftsgesetz idF vom 1.7.1926 (RGBl I S 369; BGBl III/FNA Nr 822-1); ersetzt durch SGB VI
rkr	rechtskräftig
RL	Richtlinie
Rn	Randnummer
ROHG	Reichsoberhandelsgericht, Entscheidungssammlung des Reichsoberhandelsgerichts (Band, Seite)
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Jahr, Seite)
RPflG	Rechtspflegergesetz vom 5.11.1969 (BGBl I S 2065)
Rspr	Rechtsprechung
RsprÜb	Rechtsprechungsübersicht
RStBl	Reichssteuerblatt (Jahr, Seite)
RT	Reichstag
RT-Drucks	Drucksachen des Reichstags (Nr, Wahlperiode, Jahr, Seite)
RVO	Reichsversicherungsordnung vom 19.7.1911 (RGBl I S 509) idF der Bekanntmachung vom 15.12.1924 (RGBl I S 779; BGBl III/FNA 820-1)
RWS-Skript	Kommunikationsforum Recht – Wirtschaft – Steuern
s	siehe
S	Satz, Seite
sa	siehe auch
SachR, SachenR	Sachenrecht
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen der Vereinigung der Arbeitgeberverbände (Jahr, Seite)
SächsArch	Sächsisches Archiv für Bürgerliches Recht und Prozess (ab 14.1904: für Deutsches Bürgerliches Recht; 1.1891-15.1905; Band, Seite)
SächsOLG	Annalen des sächsischen Oberlandesgerichts zu Dresden (von 1880 bis 1920; Band, Seite)
SächsRpfl	siehe SARpfl
SARpfl	Sächsisches Archiv für Rechtspflege (1.1906-15.1920; N. F. 1.1921-3.1923)
ScheckG	Scheckgesetz vom 14.8.1933 (RGBl I S 597; BGBl III/FNA 4132-1)
SchiffsBG	Gesetz über Schiffsbanken (Schiffsbankgesetz) idF v. 8.5.1963 (BGBl I S 301; BGBl III/FNA 7628-2)
SchRegO	Schiffsregisterordnung idF der Bekanntmachung vom 26.5.1951 (BGBl I S 360), zuletzt geändert durch Art 107 des Gesetzes vom 2.3.1974 (BGBl I S 469)

SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen (Jahr, Seite)
schlh.LVwG	Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (LVwG) vom 18.4.1967 (GVBl S 131), zuletzt geändert durch Gesetz zur Anpassung des schleswig-holsteinischen Landesrechts an das 2. Gesetz zur Reform des Strafrechts und andere straf- und bußgeldrechtliche Vorschriften des Bundes (LStrAnpG II) vom 9.12.1974 (GVBl S 453)
SchRG	Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken (Schiffsrechtegesetz) vom 15.11.1940 (RGBl I S 1499; BGBl III/ FNA 403-4)
SchuldR	Schuldrecht
SchuldRAnpG	Gesetz zur Anpassung schuldrechtlicher Nutzungsverhältnisse an Grundstücken im Beitrittsgebiet (Schuldrechtsanpassungsgesetz) vom 21.9.1994 (BGBl I S 2538)
SchwarzarbG	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 6.2.1995 (BGBl I S 165), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit vom 23.7.2002 (BGBl I S 2787)
SE	Société européenne, Societas Europaea (Europäische Aktiengesellschaft)
SeeR	Seerecht
SeeUG	Gesetz über die Untersuchung von Seeunfällen (Seeunfalluntersuchungsgesetz) vom 6.12.1985 (BGBl I S 2146; BGBl III/FNA 9510-17)
SeuffArch	Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten (Band, Nummer)
SeuffBl	Seufferts Blätter für Rechtsanwendung in Bayern (Band, Seite)
SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz idF vom 23.9.1975 (BGBl I S 2535; BGBl III/ FNA 330-1)
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung (Jahr, Seite, ab 1947 Spalte)
Slg	Sammlung
so	siehe oben
sog	sogenannte (er; es)
SozplG	Gesetz über den Sozialplan im Konkurs- und Vergleichsverfahren vom 20.2.1985 (verlängert durch Gesetz vom 20.12.1988, BGBl I S 2450 und Gesetz vom 22.12.1989, BGBl I S 2405)
SozR	Sozialrecht. Rechtsprechung und Schrifttum, bearbeitet von den Richtern des Bundessozialgerichts (Loseblattsammlung)
Sp	Spalte
StA	Staatsanwalt(schaft)
StaatsbankG	Gesetz über die Staatsbank Berlin vom 29.6.1990 (GBl DDR I Nr 38, S 504)
StB	Der Steuerberater. Organ der Bundessteuerberaterkammer (Jahr, Seite)
StBerG	Steuerberatungsgesetz idF vom 4.11.1975 (BGBl I S 2735; BGBl III/ FNA 610/10)
Stbg	Die Steuerberatung (1.1958 ff; Jahr, Seite)
std	ständig(e)
stenogr. Bericht	Verhandlungen des Reichstags, Stenographischer Bericht nebst Anlagen (zitiert nach Legislaturperiode, Session, Band, Seite)
SteuerR	Steuerrecht

Abkürzungsverzeichnis

StGB	Strafgesetzbuch idF der Bekanntmachung vom 13.11.1998 (BGBl I S 3322; BGBl III/FNA 450-2)
StHG	Gesetz über die Errichtung einer Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder“ (StHG) idF der Bekanntmachung vom 31.10.1972 (BGBl I S 2045; BGBl III/FNA 2172-1)
StPO	Strafprozessordnung idF der Bekanntmachung vom 7.4.1987 (BGBl I S 1074, ber S 1319; BGBl III/FNA 312-2)
str	streitig
StraFO	Strafverteidiger Forum (Jahr, Seite)
6. StrRG	Sechstes Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 26.1.1998 (BGBl I S 164)
StRK	Steuerrechtsprechung in Karteiform. Höchstgerichtliche Entscheidungen in Steuersachen (Mrozek-Kartei)
StRspr	ständige Rechtsprechung
StrVollstrO	Strafvollstreckungsordnung vom 1.4.2001 (BAnz Nr 87 S 9157)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Jahr, Spalte bzw Nummer)
StV	Strafverteidiger (Jahr, Seite)
StVÄG 1999	Strafverfahrensänderungsgesetz 1999 vom 2.8.2000 (BGBl I S 1253)
StVG	Straßenverkehrsgesetz vom 19.12.1952 (BGBl I S 837; BGBl III/FNA 9231-1)
1. StVRG	1. Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts vom 9.12.1974 (BGBl I S 3393 und S 3533; BGBl III/FNA 312-8-1)
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 7.12.1935 idF der Bekanntmachung vom 28.9.1988 (BGBl I S 1793; BGBl III/FNA 9232-1)
StW	Steuer-Warte (1.1922 ff; 23.1950 ff; Jahr, Seite)
su	siehe unten
SubvG	Subventionsgesetz vom 29.7.1976 (BGBl I S 2034)
teilw	teilweise
ThürBl	Blätter für Rechtspflege in Thüringen und Anhalt, (1854–1918; Band, Seite)
Tit	Titel
TranspPublG	Gesetz zur weiteren Reform des Aktien- und Bilanzrechts zu Transparenz und Publizität vom 19.7.2002 (BGBl I 2002 S 2681)
TRG	Gesetz zur Neuregelung des Fracht-, Speditions- und Lagerrechts (Transportrechtsreformgesetz) vom 25.6.1998 (BGBl I S 1588; BGBl III/FNA 4100-1/2)
TVG	Tarifvertragsgesetz in der Bekanntmachung vom 25.8.1969 (BGBl I S 1323)
u	und
ua	und andere(m)
uä	und ähnliche(s)
UBGG	Gesetz über Unternehmensbeteiligungen vom 17.12.1986 (BGBl I S 2488) idF vom 9.9.1998 (BGBl I S 2765; BGBl III/FNA 4126-1)
UFITA	Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht
UmwG	Umwandlungsgesetz vom 28.10.1994 (BGBl I S 3210, ber 1995 I S 428; BGBl III/FNA 4120-9-2)
unstr	unstreitig
UrHG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9.9.1965 (BGBl I S 1273; BGBl III/FNA 440-1)

UrhR	Urheberrecht
Urt	Urteil
USG	Gesetz über die Sicherung des Unterhalts der zum Wehrdienst einberufenen Wehrpflichtigen und ihrer Angehörigen (Unterhaltssicherungsgesetz) vom 26.7.1957 (BGBl I S 1046; BGBl III/FNA 53-3)
UStG 1999	Umsatzsteuergesetz idF der Bekanntmachung vom 9.6.1999 (BGBl I S 1270; BGBl III/FNA 611-10-14)
UStR	Umsatzsteuer-Rundschau (Beilage zur Finanzrundschau; Jahr, Seite)
usw	und so weiter
uU	unter Umständen
UVR	Umsatzsteuer- und Verkehrssteuer-Recht (Jahr, Seite)
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7.6.1909 (RGBl S 499; BGBl III/FNA 43-1)
va	vor allem
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (Versicherungsaufsichtsgesetz) idF vom 17.12.1992 (BGBl 1993 I S 2; BGBl III/FNA 7631-1)
VerBAV	Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen (Jahr, Seite)
VerbrKRG	Verbraucherkreditgesetz idF der Bekanntmachung vom 29.7.2000 (BGBl I S 940; BGBl III/FNA 402-6)
Verf	Verfasser
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
Verh	Verhandlungen
VerlG	Gesetz über das Verlagsrecht vom 19.6.1901 (RGBl I S 217; BGBl III/FNA 441-1)
VerlR	Verlagsrecht
VermA	Vermittlungsausschuss
VermBG	Fünftes Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer 5. Vermögensbildungsgesetz idF der Bekanntmachung vom 4.3.1994 (BGBl I S 406; BGBl III/FNA 800-9)
VermG	Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz – VermG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.12.1998 (BGBl I S 4026; BGBl III/FNA III-19)
VersR	Versicherungsrecht, Juristische Rundschau für die Individualversicherung (Jahr, Seite)
VerwZG	Verwaltungszustellungsgesetz vom 3.7.1952 (BGBl I S 379; BGBl III/FNA 201-3)
VerZSe	Vereinigte Zivilsenate
Vfg	Verfügung
VG	Verwaltungsgericht
vgl	vergleiche
VglO	Vergleichsordnung vom 26.2.1935 (RGBl I S 321, ber S 356; BGBl III/FNA 311-1)
VO	Verordnung
VOB/B	Verdingungsordnung für Bauleistungen, Fassung 30.5.2000; Bundesanzeiger 2000, Nr 126a
VOBl	Verordnungsblatt
VoraufI	Vorauslage

Abkürzungsverzeichnis

Vorbem	Vorbemerkung
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung (1.1949 ff; Band, Seite)
VuR	Verbraucher und Recht (Jahr, Seite)
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz) vom 30.5.1908 (RGBl S 263; BGBl III/FNA 7632-1)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung vom 21.1.1960 (BGBl I S 17) idF der Bekanntmachung vom 19.3.1991 (BGBl I S 686, BGBl III/FNA 340-1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2001 (BGBl I S 3987)
VwVG	Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz vom 27.4.1953 (BGBl I S 157; BGBl III/FNA 201-4), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1997 (BGBl I S 3039)
Warn	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen, als Fortsetzung der von Otto Warneyer hrsg Rechtsprechung des Reichsgerichts (1959/60 ff)
WarnRspr	Warneyer, Rechtsprechung des Reichsgerichts, soweit sie nicht in der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des RG abgedruckt ist, herausgegeben von Warneyer (Jahr, Nummer)
WEG	Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz) vom 15.3.1951 (BGBl I S 175, ber S 209; BGBl III/FNA 403-1)
WG	Wechselgesetz vom 21.6.1933 (RGBl I S 399; BGBl III/FNA 4133-1)
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung. Zeitschrift f. Wirtschaftsanwälte und Unternehmensjuristen (Jahr, Seite)
WiGBI	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (1.1947-3.1949)
1. WiKG	Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vom 29.7.1976 (BGBl I S 2034; BGBl III/FNA 453-18-1)
wistra	Zeitschrift für (bis 15.1996: Wirtschaft, Steuer, Strafrecht) Wirtschafts- und Steuerstrafrecht (1.1982 ff)
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Teil IV, Wirtschafts-, Wertpapier- und Bankrecht; Jahr, Seite)
wN	weitere Nachweise
WoBindG	Gesetz zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (Wohnungsbindungsgesetz) idF der Bekanntmachung vom 19.8.1994 (BGBl I S 2166, ber S 2319; BGBl III/FNA 2330-14)
WoPG	Wohnungsbau-Prämiengesetz (WoPG 1996) idF vom 30.10.1997 (BGBl I 2678; BGBl III/FNA 2330-9)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Jahr, Seite)
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz in der Bekanntmachung vom 9.9.1998 (BGBl I S 2708)
WPO	Gesetz über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) idF vom 5.11.1975 (BGBl I S 2803; BGBl III/FNA 702-1)
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (Band, Seite)
WürttNotZ	Zeitschrift des Württembergischen Notarvereins
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht (Jahr, Seite)
ZAkDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht (Jahr, Seite)
zB	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft (Jahr, Seite)

ZBlFG	Zentralblatt für die freiwillige Gerichtsbarkeit und Notariat (Jahr, Seite)
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht (Jahr, Seite)
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft (Jahr, Seite)
ZfbF	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung (Jahr, Seite)
ZfG	Zeitschrift für Gesetzgebung (Jahr, Seite)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Jahr, Seite)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht (bis 1960 = Band 123: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht) zitiert: [Band (Jahr) Seite]
Ziff	Ziffer
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht (Jahr, Seite)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis (Jahr, Seite)
ZKW	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen (Jahr, Seite)
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht (Jahr, Seite)
ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis (1.1998 ff; Jahr, Seite)
ZPO	Zivilprozeßordnung idF vom 12.9.1950 (BGBl I S 533; BGBl III/ FNA 310-4)
ZPR	Zivilprozessrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Jahr, Seite)
ZSEG	Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1.10.1969 (BGBl I S 1756; BGBl III/FNA 367-1)
ZStrW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft [Band (Jahr) Seite]
zT	zum Teil
zust	zustimmend
zutr	zutreffend
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft (von 1901 bis 1943, Bände 1–43; Jahr, Seite)
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (Zwangsversteigerungsgesetz) vom 24.3.1897 (RGBl S 97) idF der Bekanntmachung vom 20.5.1898 (RGBl S 713; BGBl III/FNA 310-14), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5.4.2002 (BGBl I S 1250)
zw	zweifelhaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess [Band (Jahr) Seite]

Literaturverzeichnis

- | | |
|---|--|
| ACFE Fraud Examiner's Manual | Association of Certified Fraud Examiners (Hrsg.),
Fraud Examiner's Manual, 3. Aufl., Austin/Tx. 1999 |
| ACFE Ponzi Schemes | Association of Certified Fraud Examiners (Hrsg.),
Recognizing Ponzi Schemes, Austin/Tx. 1999 |
| AK/Bearbeiter | Wassermann, Rudolf (Hrsg.), Kommentar zur Strafprozess-
ordnung, Reihe Alternativkommentare, Neuwied 1992 |
| Assmann | Assmann, Heinz-Dieter (Hrsg.), Wertpapierhandelsgesetz,
3. Aufl., Köln 2003 |
| A/W/Bearbeiter | Achenbach, Hans/Wannemacher, Wolfgang J., Beraterhand-
buch zum Steuer- und Wirtschaftsstrafrecht, Herne/Berlin,
Stand Januar 1999 |
| Balz/Landfermann | Balz, Manfred/Landfermann, Hans-Georg, Die neuen Insol-
venzgesetze, 2. Aufl., Düsseldorf 1999 |
| Baumbach/Hopt | Baumbach, Adolf/Hopt, Klaus J., Handelsgesetzbuch,
31. Aufl., München 2003 |
| Baumbach/Hueck | Baumbach, Adolf/Hueck, Götz, GmbH-Gesetz, 16. Aufl.,
München 1996 |
| Baur/Stürner | Baur, Fritz/Stürner, Rolf, Zwangsvollstreckungs-, Konkurs-,
und Vergleichsrecht, Bd. 1 Einzelvollstreckung, Heidelberg
1995; Bd. 2 Insolvenzrecht, Heidelberg 1999 |
| Beck/Depré | Beck, Siegfried/Depré, Peter (Hrsg.), Praxis der Insolvenz.
Ein Handbuch für die Beteiligten und ihre Berater, Mün-
chen 2003 |
| Beck'scher Bilanzkommentar/
Bearbeiter | Budde, Wolfgang Dieter/Clemm, Hermann/Ellrott,
Helmut/Förschle, Gerhardt/Schnicke, Christian, Beck'scher
Bilanz-Kommentar Handels- und Steuerrecht, 3. Aufl.,
München 1995 |
| Beck'sches Handbuch der GmbH/
Bearbeiter | Müller, Welf/Hense, Burkhard, Beck'sches Handbuch
der GmbH, 3. Aufl., München 2002 |
| Bente Diss | Bente, Ulrich, Die Strafbarkeit des Arbeitgebers wege Bei-
tragsvorenthaltung und Veruntreuung von Arbeitsentgelt
(§ 266a StGB), Diss. Univ. Göttingen 1991, Frankfurt am
Main 1992 |
| Berscheid | Berscheid, Ernst-Dieter, Arbeitsverhältnisse in der Insol-
venz, Recklinghausen 1999 |

- Birkholz Birkholz, Matthias, Untreuestrafbarkeit als strafrechtlicher „Preis“ der beschränkten Haftung, Berlin 1998
- B/Quedenfeld/Richter Bockemühl, Jan (Hrsg.), Handbuch des Fachanwaltes Strafrecht, 2. Aufl., Neuwied 2002
- Brandes Brandes, Helmut, Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Insolvenzrecht, 3. Aufl., Köln 1997
- Braun/Bearbeiter Braun, Eberhard (Hrsg.), Insolvenzordnung. Kommentar, München 2002
- Braun/Uhlenbruck Braun, Eberhard/Uhlenbruck, Wilhelm, Unternehmensinsolvenz: Grundlagen, Gestaltungsmöglichkeiten, Sanierung mit der Insolvenzordnung, Düsseldorf 1997
- Breutigam/Blersch/Goetsch Breutigam, Axel/Blersch, Jürgen/Goetsch H.W., Berliner Praxiskommentar Insolvenzrecht, Freiburg/ Berlin, Stand 1998 (Loseblatt)
- Bruder Bruder, in: Wimmer, Klaus/Dauernheim, Jörg/Wagner, Martin/Weidekind, Sabine-Sofie, Handbuch des Fachanwalts Insolvenzrecht, Neuwied 2002
- Brun Informatik – Revision & Controlling Brun, Jürg, Informatik – Revision & Controlling, Zürich 2000
- Budde/Förschle Budde, Wolfgang Dieter/Förschle, Gerhart, Sonderbilanzen: von der Gründungsbilanz bis zur Liquidationsbilanz, 3. Aufl., München 2002
- Burgermeister Burgermeister, Udo, Der Sicherheitenpool im Insolvenzrecht, 2. Aufl., Köln 1996
- Ciolek-Krepold Ciolek-Krepold, Katja, Durchsuchung und Beschlagnahme in Wirtschaftsstrafsachen, München 2000
- Coenenberg Coenenberg, Adolf G., Jahresabschluß und Jahresabschlußanalyse. Betriebswirtschaftliche, handels- und steuerrechtliche Grundlagen, 14. Aufl., Landsberg am Lech 1993
- Davia/Coggins/Wideman/Kastantin Davia, Howard R./Coggins, Patrick C./Wideman, John C./Kastantin, Joseph T., Accountant's Guide to Fraud Detection and Control, 2. Aufl., New York 2000
- Depré Depré, Peter, Die anwaltliche Praxis in Insolvenzachen: Eine Einführung in die Anwaltstätigkeit, Stuttgart 1996
- Drukarczyk/Schüler Drukarczyk, Jochen/Schüler, Andreas, in: Kölner Schrift zur Insolvenzordnung, 1. Aufl, Köln 1997
- Ehlers/Drieling Ehlers, Harald/Drieling, Ilka, Unternehmenssanierung nach der Insolvenzordnung, 2. Aufl., München 2000
- Eickmann Eickmann, Dieter, Vergütungsrecht: Kommentar zur InsVV, Köln 1999

Literaturverzeichnis

- | | |
|---|--|
| Eidam | Eidam, Gerd, Unternehmen und Strafe, 2. Aufl., Köln/
Berlin/Bonn/München 2001 |
| Ewald | Ewald, Rolf, Untreue zwischen „verbundenen Unterneh-
men“: eine Untersuchung zu Notwendigkeit und Umfang
des durch § 266 StGB gewährten Vermögensschutzes im
Konzernrecht des Aktiengesetzes, Diss. Univ. Bochum 1981 |
| Ferner | Ferner, Wolfgang, Strafzumessung, Bonn 2003 |
| F/G/Joecks | Franzen, Klaus/Gast-de Haan, Brigitte/Joecks, Wolfgang,
Steuerstrafrecht, 5. Aufl., München 2001 |
| FK/Bearbeiter | Wimmer, Klaus (Hrsg.), Frankfurter Kommentar zur Insol-
venzordnung, 3. Aufl., Neuwied 2001 |
| Flum | Flum, Joachim, Der strafrechtliche Schutz der GmbH gegen
Schädigungen mit Zustimmung der Gesellschafter,
Diss. Univ. Konstanz 1990 |
| Frege/Keller/Riedel | Frege, Michael C./Keller, Ulrich/Riedel, Ernst, Insolvenz-
recht, 6. Aufl., München 2002 |
| FS Beusch
(zitiert: <i>Bearbeiter</i> FS Beusch) | Beisse, Heinrich (Hrsg.), Festschrift für Karl Beusch
zum 68. Geburtstag am 31. Oktober 1993, Berlin 1993 |
| FS BGH
(zitiert: <i>Bearbeiter</i> FS BGH) | Geiß, Karlmann (Hrsg.), Festschrift aus Anlaß des fünf-
zigjährigen Bestehens von Bundesgerichtshof, Bundesan-
waltschaft und Rechtsanwaltschaft beim Bundesgerichts-
hof, Köln 2000 |
| FS Blau
(zitiert: <i>Bearbeiter</i> FS Blau) | Schwind, Hans-Dieter (Hrsg.), Festschrift für Günter Blau
zum 70. Geburtstag am 18. Dezember 1985, Berlin 1985 |
| FS Döllerer
(zitiert: <i>Bearbeiter</i> FS Döllerer) | Knobbe-Keuk, Brigitte (Hrsg.), Handelsrecht und Steuer-
recht: Festschrift für Georg Döllerer, Düsseldorf 1988 |
| FS Fischer
(zitiert: <i>Bearbeiter</i> FS Fischer) | Lutter, Marcus (Hrsg.), Festschrift für Robert Fischer,
Berlin 1979 |
| FS GmbHG | Lutter, Marcus (Hrsg.), Festschrift 100 Jahre GmbH-Gesetz,
Köln 1992 |
| FS Gössel
(zitiert: <i>Bearbeiter</i> FS Gössel) | Dölling, Dieter (Hrsg.), Festschrift für Karl Heinz Gössel
zum 70. Geburtstag am 16. Oktober 2002, Heidelberg 2002 |
| FS Henckel
(zitiert: <i>Bearbeiter</i> FS Henckel) | Gerhardt, Walter (Hrsg.), Festschrift für Wolfram Henckel
zum 70. Geburtstag am 21. April 1995, Berlin 1995 |
| FS Kirchhof
(zitiert: <i>Bearbeiter</i> FS Kirchhof) | Gerhardt, Walter (Hrsg.), Insolvenzrecht im Wandel der
Zeit: Festschrift für Hans-Peter Kirchhof zum 65. Geburts-
tag, Recklinghausen 2003 |
| FS KO
(zitiert: <i>Bearbeiter</i> FS KO) | Uhlenbruck, Wilhelm (Hrsg.), Festschrift des Arbeitskreises
für Insolvenz- u. Schiedsgerichtswesen e.V. Köln zum
100jährigen Bestehen der Konkursordnung vom
10. Februar 1877, Köln/Berlin/Bonn/München 1977 |

- FS Kropff
(zitiert: *Bearbeiter* FS Kropff)
- FS Merz
(zitiert: *Bearbeiter* FS Merz)
- FS Meyer-Goßner
(zitiert: *Bearbeiter*
FS Meyer-Goßner)
- FS Moxter
(zitiert: *Bearbeiter* FS Moxter)
- FS Pawlowski
(zitiert: *Bearbeiter* FS Pawlowski)
- FS Pfeiffer
(zitiert: *Bearbeiter* FS Pfeiffer)
- FS Rieß
(zitiert: *Bearbeiter* FS Rieß)
- FS Rolland
(zitiert: *Bearbeiter* FS Rolland)
- FS Semler
(zitiert: *Bearbeiter* FS Semler)
- FS Tröndle
(zitiert: *Bearbeiter* FS Tröndle)
- FS Uhlenbruck
(zitiert: *Bearbeiter* FS Uhlenbruck)
- FS Ulmer
(zitiert: *Bearbeiter* FS Ulmer)
- FS Weber
(zitiert: *Bearbeiter* FS Weber)
- FS Werner
(zitiert: *Bearbeiter* FS Werner)
- Gagel/*Bearbeiter*
- Gawaz
- Görling
- Forster, Karl-Heinz (Hrsg.), *Aktien- und Bilanzrecht: Festschrift für Bruno Kropff*, Düsseldorf 1997
- Gerhardt, Walter (Hrsg.), *Festschrift für Franz Merz zum 65. Geburtstag am 3. Februar 1992*, Köln 1992
- Eser, Albin (Hrsg.), *Strafverfahrensrecht in Theorie und Praxis: Festschrift für Lutz Meyer-Goßner zum 65. Geburtstag*, München 2001
- Ballwieser, Wolfgang (Hrsg.), *Bilanzrecht und Kapitalmarkt: Festschrift zum 65. Geburtstag von Adolf Moxter*, Düsseldorf 1994
- Smid, Stefan (Hrsg.), *Recht und Pluralismus. Hans-Martin Pawlowski zum 65. Geburtstag*, Berlin 1997
- von Gamm, Otto-Friedrich (Hrsg.), *Strafrecht, Unternehmensrecht, Anwaltsrecht: Festschrift für Gerd Pfeiffer zum Abschied aus dem Amt als Präsident des Bundesgerichtshofes*, Köln 1988
- Hanack, Ernst-Walter (Hrsg.), *Festschrift für Peter Rieß zum 70. Geburtstag am 4. Juni 2002*, Berlin 2002
- Diederichsen, Uwe (Hrsg.), *Festschrift für Walter Rolland zum 70. Geburtstag*, Köln 1999
- Bierich, Marcus (Hrsg.), *Unternehmen und Unternehmensführung im Recht: Festschrift für Johannes Semmler zum 70. Geburtstag am 28. April 1993*, Berlin 1993
- Jescheck, Hans-Heinrich (Hrsg.), *Festschrift für Herbert Tröndle zum 70. Geburtstag am 24. August 1989*, Berlin 1989
- Prütting, Hanns (Hrsg.), *Insolvenzrecht in Wissenschaft und Praxis: Festschrift für Wilhelm Uhlenbruck zum 70. Geburtstag*, Köln 2000
- Habersack, Mathias (Hrsg.), *Festschrift für Peter Ulmer zum 70. Geburtstag am 2. Januar 2003*, Berlin 2003
- Bökelmann, Erhard (Hrsg.), *Festschrift für Friedrich Weber zum 70. Geburtstag am 19. Mai 1975*, Berlin 1975
- Hadding, Walther (Hrsg.), *Handelsrecht und Wirtschaftsrecht in der Bankpraxis: Festschrift für Winfried Werner zum 65. Geburtstag am 17. Oktober 1984*, Berlin 1984
- Gagel, Alexander (Hrsg.), *SGB III – Arbeitsförderung*, München, Stand 07/2003
- Gawaz, Klaus-Dieter, *Bankenhaftung für Sanierungskredite*, Köln 2001
- Görling, Helmut, in: Berger, Christian/Bähr, Rainer M./Naumann, Claudius A./Winderlich, Mathias/Martinez

- Ferber, Michael/Oldiges, Thilo/Melchior, Moritz/Sturm, Karsten, Zweiter Leipziger Insolvenzrechtstag, Berlin 2001, S. 107 ff
- Götzinger/Michael Götzinger, Manfred K./Michael, Horst, Kosten- und Leistungsrechnung, 6. Aufl., Heidelberg 1993
- Goette Goette, Wulf, Die GmbH nach der BGH-Rechtsprechung: zivilrechtliche Grundlagen steuerrechtlicher Beratung, 2. Aufl., München 2002
- Gottwald/Bearbeiter Gottwald, Peter, (Hrsg.), Insolvenzrechtshandbuch, 2. Aufl., München 2001
- Grub Grub, Maximilian, Die insolvenzrechtliche Verantwortlichkeit der Gesellschafter von Personenhandelsgesellschaften, Pfaffenweiler 1995
- Grub RWS-Forum 3 Grub, Volker, in: Kübler, Bruno M. (Hrsg.), Neuordnung des Insolvenzrechts, RWS-Forum 3, Köln 1989
- GS Meurer Graul, Eva (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Dieter Meurer, Berlin 2002
- GS Schlüchter
(zitiert: *Bearbeiter* GS Schlüchter) Duttge, Gunnar (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Ellen Schlüchter, Köln 2002
- Güntert Güntert, Lothar, Gewinnabschöpfung als strafrechtliche Sanktion: eine Untersuchung zu den Verfallsbestimmungen der §§ 73 bis 73d des Strafgesetzbuches, Köln 1983
- Haarmeyer Haarmeyer, Hans, Hoheitliche Beschlagnahme und Insolvenzbeschlag: zum Verhältnis konkurrierender Beschlagnahmen und der Befugnisse des Insolvenzverwalters, Herne/Berlin 2000
- Haarmeyer/Wutzke/Förster Haarmeyer, Hans/Wutzke, Wolfgang/Förster, Karsten, Insolvenzrechtliche Vergütung (InsVV), 3. Aufl., München 2002
- Haas Haas, Ulrich, Geschäftsführerhaftung und Gläubigerschutz, München 1997
- Haas Insolvenzrecht Haas, Ulrich, Die Eröffnungsgründe: Zahlungsunfähigkeit, drohende Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung, in: Henckel, Wolfram/Kreft, Gerhart, Insolvenzrecht, RWS Forum 14, Köln 1998
- Hachenburg/Bearbeiter Hachenburg, Max/Ulmer, Peter (Hrsg.), Großkommentar GmbHG, 8. Aufl., Berlin 1990
- Häsemeyer Häsemeyer, Ludwig, Insolvenzrecht, 3. Aufl., Berlin/Bonn/München 2003
- Hannig/Bearbeiter Lohre, Werner/Hannig, Heinrich (Hrsg.), Arbeitsförderung – SGB III, 2. Aufl., Köln 1999
- Hanisch Hanisch, Hans, Rechtszuständigkeit der Konkursmasse: die Wiederentdeckung selbständiger Rechtsbeziehungen der

- Konkursmasse in rechtsvergleichender Sicht, Frankfurt am Main 1973
- Hauser Hauser, Harald, Jahresabschlußprüfung und Aufdeckung von Wirtschaftskriminalität, Baden-Baden 2000
- H/B/Bearbeiter Huntemann, Eva Maria/Graf Brockdorf, Christian, Der Gläubiger im Insolvenzverfahren, Berlin/New York 1999
- Henkes/Bauer/Kopp/Polduwe Henkes, Andreas/Bauer, Ulrich/Kopp, Joachim/ Polduwe, Christiane, Handbuch Arbeitsförderung SGB III, München 1999
- Herlinghaus Herlinghaus, Andreas, Forderungsverzichte und Besserungsvereinbarungen zur Sanierung von Kapitalgesellschaften, Köln 1994
- Hess Hess, Harald, Kommentar zur Konkursordnung, 6. Aufl., Neuwied 1998
- Hess/Bearbeiter sowohl
- Hess, Harald, Kommentar zur Insolvenzordnung, 2. Aufl., Heidelberg 2001
- als auch
- Hess, Harald (Hrsg.), Gemeinschaftskommentar zum Arbeitsförderungsgesetz, Neuwied, Stand Juni 1995
- Hess/Fechner/Freund/Körner Hess, Harald/Fechner, Dietrich/Freund, Konrad/Körner, Friederike, Sanierungshandbuch, 3. Aufl., Neuwied 1998
- HHSp/Bearbeiter Hübschmann, Walter/Hepp, Ernst/Spitaler, Armin, Kommentar zur Abgabenordnung und Finanzgerichtsordnung, 10. Aufl., Köln, Stand 12/2002
- HK/Bearbeiter sowohl
- Lemke, Michael/Julius, Karl-Peter/Krehl, Christoph/Kurth, Hans-Joachim/Rautenberg, Erardo Cristoforo/ Temming, Dieter (Hrsg.), Heidelberger Kommentar zur Strafprozessordnung, 3. Aufl., Heidelberg 2001
- als auch
- Eickmann, Dieter/Flessner Axel/Irschliger, Friedrich/ Kirchhof, Hans-Peter/Kreft, Gerhart/Landfermann, Hans-Georg (Hrsg.), Heidelberger Kommentar zur Insolvenzordnung, 2. Aufl., Heidelberg 2001
- Hofmann Hofmann, Rolf, Unterschlagungsprophylaxe und Unterschlagungsprüfung. Leitfaden zur Verhütung und Aufdeckung unrechtmäßiger Bereicherung im Unternehmen, 2. Aufl., Berlin 1997
- Horschitz/Groß/Weidner Horschitz, Harald/Groß, Walter/Weidner, Werner, Bilanzsteuerrecht und Buchführung, 8. Aufl., Stuttgart 2000

- Huber Huber, Thilo, Die Haftung des GmbH-Geschäftsführers für die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge, Münster 2000
- Huhn Huhn, Christoph, Die Eigenverwaltung im Insolvenzverfahren, Köln 2003
- H/W/F Haarmeyer, Hans/Wutzke, Wolfgang/Förster, Karsten, Handbuch zum Insolvenzrecht, 3. Aufl., München 2001
- Ignor/Rixen/Bearbeiter Ignor, Alexander/Rixen, Stephan (Hrsg.), Handbuch Arbeitsstrafrecht, Stuttgart 2002
- Jacobs Jacobs, Otto Helmut, Das Bilanzierungsproblem in der Ertragsteuerbilanz, Stuttgart 1971
- Jaeger/Henckel Jaeger, Ernst/Henckel, Wolfram, Großkommentar zur Konkursordnung, 9. Aufl., Berlin/New York 1997
- Jauernig Jauernig, Othmar, Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht, 21. Aufl., München 1999
- Jauernig ZPO Jauernig, Othmar, Zivilprozeßrecht, 27. Aufl., München 2002
- Joecks Joecks, Wolfgang, Studienkommentar zum StGB, 4. Aufl., München 2003
- Kilger/K Schmidt Kilger, Joachim./Schmidt, Karsten, Insolvenzgesetze, 17. Aufl., München 1997
- Kirchhof Kirchhof, Hans-Peter, Leitfaden zum Insolvenzrecht, 2. Aufl., Herne/Berlin 2000
- Kirchhof Insolvenztage Kirchhof, Hans-Peter, in: Berger, Christian/Bähr, Rainer M./Naumann Claudius A./Winderlich, Mathias/Martinez Ferber, Michael/Oldiges, Thilo/Melchior, Moritz/Sturm, Karsten, Erster Leipziger Insolvenzrechtstag, Berlin 2000, S. 1 ff.
- KK/Bearbeiter Pfeiffer, Gerd (Hrsg.), Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, 5. Aufl., München 2003
- Klein/Bearbeiter Klein, Franz, Abgabenordnung Kommentar, 7. Aufl., München 2000
- Koch/Scholtz/Bearbeiter Koch, Karl/Scholtz, Rolf-Detlev, Abgabenordnung Kommentar, 5. Aufl., Köln 1996
- Kölner Schrift/Bearbeiter Fuchs, Karlhans (Gesamtredakteur), Kölner Schrift zur Insolvenzordnung, Herne/Berlin 2000
- Kohlmann Kohlmann, Günter, Steuerstrafrecht Kommentar, Köln, Stand 11/2002
- Kohlmann Untreue Kohlmann, Günter, Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des GmbH-Geschäftsführers, Heidelberg 1990

Kohte	Kohte, Wolfhart, Altlasten in der Insolvenz, Köln 1999
Krause	Krause, Daniel-Marcus, Ordnungsgemässes Wirtschaften und Erlaubtes Risiko, Berlin 1995
Krekeler	Krekeler, Wilhelm, Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen, Baden-Baden 2002
Kübler/Prütting/Bearbeiter	Kübler, Bruno M./Prütting, Hanns, Kommentar zur Insolvenzordnung, Köln, Stand April 2003
Kübler/Prütting RWS Dok 18	Kübler, Bruno/Prütting, Hanns, Das neue Insolvenzrecht, RWS-Dokumentation Nr. 18, Köln 1994
Kühn/Hofmann	Kühn, Rolf/Hofmann, Ruth, Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung Nebengesetze, 17. Aufl., Stuttgart 1995
Kuhn/Uhlenbruck	Kuhn, Georg/Uhlenbruck, Wilhelm, Konkursordnung, 11. Aufl., München 1994
Lachmair	Lachmair, Wilhem, Vorsicht Luftgeschäfte: schwindelhafte Kapitalanlagen – die Anbieter und ihre Tricks, Frankfurt am Main 2001
Lackner/Kühl	Lackner, Karl/Kühl Kristian, StGB, 24. Aufl., München 2001
Leipold/Bearbeiter	Leipold, Dieter (Hrsg.), Insolvenzrecht im Umbruch, Köln 1991
Leise/Cratz	Leise, Horst/Cratz, Egon, Steuerverfehlungen, Neuwied 1990
LK/Bearbeiter	Jähnke, Burkhard (Hrsg.), Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, 11. Aufl., Berlin ab 1992
LR/Bearbeiter	Rieß, Peter (Hrsg.), Löwe-Rosenberg. Die Strafprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz. Großkommentar, 25. Aufl., Berlin ab 1999
Lutter/Hommelhoff	Lutter, Marcus/Hommelhoff, Peter, GmbH-Gesetz, 15. Aufl., Köln 2000
Marburger/Wolber	Marburger, Horst/Wolber, Kurt, Strafrecht und Ordnungsrecht in der Sozialversicherung, 5. Aufl., Sankt Augustin 1999
Marten/Quick/Ruhnke	Marten, Kai-Uwe/Quick, Reiner/Ruhnke, Klaus, Wirtschaftsprüfung – Grundlagen des betriebswirtschaftlichen Prüfungswesens nach nationalen und internationalen Normen, Stuttgart 2001
Martinez Ferber	Martinez Ferber, Michael, in: Berger, Christian/Bähr, Rainer M./Naumann, Claudius A./Winderlich, Mathias/Martinez Ferber, Michael/Oldiges, Thilo/Melchior, Moritz/Sturm, Karsten, Zweiter Leipziger Insolvenzrechtstag, Berlin 2001, S. 123 ff.
Meyer-Goßner	Meyer-Goßner, Lutz, Strafprozessordnung, 47. Aufl., München 2004

Literaturverzeichnis

- M–G/B/Bearbeiter Müller-Gugenberger, Christian/Bieneck, Klaus (Hrsg.), Wirtschaftsstrafrecht, 3. Aufl., Aschendorff 2000
- Michalski/Bearbeiter Michalski, Lutz (Hrsg.), GmbHG, München 2002
- MK/Bearbeiter sowohl
Kirchhof, Hans-Peter/Lwowski, Hans-Jürgen/Stürner, Rolf (Hrsg.), Münchener Kommentar Insolvenzordnung, München 2001
als auch
Rebmann, Kurt (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 4. Aufl., München ab 2000
- Moosmayer Moosmayer, Klaus, Einfluß der Insolvenzordnung 1999 auf das Insolvenzstrafrecht, Pfaffenweiler 1997
- Mulford/Comiskey Mulford, Charles W./Comiskey, Eugene E., The Financial Numbers Game – Detecting Creative Accounting Practices, New York 2002
- Nelles Nelles, Ursula, Untreue zum Nachteil von Gesellschaften: zugleich ein Beitrag zur Struktur des Vermögensbegriffs als Beziehungsbegriff, Berlin 1991
- Niesel/Bearbeiter Niesel, Klaus (Hrsg.), SGB III. Kommentar, 2. Aufl., München 2002
- NK/Bearbeiter Neumann, Ulfried/Puppe, Ingeborg/Schild, Wolfgang (Gesamtredakteure), Nomos Kommentar zum StGB, Baden-Baden ab 1995
- Noack Noack, Ulrich, Gesellschaftsrecht (Sonderband 1 zu Kübler/Prütting, InsO), Köln 1999
- N/R/Bearbeiter Nerlich, Jörg/Römermann, Volker, Insolvenzordnung, München, Stand März 2003
- Obermüller/Hess Obermüller, Manfred/Hess, Harald, InsO – Eine systematische Darstellung des neuen Insolvenzrechts, 4. Aufl., Heidelberg 2003
- v Onciul Ritter von Onciul, Georg, Die rechtzeitige Auslösung des Insolvenzverfahrens, Berlin/New York 2000
- Otto Otto, Harro, Grundkurs Strafrecht, 6. Aufl., Berlin/New York 2002
- Palandt/Bearbeiter Palandt, Otto, Bürgerliches Gesetzbuch, 63. Aufl., München 2004
- Park Park, Tido, Handbuch Durchsuchung und Beschlagnahme, München 2002
- Penzlin Penzlin, Dietmar, Strafrechtliche Auswirkungen der Insolvenzordnung, Herbolzheim 2000

Perridon/Steiner	Perridon, Louis/Steiner, Manfred, Finanzwirtschaft der Unternehmung, 7. Aufl., München 1993
Plathner	Plathner, Jan Markus, Der Einfluß der Insolvenzordnung auf den Bankrottatbestand (§ 283 StGB), Hamburg 2002
Podolsky/Brenner	Podolsky, Johann/Brenner, Tobias, Vermögensabschöpfung im Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, Stuttgart 2003
Pohlmann	Pohlmann, Ulrich, Befugnisse und Funktionen des vorläufigen Verwalters, Diss. Köln 1998
Reck	Reck, Reinhard, Insolvenzstraftaten und deren Vermeidung, Herne/Berlin 1999
Regner	Regner, Reinhard G., Fahrlässigkeit bei Konkursdelikten: Sorgfaltspflichten der handelsrechtlichen Buchführung und ihre Bedeutung im Konkursstrafrecht, Hamburg 1998
Reiß	Reiß, Wolfram, Besteuerungsverfahren und Strafverfahren, Köln 1987
Röhm	Röhm, Peter M, Zur Abhängigkeit des Insolvenzstrafrechts von der Insolvenzordnung, Herbolzheim 2002
Rowedder/Bearbeiter	Rowedder, Heinz/Schmidt-Leithoff, Christian (Hrsg.), GmbHG, 4. Aufl., München 2002
Römermann/Bearbeiter	Römermann, Volker (Hrsg.), Münchener Anwalts-Handbuch GmbH-Recht, München 2002
Rönnau	Rönnau, Thomas, Vermögensabschöpfung in der Praxis, München 2003
Roth	Roth, Markus, Unternehmerisches Ermessen und Haftung des Vorstands, München 2001
Roth/Altmeppen	Roth, Günter H./Altmeppen, Holger, GmbHG, 3. Aufl., München 1997
Roxin	Roxin, Claus, Strafverfahrensrecht, 25. Aufl., München 1998
Rüster	Rüster, Susanne, Der Steuerpflichtige im Grenzbereich zwischen Besteuerungsverfahren und Strafverfahren, Göttingen 1989
Schiederer/Loidl	Schiederer, Dieter/Loidl, Christa, Grundlehrgang der Buchführung und Bilanzierung nach Bilanzrichtliniengesetz, 3. Aufl., Stuttgart 1990
Schilit	Schilit, Howard Mark, Financial Shenanigans – How to Detect Accounting Gimmicks & Fraud in Financial Reports, 2nd ed., New York 2002
Schimansky/Bearbeiter	Schimansky, Herbert/Bunte, Hermann-Josef/ Lwowski, Hans Jürgen (Hrsg.), Bankrechtshandbuch, 2. Aufl., München 2001
K Schmidt Gesellschaftsrecht	Schmidt, Karsten, Gesellschaftsrecht, 4. Aufl., Köln 2002

K Schmidt Wege zum Insolvenzrecht	Schmidt, Karsten, Wege zum Insolvenzrecht der Unternehmen, Köln 1990
K Schmidt/Uhlenbruck/Bearbeiter	Schmidt, Karsten/Uhlenbruck, Wilhelm (Hrsg.), Die GmbH in Krise, Sanierung und Insolvenz, 2. Aufl., Köln 1999
Schmitt	Schmitt, Olaf Hans, Das Vorenthalten der Sozialversicherungsbeiträge in der Insolvenz der GmbH, Frankfurt am Main 2001
Schneider	Schneider, Jürgen, Bekenntnisse eines Baulöwen, 2. Aufl., Berlin 2000
Scholz/Tiedemann	Tiedemann, Klaus, GmbH-Strafrecht. Kommentar, 4. Aufl., Köln 2002, Sonderausgabe aus Scholz, Kommentar zum GmbHG, 9. Aufl.
Schünemann Gutachten	Schünemann, Bernd, Absprachen im Strafverfahren? Grundlagen, Gegenstände und Grenzen, Gutachten B zum 58. Deutschen Juristentag, München 1990
Schüppen	Schüppen, Matthias, Systematik und Auslegung des Bilanzstrafrechts, Köln 1993
Schwarz/Bearbeiter	Schwarz, Bernhard (Hrsg.), Abgabenordnung. Kommentar, Freiburg i. Br., Stand 11/2002
Sell	Sell, Kirsten, Die Aufdeckung von Bilanzdelikten bei der Abschlußprüfung: Berücksichtigung von Fraud & Error nach deutschen und internationalen Vorschriften, Düsseldorf 1999
Senge	Senge, Lothar, in: Erbs, Georg/Kohlhaas, Max, Strafrechtliche Nebengesetze, München, Stand 4/1996
SK/Bearbeiter	sowohl Rudolphi, Hans-Joachim (Gesamtredakteur), Systematischer Kommentar zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz, Neuwied, Stand 10/2000 als auch Rudolphi, Hans-Joachim (Gesamtredakteur), Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch, Neuwied 1997
Smid/Bearbeiter	Smid, Stefan (Hrsg.), Insolvenzordnung, 3. Aufl., Neuwied 2002
Smid Grundzüge	Smid, Stefan, Grundzüge des Insolvenzrechts, 4. Aufl., München 2002
Smid Kreditsicherheiten	Smid, Stefan, Kreditsicherheiten in der Insolvenz des Sicherheitengebers, 2003
Smid Rechtsprechung	Smid, Stefan, Rechtsprechung: zur Unterscheidung von Rechtsfürsorge und Prozess, Köln 1990
Smid/Rattunde	Smid, Stefan/Rattunde, Rolf, Der Insolvenzplan: Handbuch für das Sanierungsverfahren nach dem neuen Insolvenz-

- recht mit praktischen Beispielen und Musterverfügungen,
Stuttgart 1998
- Soergel/Bearbeiter Soergel, Theodor, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 13. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln ab 2000
- S/S/Bearbeiter Schönke, Adolf/Schröder, Horst, Strafgesetzbuch. Kommentar, 26. Aufl., München 2001
- Staudinger/Bearbeiter J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 12. Aufl., Berlin ab 1991
- Stobbe Stobbe, Michael, Die Durchsetzung gesellschaftsrechtlicher Ansprüche der insolventen GmbH im Gläubigerinteresse, Diss. Univ. Jena 1999
- Stürner RWS-Forum 3 Stürner, Rolf, in: Kübler, Bruno M. (Hrsg.), Neuordnung des Insolvenzrechts, RWS-Forum 3, Köln 1989
- Tag Tag, Brigitte, Das Vorenthalten von Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung sowie das Veruntreuen von Arbeitsentgelt, Heidelberg 1994
- Teller Teller, Horst/Steffan, Bernhard, Rangrücktrittsvereinbarung zur Vermeidung der Überschuldung bei der GmbH, Köln 2003
- T/Fischer Tröndle, Herbert/Fischer, Thomas, Strafgesetzbuch und Nebengesetze, 51. Aufl, München 2003
- Thilow Thilow, Hauke, Die Gläubigerbegünstigung im System des Insolvenzrechts: zur Beschränkung des § 283c StGB auf inkongruente Deckungen, Baden-Baden Jahr 2001
- Tiedemann Tiedemann, Klaus, Insolvenzstrafrecht, 2. Aufl., Berlin/New York 1996 (Sonderausgabe der Kommentierung der §§ 283 – 283d in der 11. Aufl. des Leipziger Kommentars)
- TK/Bearbeiter Tipke, Klaus/Kruse, Heinrich Wilhelm, Abgabenordnung und Finanzgerichtsordnung. Kommentar (ohne Steuerstrafrecht), Köln, Stand 11/2002
- Tries Tries, Hermann-Josef, Verdeckte Gewinnausschüttungen im GmbH-Recht, Köln 1991
- Uhlenbruck Uhlenbruck, Wilhelm, Insolvenzrecht. Kommentar, 12. Aufl., München 2003
- Uhlenbruck Neu Uhlenbruck, Wilhelm, Das neue Insolvenzrecht, Herne 1994
- Uhlenbruck Anwaltliche Beratung Uhlenbruck, Wilhelm, Die anwaltliche Beratung bei Konkurs-, Vergleichs- und Gesamtvollstreckungsantrag, 2. Aufl., Bonn 1996
- Uhlenbruck/Delhaes Uhlenbruck, Wilhelm/Delhaes, Karl, Handbuch der Rechtspraxis (HRP), Konkursverfahren und Vergleichsverfahren, 5. Aufl., München 2001

Literaturverzeichnis

Verband Deutscher Rentenversicherungs- träger	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.), Kommentar zum Recht der gesetzlichen Rentenversiche- rung, Weinheim/Bergstraße ab 1976
Wannagat/Bearbeiter	Wannagat, Georg (Hrsg.) Kommentar zum Recht des Sozial- gesetzbuchs, Köln, Stand: 10/2002
Wehdeking	Wehdeking, Silke, Masseverwaltung durch den insolventen Schuldner, Wien 2004
Wells	Wells, Joseph T., Frankensteins of Fraud, Michigan 2000
Weyand	Weyand, Raimund, Insolvenzdelikte. Unternehmenszusam- menbruch und Strafrecht, 6. Aufl., Bielefeld 2003
Wimmer/Stenner	Wimmer, Klaus/Stenner, Alexander, Lexikon des Insolvenz- rechts, Neuwied/Kriftel 1999
Winnefeld	Winnefeld, Robert, Bilanzhandbuch, 2. Aufl., München 2000
W/J/Bearbeiter	Wabnitz, Heinz-Bernd/Janovsky, Thomas (Hrsg.), Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts, 2. Aufl., München 2004
Wodicka	Wodicka, Josef Maria, Die Untreue zum Nachteil einer GmbH bei vorheriger Zustimmung aller Gesellschafter, Frankfurt am Main 1993
Wöhe	Wöhe, Günter, Einführung in die Allgemeine Betriebswirt- schaftslehre, 20. Aufl., München 2000
WP-Hdb Bd I/Bearbeiter	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (Hrsg.), Wirtschaftsprüferhandbuch. Handbuch für Rechnungs- legung, Prüfung und Beratung. Band I, 12. Aufl., Düsseldorf 2000
W/S/Bearbeiter	Weisemann, Ulrich/Smid, Stefan (Hrsg.), Handbuch Unter- nehmensinsolvenz, Köln 1999
Ziemons	Ziemons, Hildegard, Die Haftung der Gesellschafter für Einflussnahmen auf die Geschäftsführung der GmbH, Köln 1996
Zöller/Bearbeiter	Zöller, Richard, Zivilprozessordnung. Kommentar, 24. Aufl., Köln 2004

1. Kapitel: Informationsbeschaffung

§ 1 Informationsbeschaffung der Staatsanwaltschaft und Gestaltung des Ermittlungsverfahrens

I. Beginn eines Ermittlungsverfahrens

Vor der Frage, wo die benötigten Informationen für ein Ermittlungsverfahren zu beschaffen ¹ sind, steht die Entscheidung, **auf welche Tatsachen** es überhaupt **ankommt**. Obwohl natürlich jeder Fall seine Besonderheiten aufweist, lassen sich dazu einige generelle Aussagen treffen. Im Vordergrund steht dabei die Aufgabe, die regelmäßig vorzufindende **Komplexität zu reduzieren**. Das geschieht durch **Selektieren** des Tatsachenstoffs und **Zuordnen** der Informationen zu den jeweiligen Taten. Erforderlichenfalls muss noch eine weitere Aufteilung in verschiedene Tattteile oder in für die Beurteilung maßgebliche Aspekte vorgenommen werden. Hinzu kommt meist noch die Zusammenstellung der **tat-
übergreifenden Gesichtspunkte**.

1. Strafanzeigen

Die Staatsanwaltschaft kann auf verschiedene Art auf mögliche Insolvenzdelikte aufmerk- ² sam werden.¹ Zum einen kann sie eine Strafanzeige erreichen, die entweder unmittelbar bei ihr oder bei der Polizei einging. Weiter kann eine Mitteilung vom Insolvenzgericht auf der Basis der Anordnung über die Mitteilungen in Zivilsachen (**MiZi**²) eingehen. Erlangt die Staatsanwaltschaft die Kenntnis von möglichen Straftaten durch Übersendung von Zivilakten, Anfragen, Anrufen oder durch die Lektüre allgemein zugänglicher Tageszeitungen, kann sie die **Ermittlungen von Amts wegen** aufnehmen.

Je nachdem, worin die erste Informationsquelle bestand, werden mehr oder weniger kon- ³ krete und verlässliche Angaben vorliegen. Am gehaltvollsten sind sicherlich die auf der Basis einer MiZi angeforderten Insolvenzakten,³ gefolgt von Strafanzeigen, die meistens von den Rechtsvertretern geschädigter Gläubiger oder von gesetzlichen Krankenkassen als Einzugsstellen der Sozialversicherungsbeiträge,⁴ seltener von Insolvenzverwaltern stammen. In allen Fällen besteht aber üblicherweise weiterer, vom Einzelfall abhängiger Ermittlungsbedarf.

Strafanzeigen müssen zunächst auf ihre **Schlüssigkeit** geprüft werden. Rechtlich handelt ⁴ es sich dabei um die Klärung der Frage, ob ein Anfangsverdacht iSv § 152 Abs 2 StPO besteht.⁵ Zwar werden Strafanzeigen aufgrund der Aktenordnung immer in das Js-Register der Staatsanwaltschaft eingetragen. Dies dient aber nur Registraturzwecken. Die Vergabe eines Js-Aktenzeichens ist deshalb keineswegs gleichbedeutend mit der Bejahung eines An-

¹ Umfängliche Auflistung bei B/*Quedenfeld/Richter* Rn 9/12.

² Dazu Näheres unten Rn 10 ff.

³ Zur Verwertungsproblematik vgl unten Rn 16 ff.

⁴ Vgl dazu unten § 21 Rn 62 f.

⁵ *Ciolek-Krepold* Rn 18.

fangsverdachts.⁶ Ob ein solcher vorliegt, muss bei Strafanzeigen immer **gesondert geprüft** werden und zwar unabhängig davon, ob bereits ein Js-Aktenzeichen vergeben wurde oder nicht. Nur wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat vorliegen, dh wenn ein Anfangsverdacht zu bejahen ist, darf die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen förmlich aufnehmen.⁷ Ist das der Fall, so muss sie in die Ermittlungen eintreten. Sie unterliegt also dem **Legalitätsprinzip**.

- 5 Unter welchen Voraussetzungen ein **Anfangsverdacht** zu bejahen ist, liegt nicht im Ermessen der Staatsanwaltschaft. Sie verfügt aber über einen gewissen **Beurteilungsspielraum**. Sie hat dabei zu prüfen, ob der bekannte Sachverhalt unter ein Strafgesetz fällt oder auf die Verwirklichung einer Straftat hindeutet. Bei der Entscheidung dürfen kriminalistische Erfahrungen berücksichtigt werden. Es können entfernte Indizien genügen, die aber nicht nur in reinen Vermutungen bestehen dürfen.⁸
- 6 Insbes bei Strafanzeigen von Privatpersonen kommt es recht häufig vor, dass der **Sachverhalt unklar** ist. In einem solchen Fall hängt das weitere Vorgehen davon ab, ob das Mitgeteilte es immerhin denkbar erscheinen lässt, dass durch Nachfragen ein Anfangsverdacht entsteht. In diesem Fall kann der Anzeigeerstatter angeschrieben, zur Polizei oder Staatsanwaltschaft zwecks Vernehmung vorgeladen oder er in Eilfällen auch angerufen werden. Ergibt sich auch aufgrund der ergänzenden Angaben kein konkreter Tatverdacht, hat die Staatsanwaltschaft die Aufnahme von Ermittlungen ebenso abzulehnen, als wenn die Strafanzeige von vorn herein nicht auf eine mögliche Straftat hinweist – sei es, dass sie unklar ist, die Unklarheiten aber auf sich beruhen können, weil aufgrund des Mitgeteilten nichts auf ein strafbares Geschehen hindeutet, sei es, dass der Sachverhalt zwar umfassend dargelegt wurde, er aber unter kein Strafgesetz fällt.
- 7 Es kann nicht genug **Sorgfalt auf die Prüfung der Schlüssigkeit** von Strafanzeigen verwandt werden. Es ist nicht nur eine Fehlsteuerung von Ressourcen, sondern streng genommen sogar rechtswidrig, Ermittlungsschritte vorzunehmen oder zu veranlassen, wenn kein Anfangsverdacht besteht. Deutet der in der Strafanzeige geschilderte Sachverhalt nicht auf das mögliche Vorliegen einer Straftat hin, so ist die Aufnahme von Ermittlungen sogleich abzulehnen und der Anzeigende nebst Rechtsbelehrung gem oder analog § 171 StPO entsprechend zu bescheiden. Es ist falsch, ohne Schlüssigkeitsprüfung in die Ermittlungen einzutreten. Ein erheblicher Teil der Überlastung auch insolvenzstrafrechtlich ausgerichteter staatsanwaltschaftlicher Dezernate findet seine Erklärung darin, dass Akten ohne Prüfung des Anfangsverdachts mit Ermittlungsaufträgen zur Polizei gesandt werden. Gelangen sie dann nach Wochen oder Monaten wieder auf den Tisch des Staatsanwalts, dann ist sein Aufwand zur Feststellung mangelnden Tatverdachts ungleich größer als es am Anfang der Fall gewesen wäre: Während er zu Beginn der Ermittlungen den Inhalt von vielleicht nur 10 Aktenblättern hätte auswerten müssen, kann es vorkommen, dass er sich nun durch 200 oder mehr Aktenblätter durcharbeiten muss. Natürlich kommt es vor, dass im Zuge solcher nicht angezeigten Ermittlungen trotzdem ein Tatverdacht bekannt wird. Hierbei handelt es sich jedoch lediglich um eine Zufallserkenntnis, es ändert aber nichts an der Systemwidrigkeit einer derartigen Handhabung.

2. Andere Informationsquellen

- 8 Erhält die Staatsanwaltschaft auf andere Weise als durch eine Strafanzeige Kenntnis von einem möglicherweise strafbaren Verhalten, so hat sie **von Amts wegen** ebenfalls zu prü-

⁶ Verkannt von Ciolek-Krepold Rn 32 f.

⁷ Ciolek-Krepold Rn 30 f.

⁸ Meyer-Goßner Rn 4 zu § 152 StPO.

fen, ob die vorliegenden Informationen bereits die **Schwelle des Anfangsverdachts überschritten** haben oder nicht. Bejahendenfalls ist das einzuleitende Verfahren sogleich im Js-Register zu erfassen. Verneinendenfalls muss die Staatsanwaltschaft den Vorgang unter AR registrieren und weitere klärende Schritte unternehmen.

Auch wenn diese Aktivitäten auf Informationsbeschaffung gerichtet sind, so handelt es sich doch nicht um förmliche Ermittlungen. Aus diesem Grunde stehen ihr in diesem Stadium des Verfahrens die **strafprozessualen Zwangsmittel noch nicht zur Verfügung**.⁹ Sie ist deshalb darauf angewiesen, dass ihr die erfragten Informationen freiwillig mitgeteilt werden. Im Einzelfall kann es allerdings vorkommen, dass das zögerliche Verhalten oder die Verweigerungshaltung gegenüber einem Auskunftswunsch nach kriminalistischer Erfahrung die Möglichkeit einer Straftat um so wahrscheinlicher erscheinen lässt, dass allein deswegen nunmehr ein Anfangsverdacht zu bejahen ist. Liegen nach Eingang der erforderlichen weiteren Informationen genügende tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer verfolgbaren Straftat vor, hat die Staatsanwaltschaft die förmlichen Ermittlungen aufzunehmen und den AR-Vorgang aufgrund des nunmehr bestehenden Anfangsverdachts von Amts wegen in das Js-Register umzutragen.

3. Mitteilungen in Zivilsachen

Die Insolvenzgerichte sind nach Nrn XIIa 2 und 3 des 2. Teils, 3. Abschnitt der Anordnung über die Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi) verpflichtet, die Staatsanwaltschaften davon in Kenntnis zu setzen, wenn sie ein Insolvenzverfahren eröffnet oder einen Antrag auf Eröffnung mangels Masse abgewiesen haben. Überdies sind die Vollstreckungsabteilungen der Amtsgerichte gem Nr X 2 Abs 1 Nrn 1 und 2 MiZi verpflichtet, den Staatsanwaltschaften die Termine zur Abgabe der eidesstattlichen Offenbarungsversicherung gem § 807 ZPO ebenso bekannt zu geben wie Haftanordnungen gem § 901 ZPO, soweit davon eine Gesellschaft ohne unbeschränkt haftende natürliche Person betroffen ist. Bei der MiZi handelt es sich um eine bundesweit einheitliche, auf Ländervereinbarung beruhende Verwaltungsvorschrift, welche seit Inkrafttreten des Justizmitteilungsgesetzes¹⁰ am 1. 6. 1998 ihre Rechtsgrundlage auch in § 12 Abs 5 EGGVG finden könnte.

Die MiZi sollen die Staatsanwaltschaften in die Lage versetzen, **gezielt nach Anhaltspunkten für Insolvenzdelikte zu suchen**.¹¹ Sie gehen mit eingehenden Mitteilungen der Amtsgerichte ganz unterschiedlich um und bewegen sich dabei zwischen den Extremen, einerseits jede in einer MiZi bezeichnete Akte anzufordern und auszuwerten und andererseits nur dann weitere Aktivitäten zu entfalten, wenn der Inhalt der Mitteilung selbst einen Anfangsverdacht begründet (zB bei Abweisung eines von einer gesetzlichen Krankenkasse gestellten Insolvenzantrags). Ersteres mag reiner Lehre entsprechen, ist aber aus Kapazitätsgründen nicht ohne Einschränkungen durchführbar. Letzteres wird hingegen in dieser Schärfe den Intentionen der MiZi nicht gerecht, bietet aber insoweit einen zutreffenden Ausgangspunkt, als diese Ansicht auf den Zweck der MiZi hinweist. Eine alternative Handhabung besteht in einer Absprache mit dem Insolvenzgericht, die Akten von Amts wegen zu übersenden, wenn sie Hinweise auf Straftaten enthalten. Zu empfehlen ist diese Praxis aber nur dann, wenn sie von den Insolvenzrichtern zuverlässig eingehalten wird.

Der Eingang einer MiZi soll der Staatsanwaltschaft die Prüfung ermöglichen, ob sie tätig werden muss. Zum Einschreiten ist sie aber gem § 152 Abs 2 StPO nur verpflichtet, wenn ein Anfangsverdacht besteht. Das bedeutet, dass die im Anschluss an den Eingang einer MiZi

⁹ Lange DRiZ 2002, 264, 270 f.

¹⁰ Vom 18. 6. 1997, BGBl I, 1430.

¹¹ M-G/B/Bieneck Rn 75/51.

entfaltete staatsanwaltschaftliche Tätigkeit gerade **nicht** das Vorliegen eines **Anfangsverdachts zwingend** voraussetzt. Es ist folglich zu unterscheiden: Begründet der Inhalt der MiZi selbst den Anfangsverdacht einer verfolgbaren Straftat, dann muss die Staatsanwaltschaft förmliche Ermittlungen aufnehmen und die anzulegende Akte im Js-Register erfassen.¹² Lässt der Inhalt der MiZi hingegen offen, ob ein Anfangsverdacht vorhanden ist oder nicht, darf die Staatsanwaltschaft den Eingang der MiZi zum Anlass weiterer Prüfungen unter einem AR-Aktenzeichen nehmen, ist dazu aber nicht in jedem Fall gezwungen. Sie hat ihre diesbezügliche Entscheidung nach pflichtgemäßem Ermessen zu treffen und sich dabei an kriminalistischen Erfahrungen zu orientieren. Es empfiehlt sich, allgemeine Regeln dafür (zB in einer Hausverfügung) aufzustellen, welche allerdings nicht endgültig festgeschrieben, sondern den jeweils vorhandenen Kapazitäten flexibel angepasst werden sollten.

- 13 Nicht erforderlich ist es zB, die Akten aller **Verbraucherinsolvenzen** auszuwerten. Auch wenn ein Insolvenzantrag gegen einen Einzelhandelskaufmann oder eine mit einem persönlich haftenden Gesellschafter versehene Personenhandelsgesellschaft nicht von einer gesetzlichen Krankenkasse stammt, ist die Anforderung der IN-Akte nicht zwingend erforderlich. Es kann zwar sein, dass sie Hinweise auf zB Buchführungs- und/oder Bilanzierungsmängel, auf beiseite geschaffte Vermögensgegenstände oder auf unwirtschaftliches Gebaren enthält. Das ist aber lediglich möglich und nicht etwa derart wahrscheinlich, dass allein aufgrund der MiZi mit dem Vorliegen einer Insolvenzstraftat gerechnet werden müsste.
- 14 Zwar ist staatsanwaltschaftliches **Einschreiten** gegen den **Geschäftsführer einer GmbH geboten**, wenn er für diese die **eidesstattlichen Offenbarungsversicherung** abgegeben oder die Erfüllung dieser Pflicht mit der Folge verweigert hat, dass **Haftbefehl** gemäß § 901 ZPO erging, **nicht** aber schon aufgrund jeder **Mitteilung eines Termins** dazu.¹³ Es kann nämlich auch unter Geltung der InsO durchaus vorkommen, dass diese Zuspitzung lediglich auf einer Zahlungsstockung¹⁴ beruht und es ist ja auch noch keineswegs gewiss, ob die eidesstattliche Versicherung tatsächlich abgegeben werden muss, weil der antragstellende Gläubiger durchaus noch vor dem Termin Befriedigung erfahren könnte. Es empfiehlt sich aber sehr, derartige MiZi zu **registrieren**. Das gilt für alle derartigen Mitteilungen, wenn sie sich auf Verantwortliche solcher Gesellschaften beziehen, hinsichtlich derer die Unterlassung rechtzeitiger Insolvenzanmeldung strafbewehrt ist.¹⁵ Nach allgemeinen Erfahrungen spricht nämlich jedenfalls die **dritte Ladung** zur Abgabe der eidesstattlichen Offenbarungsversicherung **binnen 6 Monaten** für Insolvenzreife aufgrund **eingetretener Zahlungsunfähigkeit**. In einem solchen Fall sind Ermittlungen wegen Insolvenzverschleppung einzuleiten, ohne dass es zuvor der Auswertung der den MiZi zugrundeliegenden Akten (des Gerichtsvollziehers oder des Vollstreckungsgerichts) bedürfte.
- 15 Im Gegensatz dazu bieten **MiZi über Insolvenzeröffnung oder Abweisung mangels Masse** für sich allein regelmäßig noch keinen ausreichenden Anlass, schon zu diesem Zeitpunkt von Amts wegen ein förmliches Ermittlungsverfahren einzuleiten. Bezieht sich eine solche MiZi aber auf einen Insolvenzantrag einer gesetzlichen Krankenkasse, so ist es unabhängig von der Rechtsform des Schuldners angezeigt, die IN oder IK-Akten vom Insolvenzgericht **anzufordern**. Gleiches gilt unabhängig vom Antragsteller für die Mitteilung einer Insolvenz einer solchen Gesellschaft, bezüglich derer das Unterlassen rechtzeitigen Stellens eines Insolvenzantrags strafbar ist.¹⁶

12 Verkannt von Ciolek-Krepold Rn 36.

13 Ciolek-Krepold Rn 37; sa Weyand Rn 141.

14 Vgl dazu unten § 7 Rn 15 und § 11 Rn 58.

15 Vgl dazu unten § 11 Rn 1.

16 Vgl dazu unten § 11 Rn 1.

4. Die Grenzen des § 97 Abs 1 S 3 InsO

Dass die Insolvenzakten von der Staatsanwaltschaft angefordert werden dürfen, ist unstreitig. Was die Staatsanwaltschaft mit ihnen anfangen darf, ist jedoch aufgrund der **Verwendungsbeschränkungsregelung**¹⁷ des § 97 Abs 1 S 3 InsO¹⁸ heftig umstritten. **16**

Das LG Stuttgart¹⁹ hält es schon für unzulässig, dass die Staatsanwaltschaft aufgrund des Inhalts der Insolvenzakten ein Ermittlungsverfahren einleitet, wenn dem Insolvenzverfahren ein Eigenantrag des Schuldners zugrunde liegt. Es empfiehlt stattdessen, allein aufgrund der Tatsache der Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse auf das Vorliegen eines Anfangsverdachts der Insolvenzverschleppung zu schließen.²⁰ Ein solcher Schluss ist nun aber keineswegs zwingend, weil sich bei genauer Prüfung eben doch immer mal wieder zeigt, dass zB mangels subjektiven Tatbestands eine Strafbarkeit gem § 84 Abs 1 Nr 2 GmbHG zu verneinen ist. *Richter*²¹ empfiehlt als Konsequenz aus dem zitierten Beschluss des LG Stuttgart, Insolvenzakten nur noch als Beiakten zu führen und auf das Fertigen von Ablichtungen für die Akten des Ermittlungsverfahrens zu verzichten. *Köhler*²² hingegen wollte ursprünglich § 97 Abs 1 S 3 InsO nur dann eingreifen lassen, wenn die Auskunft nach richterlicher Anordnung erteilt worden war. Seine jetzige Ansicht deckt sich jedoch mit der hier vertretenen Auffassung. **17**

Bei genauer Prüfung zeigt sich, dass die Vorschrift des § 97 Abs 1 S 3 InsO keineswegs so weit reicht, wie va das LG Stuttgart, aber auch *Richter* und *Weyand* sie interpretieren.²³ Nicht verwendbar ist eines **Verwertungsverbots mit umfassender Fernwirkung**²⁴ sind nämlich ebenso **ausschließlich wie ausnahmslos alle Angaben** des Schuldners bzw bei Gesellschaften ihres Organs (oder ihrer Rechtsvertreter²⁵), die **in Erfüllung der Auskunftspflicht** nach § 97 Abs 1 S 1 InsO getätigt wurden.²⁶ Alle Pflichtangaben im Zusammenhang mit einem **Eigenantrag**, § 15 Abs 2 S 1 InsO, fallen demgegenüber nicht unter § 97 Abs 1 S 3 InsO. Insoweit gilt allerdings ein **Verwertungsverbot** nach den Grundsätzen des Gemeinschaftschuldnerbeschlusses des BVerfG.²⁷ Im Unterschied zum Verwendungsverbot des § 97 Abs 1 S 3 InsO fehlt es beim bloßen Verwertungsverbot an einer Fernwirkung. Falsche Angaben und (ganz oder teilweises) Schweigen des Schuldners oder dessen Organs sind sogar uneingeschränkt verwendbar.²⁸ Hat nur ein Mitglied eines vertretungsberechtigten Organs Angaben gemacht, so sind diese im Verfahren gegen ein anderes Mitglied verwertbar.²⁹ **18**

Aber auch die Fernwirkung des Verwendungsverbots des § 97 Abs 1 S 3 InsO führt lediglich dazu, dass die Staatsanwaltschaft selbst die darunter fallenden Angaben weder unmittelbar **19**

17 Zum Unterschied zwischen einem Verwertungs- und einem Verwendungsverbot vgl allgemein *Dencker FS Meyer-Goßner*, S 237 ff; *Hefendehl*, wistra 2003, 1, 6, betrachtet beide Begriffe hingegen als Synonyme.

18 M-G/B/Bieneck, Rn 76/67 ff, spricht anschaulich, aber nicht ganz zutreffend, vom „Insolvenzgeheimnis“. Anders als zB beim „Sozialgeheimnis“ nach §§ 67 ff SGB X schützt nämlich § 97 Abs 1 S 3 InsO nicht den Inhalt, sondern lediglich eine bestimmte Herkunftsquelle.

19 wistra 2000, 439 f m krit Anm *Richter*; zust *Weyand* Rn 143.

20 Ebenso *Richter* wistra 2000, 1, 2; *Weyand* ZInsO 2001, 108, 109.

21 Wistra 2000, 440.

22 W/J/Köhler, 1. Aufl, Rn 2/528; nunmehr Rn 7/408.

23 Ähnlich wie hier *Hefendehl* wistra 2003, 1 ff.

24 *Weyand* ZInsO 2001, 108, 109.

25 M-G/B/Bieneck Rn 75/83.

26 *Bittmann/Rudolph* wistra 2001, 81, 84; M-G/B/Bieneck Rn 75/81; *Uhlenbruck* NZI 2002, 401, 405.

27 BVerfGE 56, 41; wistra 2004, 19; sa NJW 2001, 745 f: Verwertungsverbot hinsichtlich solcher Erkenntnisse, welche der Insolvenzverwalter aus der Lektüre der ebenfalls der Postsperrung gem § 99 InsO unterliegenden Verteidigerpost gewonnen hat; krit dazu *Marberth – Kubicki* StV 2001, 433 ff.

28 *Richter* wistra 2000, 1, 3; M-G/B/Bieneck Rn 75/77 f; *Bittmann/Rudolph* wistra 2001, 81, 83 f.

29 M-G/B/Bieneck Rn 75/83.

verwerten noch mittelbar als Ansatz zu weiteren Ermittlungen verwenden darf. Sie hat dagegen **nicht** etwa die zusätzliche **Bedeutung**, dass die **im Insolvenzverfahren** (auch) unter Nutzung der Angaben des Schuldners bzw dessen Organs **gewonnenen Erkenntnisse** für die Staatsanwaltschaft **tabu** wären.³⁰ Was zB der Verwalter im Insolvenzverfahren vom Schuldner bzw dessen Organ erfährt, darf die Staatsanwaltschaft nicht verwenden, selbst wenn sie es vom Verwalter mitgeteilt bekommt. Was aber der Verwalter aufgrund der Angaben des Schuldners bzw dessen Organs herausfindet, darf die Staatsanwaltschaft uneingeschränkt verwenden und verwerten.³¹ § 97 Abs 1 S 3 InsO normiert **keine mittelbare Fernwirkung**.³² Erkenntnisse, die der Verwalter sowohl aufgrund von unter § 97 Abs 1 S 3 InsO fallenden Angaben als auch aus anderen, von diesen Angaben unabhängigen Quellen gewonnen hat, darf die Staatsanwaltschaft ebenfalls soweit uneingeschränkt nutzen, wie gesichert ist, dass sie sich dabei nicht auf die Angaben des Schuldners bzw dessen Organs stützt. Die erwähnten unabhängigen Quellen dürfen also im Ermittlungs- und Strafverfahren ohne Einschränkung zu Beweiszwecken genutzt werden.³³

- 20** Aus diesem Grunde dürfen die **Geschäfts- oder sonstige einschlägige Unterlagen**³⁴, insbes, soweit sie die **Buchführung** betreffen, von der Staatsanwaltschaft **ohne Einschränkung umfassend ausgewertet** werden. Das ist im Ergebnis, wenn auch nicht in der Begründung, einhellige Auffassung. Ob sie zuvor versteckt waren und der Verwalter sie schließlich nur aufgrund einer Auskunft des Schuldners oder dessen Organs aufgefunden hatte oder ob er zuerst aus gleicher Quelle auf Manipulationen der Buchhaltung oder auf unlautere Finanztransaktionen aufmerksam gemacht worden war, spielt selbst dann keine Rolle, wenn die Staatsanwaltschaft erst aufgrund einer Aussage des Verwalters auf diesen Straftatverdacht aufmerksam wurde. Maßgeblich ist allein, dass die Auskünfte des Schuldners oder die von dessen Organ getätigten Angaben nicht im Ermittlungs- oder Strafverfahren verwendet werden. Führen aber solche Informationen das Insolvenzgericht oder den Insolvenzverwalter, ggf auch andere Personen wie zB Gläubiger, zu **Erkenntnisquellen mit selbständigem Beweiswert**, so gibt es für die Strafjustiz **keine Verwendungshindernisse**.
- 21** Der von *Hefendehl*³⁵ vorgenommenen Differenzierung zwischen der uneingeschränkten Verwertbarkeit von Unterlagen, die der Schuldner aufgrund von handelsrechtlichen Buchführungspflichten aufzubewahren hatte, und der Unverwertbarkeit vom Schuldner dem Verwalter zugänglich gemachter freiwillig aufbewahrter oder geführter Unterlagen kann nicht gefolgt werden. Der Schuldner hat nämlich dem Verwalter, im Insolvenzeröffnungsverfahren sogar dem schlichten Gutachter, sämtliche Vermögenswerte offen zu legen. Dazu gehören nicht nur die vom Handelsrecht erfassten Buchführungsunterlagen,³⁶ sondern auch sämtliche den Vermögensstand betreffende Unterlagen, wie § 283 Abs 1 Nr 6 StGB zeigt.³⁷ Das bedeutet aber nicht nur eine Gleichsetzung zwischen Buchhaltungs- und sonstigen Unterlagen, sondern auch eine Gleichbehandlung mit sämtlichen herausgabe- oder auch nur vorlagepflichtigen Vermögensgegenständen des Schuldners. Es muss daher bei

³⁰ *Hefendehl* wistra 2003, 1, 8 f.

³¹ Ebenso *Hefendehl* wistra 2003, 1, 8 f, aber beschränkt auf aufbewahrungspflichtige Buchhaltungsunterlagen.

³² M-G/B/*Bieneck* Rn 75/75.

³³ Einzelheiten bei *Bittmann/Rudolph* wistra 2001, 81, 82 ff; ebenso, wenn auch zweifelnd M-G/B/*Bieneck* Rn 75/79 ff.

³⁴ Insoweit aA *Hefendehl* wistra 2003, 1, 9.

³⁵ *Wistra* 2003, 8 f.

³⁶ Unstr, vgl zB S/S/*Stree/Heine* Rn 3 zu § 283 StGB.

³⁷ Vgl auch insoweit S/S/*Stree/Heine* Rn 39 zu § 283 StGB.

dem Befund³⁸ bleiben, dass sämtliche Vermögensgegenstände mit eigenem Beweiswert im Ermittlungs- und Strafverfahren verwertbar sind, auch wenn sie dem Verwalter erst durch eine Auskunft des Schuldners oder von dessen Organ bekannt wurden.

Wollte man anders entscheiden, dann geriete man zudem in unlösbare Auslegungsprobleme hinsichtlich der inhaltlichen Anforderungen an eine „Auskunft“: Soll es etwa schon zur Unverwertbarkeit führen, wenn der Schuldner dem Verwalter (oder zuvor dem Gutachter) die schlichte Auskunft erteilt, er finde zB „alles was er brauche in diesem Schrank“ und dort Hinweise auf beiseitegeschaffte bzw veruntreute Vermögensgegenstände lagern? Dürfen diese Hinweise strafprozessual nur verwendet werden, wenn dem Schuldner oder dessen Organ die Brisanz der Unterlagen nicht bewusst war? Oder führt es nur dann zur Unverwertbarkeit, wenn die Auskunft die Manipulation ganz konkret bezeichnet? Bejahte man ersteres, würde der Insolvenzverwalter als Zeuge nahezu völlig ausscheiden. Letzterenfalls hätte § 97 Abs 1 S 3 InsO hingegen fast keinen Anwendungsbereich mehr. Soll die Verwertbarkeit hingegen von der inneren Tatsache des Wissens um die Brisanz der Auskunft abhängen, so wäre die Bestimmung kaum mehr justitiabel. Fazit: Es gibt kein sachgerechtes, die Anforderungen an das Vorliegen einer „Auskunft“ differenzierendes Kriterium! Auch dies zeigt, dass **jegliche „Auskunft“ unverwertbar** sein muss, sich die Unverwertbarkeit aber **nicht** auf den **selbständigen Beweiswert** eines jeden Vermögensgegenstands des Schuldners, also auch aller Unterlagen, **erstrecken** kann.

Die Staatsanwaltschaft muss demzufolge genau prüfen, ob sie Informationen, welche sie den Insolvenzakten entnimmt, verwenden und verwerten darf. **Stimmt der Beschuldigte** der strafprozessualen Verwendung seiner Angaben aus dem Insolvenzverfahren zu, dann besteht für Staatsanwaltschaft und Gerichte **keinerlei Einschränkung** hinsichtlich der Verwertbarkeit. Die Zustimmung ist **unwiderruflich**.³⁹ Der Beschuldigte kann auch nur einen Teil seiner Angaben freigeben. Nicht in seiner Macht steht es hingegen zu bestimmen, wofür und gegen wen seine freigegebenen Angaben verwendet werden dürfen.⁴⁰

Um die Staatsanwaltschaft aber zunächst einmal überhaupt in die Lage zu versetzen, eine solche Prüfung tatsächlich durchführen zu können, muss sie die Angaben aus den **Insolvenzakten zur Kenntnis nehmen** dürfen. Daran ist sie jedenfalls nicht durch § 97 Abs 1 S 3 InsO gehindert, normiert diese Vorschrift doch ausschließlich ein **Verwendungs- und Verwertungs-, nicht aber ein Erhebungsverbot**.⁴¹ Alles andere wäre auch nicht systemgerecht, weil es nachgerade widersinnig wäre, der Staatsanwaltschaft mit der Regelung der MiZi die Aufgabe zuzuweisen, die Insolvenzakten zu untersuchen, ihr aber gleichzeitig verbieten zu wollen, deren Inhalt zur Kenntnis zu nehmen.

Die Staatsanwaltschaft darf also auch unter Geltung der InsO die **Insolvenzakten** wie nach altem Recht **anfordern und auswerten**. Sie darf auch aus deren Inhalt den **Anfangsverdacht** bestimmter **Insolvenzstraftaten** schöpfen. Anders als früher darf sie sich für ihre weiteren **Ermittlungen** aber **nicht mehr uneingeschränkt auf den Inhalt der Insolvenzakten stützen**. Sie ist vielmehr gehalten, im Einzelnen zu **prüfen**, aus welcher **Quelle** der Hinweis auf die mögliche Straftat stammt.

Darüber kann im Einzelfall schon der **Inhalt der Insolvenzakte verlässliche Erkenntnisse** bieten. Das ist nicht nur dann der Fall, wenn der Verwalter in seinem Gutachten an-

³⁸ Oben Rn 19.

³⁹ M-G/B/Bieneck Rn 75/76.

⁴⁰ M-G/B/Bieneck Rn 75/76.

⁴¹ IE ebenso Dencker FS Meyer-Goßner, S 239, 253, auch 243; ausführlich Hefendehl wistra 2003, 1, 4 ff; aA Uhlenbruck NZI 2002, 401, 404; nicht eindeutig jedoch GmbHR 2002, 941, 944; Weyand ZInsO 2001, 108, 109.

führt, dass sich der Schuldner oder dessen Organ ihrer Auskunftspflicht entzogen haben, oder darlegt, dass er aufgrund eigener Recherchen auf strafrechtlich relevante Umstände wie zB verspätete Bilanzierung oder ab einem bestimmten Zeitpunkt auf nicht mehr geführte Bücher gestoßen ist, sondern auch dann, wenn der Eigenantragsteller die den Tatverdacht begründenden Informationen seinem Insolvenzantrag beifügte.⁴² Diese Angaben dürfen zwar aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht unmittelbar verwertet, wohl aber als Ermittlungsansätze verwendet werden.

- 27 Gibt die Insolvenzakte allein noch keinen Aufschluss über die Verdachtsquelle(n), dann ist die Staatsanwaltschaft gehalten, denjenigen zu **vernehmen**, der den Verdacht im Insolvenzverfahren aktenkundig gemacht hat. Das kann im Einzelfall ein Gläubiger oder der Insolvenzrichter, wird aber regelmäßig der Verwalter gewesen sein. In der Vernehmung ist dann die Herkunft der den Verdacht einer Straftat begründenden Information zu eruieren. Stammt sie vom Schuldner oder von dessen Organ, ist ferner zu klären, ob es für diese Information daneben auch noch eine selbständige Quelle gibt. Nur wenn das der Fall ist, darf die Staatsanwaltschaft diese Information verwenden und ihre weiteren Ermittlungen darauf stützen.
- 28 Der Zwischenschritt zur Klärung der Herkunft einer für die Ermittlungen relevanten Information unterbleibt in der Praxis allerdings nur allzu oft. Die Rechtsfolgen eines derartigen Verfahrensverstosses können im Einzelfall gravierend sein und zur **Einstellung des Verfahrens** führen. Das findet seinen Grund darin, dass § 97 Abs 1 S 3 InsO eben nicht nur ein Verwertungs-, sondern ein Verwendungsverbot enthält, die Ermittlungsbehörden also eine Auskunft des Schuldners oder dessen Organs demzufolge auch nicht als Basis für weitere Ermittlungen benutzen dürfen.
- 29 Haben sie sich über dieses **Verbot hinweggesetzt**, so muss in dem konkreten Stadium, in welchem sich das Verfahren gerade befindet, retrospektiv geprüft werden, welche Erkenntnisse (Beweismittel, Informationen etc) ohne den Verfahrensverstoss nicht gewonnen worden wären. Dabei kommt es entscheidend auf die **Kausalität** an. Ebenso wie wenn Polizei oder Staatsanwaltschaft willkürlich Gefahr im Verzug annahmen und eine Durchsuchung selbst anordneten,⁴³ greift ein Verwertungsverbot nur dann ein, wenn es den Ermittlungsorganen, ggf auch dem Gericht, nicht möglich gewesen wäre, die benötigten Informationen auch in rechtmäßiger Weise zu gewinnen.⁴⁴ Ergibt die Prüfung, dass der Verfahrensverstoss nicht in diesem Sinne kausal für den aktuellen Erkenntnisstand war, muss das Verfahren schlicht fortgesetzt werden. Ist die Kausalität nur für bestimmte Beweismittel zu bejahen, so dürfen diese weder verwertet noch verwendet werden. Das Verfahren ist unter Beschränkung auf die übrigen, erforderlichenfalls durch ergänzende, auf einwandfreie Weise zu gewinnende Quellen fortzusetzen. Die eine **Verurteilung** tragende gerichtliche Überzeugung von der Schuld des Angeklagten **muss** jedenfalls auf einer Argumentationskette **ohne jeglichen Rückgriff auf die erteilte Auskunft** beruhen.⁴⁵
- 30 Ergebnis der Prüfung kann aber zB auch sein, dass ohne den Verfahrensverstoss kein hinreichender Tatverdacht zu begründen gewesen wäre. Damit wäre also eine gleichwohl eingereichte Anklageschrift nicht zur Hauptverhandlung zugelassen worden. Gelangt das

⁴² Vgl dazu bereits oben Rn 18.

⁴³ Vgl dazu unten Rn 221 ff.

⁴⁴ OLG Naumburg, Urteil vom 14. 1. 2004, 2 Ss 449/03; LG Stuttgart wistra 2000, 439 f; aA Hefendehl, wistra 2003, 1, 7f, aufgrund einer bereits im Ansatz verfehlten Disziplinierungsüberlegung. Die Staatsanwaltschaft ist aber nicht Partei des Strafverfahrens und es gibt keinen Grund, einen Angeklagten von einem Verfahrensfehler über dessen Beseitigung hinaus profitieren zu lassen.

⁴⁵ Hefendehl wistra 2003, 1, 7.

Gericht zu dieser Einsicht, so hat es das **Verfahren einzustellen**, außerhalb der Hauptverhandlung durch Beschluss, innerhalb der Verhandlung durch Prozessurteil, § 260 Abs 3 StPO. Das Verfahren gelangt damit wieder in das Stadium des Ermittlungsverfahrens zurück. Die Staatsanwaltschaft hat nun zu prüfen, ob es noch andere, zulässige Ermittlungsansätze gibt. Ist das nicht der Fall oder führen sie nicht zu einem hinreichenden Tatverdacht, so hat sie das Verfahren gem § 170 Abs 2 StPO einzustellen.

Dass es zu dieser Problematik außer dem Beschluss des LG Stuttgart keine veröffentlichte Rspr gibt, obwohl die Prüfung der Herkunft und damit der Verwendbarkeit einer Information nicht durchweg mit der rechtlich gebotenen Sorgfalt geschieht, zeigt, dass sich ein solcher Verfahrensverstoß in den meisten Fällen mangels Kausalität nicht auf das Ermittlungsergebnis auswirkte. **31**

II. Aufnahme der Ermittlungen

1. Frühzeitige Einstellung nach dem Opportunitätsprinzip

a) §§ 153 Abs 1 und 153a Abs 1 StPO

Die Bejahung eines Anfangsverdachts zwingt die Staatsanwaltschaft aber nicht in jedem Fall zu weiteren Ermittlungen. Abhängig vom Sachverhalt kann das Verfahren schon in diesem frühen Stadium reif für eine **Einstellung nach dem Opportunitätsprinzip** (§§ 153 ff StPO) sein. Zur Schonung der durchweg knappen Ressourcen empfiehlt es sich, einen solchen Verfahrensabschluss so **früh wie möglich** zu prüfen. Stellt sich nämlich heraus, dass eine Einstellung wegen Geringfügigkeit nach § 153 Abs 1 StPO (zB bei der verspäteten, aber vollständigen Nachzahlung der Arbeitnehmeranteile zur Gesamtsozialversicherung, § 266a Abs 1 StGB, oder der verspäteten Errichtung einer Bilanz, § 283 Abs 1 Nr 7b oder § 283 Abs 1 Nr 3b StGB) möglich ist, so ist jede weitere Ermittlung nichts anderes als die Verschwendung von Kapazitäten.⁴⁶ **32**

Wenn lediglich eine Einstellung gegen Auflagen nach § 153a Abs 1 StPO angemessen erscheint, muss allerdings genau geprüft werden, ob eine derartige Erledigung ohne weitere Ermittlungen mit Aussicht auf Erfolg angepeilt werden kann. So sinnvoll das an sich ist, so sehr zeigt die Erfahrung, dass manche Beschuldigte, insbes Wirtschaftsstraftäter, die Zustimmung zur Erfüllung von Auflagen in einem frühen Verfahrensstadium nicht zu erteilen bereit sind. Dazu ringen sie sich häufig erst durch, wenn sie sich davon überzeugt haben, dass sie sich nur auf diese Weise vor unangenehmeren Folgen bewahren können. Die Staatsanwaltschaft muss also schon deshalb genau prüfen, ob sie dem Beschuldigten die Einstellung nach § 153a Abs 1 StPO anbietet, obwohl ihre Informationsbasis noch nicht gesichert ist. **33**

Verweigert der Beschuldigte die Zustimmung, so kann dies das Verfahren in doppelter Weise belasten. **34**

Zum einen ist es zumeist nicht angemessen, einem Beschuldigten, der einmal die Zustimmung zu einer solchen Erledigung verweigert hat, ein derartiges Entgegenkommen nochmals anzubieten. Wer in Kenntnis seiner Straftaten noch nicht einmal bereit ist, eine milde und formlose Ahndung zu akzeptieren, der zeigt regelmäßig, dass er nicht zu seiner Verantwortung steht. Dann aber reicht auch die Festsetzung einer unterschwelligen Rechtsfolge regelmäßig nicht mehr aus. Nur in Ausnahmefällen, etwa bei umfänglicher Einlassung mit Hinweisen auf tatsächliche oder rechtliche Zweifel, die vor der Erteilung der Zu- **35**

⁴⁶ Gleiches gilt für §§ 154 und 154a StPO, vgl dazu unten Rn 38 ff. Begrenzter Strafklageverbrauch tritt nur nach gerichtlicher Einstellung (§ 153 Abs 2 StPO) ein, BGH NStZ 2004, 218 ff.

stimmungserklärung ausgeräumt werden sollen, kann ein wiederholtes Angebot zur Einstellung des Verfahrens gemäß § 153a StPO sachgerecht sein.

- 36 Zum anderen hängt zwar der Verfahrensabschluss nach § 153a Abs 1 StPO nicht davon ab, dass der Sachverhalt vollständig ermittelt ist. Er sollte aber immerhin soweit aufgeklärt sein, dass die Staatsanwaltschaft eine sichere Prognose dahingehend abgeben kann, dass die weiteren Ermittlungen zu einem hinreichenden Tatverdacht führen würden. Es ist nämlich nicht sachgerecht, bei verweigerter Zustimmung zu einer Einstellung gemäß § 153a Abs 1 StPO das Verfahren nach § 153 Abs 1 StPO oder gar nach § 170 Abs 2 StPO einzustellen. Das würde den fatalen Eindruck erwecken, dass die Staatsanwaltschaft zurückweiche, wenn sich ein Beschuldigter nur als genügend hartnäckig erweise. Die Staatsanwaltschaft muss also von vorn herein das Risiko, dass nachträglich der Tatverdacht entfällt oder er sich minimiert, so gering wie möglich halten. Die folgenlose Einstellung nach gescheitertem Versuch, zu einer Verfahrensbeendigung gemäß § 153a Abs 1 StPO zu gelangen, darf also nur die absolute Ausnahme sein.
- 37 So sehr es auch geboten ist, von der Einstellungsmöglichkeit gem § 153a Abs 1 StPO so früh wie möglich Gebrauch zu machen, so wird es doch nur höchst selten sachgerecht sein, letztgenannten Weg unmittelbar nach Bejahung des Anfangsverdachts zu beschreiten. Ein Ausnahmefall kann jedoch zB dann gegeben sein, wenn lediglich Arbeitnehmeranteile zur Gesamtsozialversicherung, § 266a Abs 1 StGB, in einer Höhe von vielleicht 4.000 € unbefristet sind und keine Zweifel am Vorliegen der Leistungsfähigkeit bestehen.

b) Beschränkung des Verfahrensstoffs, §§ 154, 154a StPO

- 38 Eine **Teileinstellung gemäß § 170 Abs 2 StPO** ist zwingend, soweit zwar ein ursprünglicher Anfangsverdacht nicht verneint werden kann, dieser aber aufgrund anderer Erkenntnisse bereits widerlegt ist. Darüber hinaus sollte aber auch geprüft werden, ob **bestimmte Verdachtsmomente** so gravierend sind, dass die **Ermittlungen** bereits zu diesem frühen Zeitpunkt auf sie **konzentriert** werden können. Ist das der Fall, so bietet es sich an, das Verfahren sogleich im Übrigen gemäß § 154 Abs 1 StPO vorläufig einzustellen oder die Verfolgung auf bestimmte rechtliche Aspekte zu konzentrieren.⁴⁷
- 39 Ein solcher Schritt darf allerdings **nicht leichtfertig** unternommen werden. Es ist nämlich kaum einmal sicher abzusehen, wie sich ein Verfahren entwickelt. Auch wenn der Erkenntnisstand noch so eindeutig zu sein scheint, kann nie ganz ausgeschlossen werden, dass eine Verurteilung unterbleibt. Das kann auch bezüglich solcher Taten geschehen, auf welche das Verfahren konzentriert wurde. Dann müssen die Ermittlungen zu den übrigen Taten wieder aufgenommen werden. Daher ist es geboten, von vorn herein grundsätzlich alle **Beweise zu sichern**. Abgesehen werden kann davon ohne Risiko nur dann, wenn wie bei Urkunden keine Verschlechterung der Beweisqualität zu befürchten ist. Das gilt aber auch nur für den Fall, dass diese Beweismittel sicher aufbewahrt und zugänglich gehalten werden. Weil ein derart schulmäßiges Herangehen den Verfahrensstoff (jedenfalls im Ermittlungsverfahren) nicht sonderlich mindert, vermag die Praxis diesen Anforderungen aufgrund ihrer permanenten Überlastung allerdings nur zum Teil gerecht zu werden.
- 40 Eine frühzeitige **Konzentration** kann sich auch deshalb als **nachteilig** erweisen, weil sie den übrigen Verfahrensbeteiligten, va dem Gericht und dort insbes den Schöffen, allzu leicht ein **verkürztes Bild** vom tatsächlichen Geschehen vermittelt. Ist nur eine, wenn auch schwere Tat angeklagt, so liegt die Assoziation nahe, es habe sich um einen Einzelfall eines ansonsten seriösen Angeklagten gehandelt. Häufig verstärkt die Verteidigung diese Sichtweise auch noch dadurch, dass sie behauptet, die Einstellung des Verfahrens wegen aller

⁴⁷ Weyand Rn 159.

übrigen Vorwürfe zeige, dass die Staatsanwaltschaft von Anfang an übertrieben habe und sich jetzt nur zur Wahrung des eigenen Gesichts an dem verbliebenen, aber ebenfalls haltlosen Vorwurf festbeißt. Im Falle nicht geständiger Beschuldigter empfiehlt sich deshalb nur ausnahmsweise die Konzentration des Verfahrensstoffs vor der Hauptverhandlung auf eine Tat. Um eine Verurteilung in einer Größenordnung zu erlangen, welche den Handlungen des Angeklagten angemessen ist, bedarf es also häufig auch dann einer umfassenden Anklageschrift, wenn die Staatsanwaltschaft von vorn herein bereit ist, in einigen Punkten nicht auf einer Verurteilung zu bestehen.

2. Planung der Ermittlungen

Steht neben dem Anfangsverdacht fest, dass vor einem Verfahrensabschluss noch **weitere Ermittlungen** getätigt werden müssen, dann ist deren **sorgfältige Planung** angezeigt. 41 Was zu Beginn der Ermittlungen falsch gemacht wird, lässt sich im späteren Verlauf des Verfahrens selten vollständig korrigieren. Manche Erkenntnisquellen werden mit Bekanntwerden der Aufnahme von Ermittlungen ein für alle Mal verschüttet und andere verlieren ganz oder teilweise ihren Beweiswert, wenn sie zu spät genutzt werden. Eine ungeschickte Gestaltung des Ermittlungsverfahrens kann zu einem unnötig hohen Aufwand führen, der bei anderer Handhabung vermeidbar gewesen wäre.

So sehr es also nötig ist, sich die Ermittlungsschritte detailliert zu überlegen, so schwierig ist es, die richtige Herangehensweise abstrakt zu beschreiben. In jedem Fall treten mehr oder weniger Besonderheiten auf, welche eine Abweichung vom standardisierten Vorgehen rechtfertigen können, aber nicht müssen. Gleichwohl gibt es gewisse Aspekte, die zu beachten in der Regel unverzichtbar ist. 42

So bietet es sich schon ganz zu Beginn des Verfahrens an, den genauen **Verfahrensgegenstand** in Form eines **Aktenvermerks** festzuhalten. Er ist aus dem Wust der zahlreichen zur Akte gelangten, zum großen Teil allerdings für die strafrechtliche Bewertung völlig unwichtigen Informationen akribisch herauszufiltrieren. Wichtig ist dabei, auch die jeweiligen **Blattzahlen** zu **notieren**, auf welchen sich alle aktenkundigen einschlägigen Informationen für die jeweilige Tat befinden. Dieser Vermerk zum Verfahrensgegenstand ist bei jeder **erneuten Befassung** mit dem Verfahren **fortzuschreiben**. Wird die Akte in dieser Weise aufbereitet, so erspart sich der Staatsanwalt die Notwendigkeit, den regelmäßig sehr umfangreichen Akteninhalt mehrfach komplett durchzulesen. Auch wenn die Akte erst nach Monaten erneut zur Bearbeitung ansteht und die Erinnerung an den Sachverhalt schon sehr verblasst ist, so bereitet die erneute zügige Einarbeitung in den Verfahrensstoff auf der Basis derartiger Vermerke keinen größeren Aufwand. 43

a) Aktenaufbau

Besondere Sorgfalt ist gerade in umfangreichen Verfahren auf den **Aktenaufbau**⁴⁸ zu legen. 44 Maßgebliches **Ordnungskriterium** ist dabei der **Grundsatz der Übersichtlichkeit**. Wird dieser nicht gewahrt, so kann das Verfahren alsbald nicht mehr geführt werden und es ist jedenfalls ein Suchaufwand unumgänglich, welcher die Mühe ordentlicher Aktenführung wesentlich überschreitet. In allen Verfahren wegen Insolvenzdelikten empfiehlt es sich deshalb, neben den einzelnen **chronologisch geordneten** sog. „**Hauptakten**“ **Sonderhefte** oder **-bände**⁴⁹ anzulegen. Bei ihnen handelt es sich um Aktenbestandteile, die einzig dazu

48 Detaillierte Übersicht bei *Zeßig* wistra 1994, 295; sa *Janovsky* Krim 1998, 331, 336 f.

49 Der Unterschied zwischen einem Heft und einem Band liegt nur in der Anzahl der darin enthaltenen Blätter: Ab Bl 51 wird aus einem Heft ein Band.

dienen, die Hauptakten übersichtlich zu halten. In Sonderhefte bzw -bände sind zB die Ablichtungen aller beigezogenen Akten (zB des Handelsregisters und des Insolvenzgerichts⁵⁰) zu nehmen.

- 45 **Beiakten** sind demgegenüber ausschließlich die im Original zur Strafakte gesandten Akten anderer Behörden oder anderer Ermittlungs- bzw Strafverfahren. Aus diesem Grunde sind sie im Gegensatz etwa zu Sonderheften bzw -bänden nicht Bestandteile der Akten des Verfahrens, zu welchem sie (lediglich) beigezogen sind.
- 46 **Ablichtungen von beweiserheblichen Unterlagen** gehören zweckmäßigerweise ebenfalls nicht in die Hauptakten. Es bietet sich an, dafür spezielle **Beweismittelordner** anzulegen. Der Sache nach handelt es sich zwar auch insoweit um Sonderhefte bzw -bände. Der Übersichtlichkeit wegen sollten sie aber konkret wie vorgeschlagen bezeichnet werden.
- 47 Nicht nur in Großverfahren, sondern immer auch dann, wenn in einem Verfahren zahlreiche Beteiligte und/oder eine Mehrzahl von Firmen eine wesentliche Rolle spielen, ist es überdies sinnvoll, auch noch **gesonderte Tat- oder Fall-, Personen- und/oder Firmenakten** anzulegen. Auch dies sind lediglich aus Klarheitsgründen spezifiziert bezeichnete Sonderhefte oder -bände. In diese sollten sämtliche sich auf die jeweilige Tat, Person oder Firma beziehenden Informationen Eingang finden. Das können zB Ablichtungen von Handelsregister- oder Insolvenzakten sein. Dann ersetzen sie die insoweit überflüssigen (unspezifischen) Sonderhefte. Im Bedarfsfall kann bei den Firmenakten noch zusätzlich differenziert werden. So kann es zB hilfreich sein, die für die wirtschaftliche Lage einer Gesellschaft maßgeblichen Informationen in einem gesonderten Ordner zusammenzufassen.⁵¹ In die Personen-, im Bedarfsfall aber auch in die Fall- und Firmenakten gehören auch **Ablichtungen** von regelmäßig zu den Hauptakten zu nehmenden **Vernehmungsniederschriften** oder jedenfalls von den **Teilen** solcher, welche sich auf die Tat, Person oder Firma beziehen. Dass die Akten bei einem derartigem Aufbau an verschiedenen Stellen inhaltsgleich sind, ist unschädlich und der besseren Orientierung wegen hinzunehmen.
- 48 Werden die vorgenannten Dokumente ausgegliedert, bestehen die **Hauptakten** dann im Wesentlichen nur aus den den Verfahrensgang dokumentierenden Unterlagen wie Strafanzeigen, Ladungen, Vermerken und Vernehmungen. Letztere dürfen aber auch ausschließlich Eingang in eine Personen- oder Firmenakte finden. Allerdings sollte diese Handhabung auf die seltenen Fälle beschränkt werden, in welchen sich die Vernehmung ausschließlich auf eine Person oder Firma bezieht.
- 49 Empfehlenswert ist zudem das Anlegen eines **Aktenspiegels** und eines **Inhaltsverzeichnisses** jedes Aktenhefts oder -bands einschließlich der Sonderhefte bzw -bände. Aus dem Aktenspiegel sollte sich in übersichtlicher Form die Systematik des Aktenaufbaus ergeben.
- 50 Dazu gehört auch die Bezeichnung insbes von Personen- und Firmenakten. Sie können zB mit „SH P“ oder „SH F“ gekennzeichnet werden. Jeder einzelnen Person und Firma sollte ferner noch zusätzlich eine laufende römische Ziffer zugeordnet werden. Genügt ein Heft oder Band nicht, um alle Informationen zu einer Person oder Firma aufzunehmen, so sollte die römische Ziffer hinter einem Schrägstrich noch zusätzlich mit einer laufenden arabischen Ziffer versehen werden, also zB „SH P III/2“. Anstatt der Chiffrierung kann natürlich auch der volle Name verwandt werden, etwa „SH Fa. X/3“. Dafür gibt es keine festen Regeln. Wesentlich ist allein, dass, wenn nicht generell, dann in jedem Einzelfall klare Regeln festgelegt und konsequent durchgehalten werden. Maßstab ist allein die Wahrung der Übersicht. Das nachfolgende Beispiel wurde aus einem Originalfall nur leicht abgewandelt.
- 51 Skizze siehe auf den Seiten 14 und 15.

⁵⁰ Vgl dazu oben Rn 16 ff, insbes Rn 24.

⁵¹ Zeißig wistra 1994, 295, 298.

b) Akteneinsichtsgesuche

In größeren Verfahren ist mit einer Vielzahl von **Akteneinsichtsgesuchen** zu rechnen. **52** Diese können regelmäßig zu Beginn des Ermittlungsverfahrens nicht erfüllt werden. Geheimhaltungsgründe stehen ebenso entgegen wie die Notwendigkeit, mit den Akten arbeiten zu müssen. Zum Teil wird man sich in Ermittlungsverfahren darauf beschränken müssen, die Akten nur dem Verteidiger zur Verfügung zu stellen. Insbes Haftsachen dürfen nämlich nicht durch die Gewährung von Akteneinsicht an Dritte (Geschädigte, Versicherer, Gläubiger) verzögert werden, vgl Nr 184 RiStBV. Solche Ersuchen müssen häufig bis zum Abschluss der Ermittlungen zurückgestellt werden und können dann mit Doppelakten erfüllt werden, die zu diesem Zeitpunkt nicht mehr täglich benötigt werden. Damit kein Akteneinsichtsgesuch übersehen wird, sollte schon gleich zu Beginn der Ermittlungen eine Liste geführt werden, in welcher die Akteneinsichtsgesuche mit Fundstellen notiert werden. Die Liste ist zweckmäßigerweise bei den Handakten aufzubewahren.

Zu beachten ist ferner, dass nicht alle Aktenteile von jedem eingesehen werden dürfen, **53** der ein Akteneinsichtsrecht hat. Technische Geschäftsgeheimnisse, aber auch psychologische Gutachten bleiben Dritten verschlossen, vgl § 477 Abs 2 StPO; Nr 186 Abs 2 RiStBV. Um einen späteren unverhältnismäßig höheren Aufwand durch Prüfung einer Menge von Aktenblättern zu vermeiden, sollten die **Aktenteile, die nicht der Einsicht Dritter unterliegen**, entweder von vorn herein **gesondert**, zB in einem Sonderheft oder -band **geführt** oder zumindest gesondert **aufgelistet** werden.

c) Handakten

Beim Durcharbeiten der Akte kommen dem Staatsanwalt regelmäßig Ideen und Gedanken **54** zur möglichen weiteren Entwicklung des Verfahrens. Sie müssen in kleineren oder Routinefällen nicht schriftlich fixiert werden. Bei darüber hinausgehendem Umfang des Verfahrens bietet es sich aber an, diese **Einfälle** für die spätere Bearbeitung **festzuhalten**. Das kann auf Schmierzetteln oder in Vermerkform geschehen. In keinem Fall gehören diese Notizen allerdings zu den Akten. Es handelt sich insoweit um **interne Arbeitshilfen**, die zu einem erheblichen Teil aus Vermutungen bestehen müssen und spekulativer Natur sind. Sie sind Teil der staatsanwaltschaftlichen Handakten.

d) Zusammenarbeit Staatsanwaltschaft/Polizei

Sorgfältiger Planung bedarf auch die **Einschaltung der Polizei** in die Ermittlungen wegen **55** Insolvenzstrafaten.

Die **Polizei hat es** in Wirtschaftsstrafsachen allgemein **sehr schwer**, weil sich die Anforderungen an derartige Ermittlungen doch weitgehend von denjenigen in den übrigen Kriminalitätsfeldern unterscheiden.⁵² Es sind zahlreiche Unterlagen auszuwerten, also ist viel Lesearbeit zu leisten. Das ist in der Tat nicht immer aufregend. Damit die Lektüre für das Verfahren einen Erkenntnisgewinn bringt, bedarf es zudem **spezifischen Wissens**. Kriminalbeamte bedürfen deshalb neben ihrer allgemeinen Ausbildung zusätzlicher Schulungen, bevor sie mit Gewinn Verfahren der Wirtschaftskriminalität bearbeiten können. Da die Stellen in den (Fach-)Kommissariaten für Wirtschaftsstrafsachen aber nicht höher dotiert sind als auf anderen Gebieten, trachten die qualifizierten Wirtschaftskriminalisten verständlicherweise nach einer Beförderung auf eine ihren Fähigkeiten entsprechende Stelle. Davon

52 Wagner, Krim 1998, 659ff, will des Aufwands und der niedrigen Straferwartung wegen (zu Unrecht!) die Insolvenzdelikte zu Privatklagedelikten herabstufen. Das wäre das Ende des forensischen Insolvenzstrafrechts!

Aktenaufbau

Hauptakte – HA

Band I–XVIII

Beiakten zur Hauptakte – BeA

- BeA I – Konkurs, Akte HC, Geldwäsche
Az.:
- BeA II 1 – EV A. W., Untreue SB I–II,
Az.:
- BeA II 2 – EV SB III, Az.:
- BeA III – Berichte zu EV, ZERV

Sonderhefte zur Hauptakte – SH

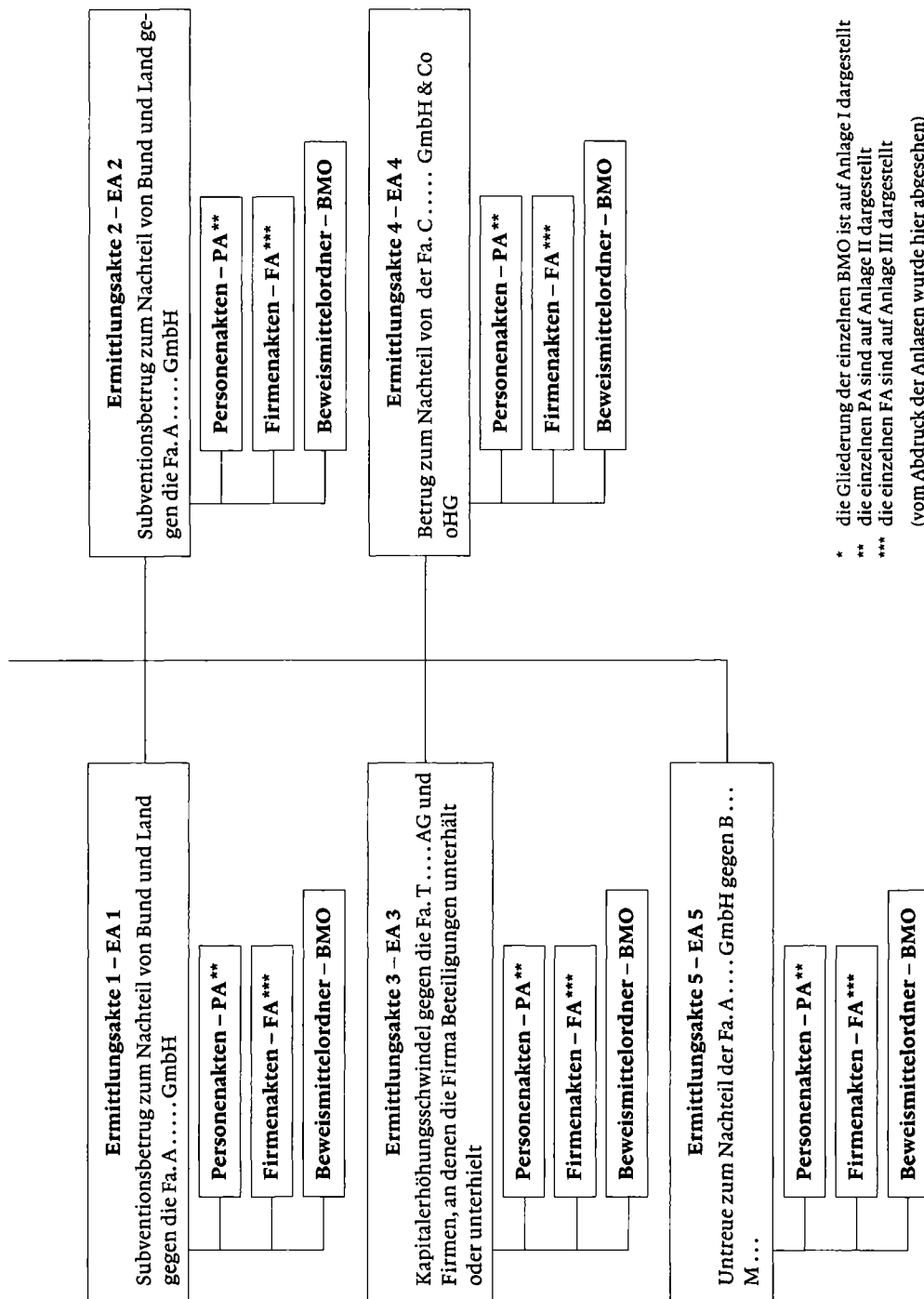
- Nrn. I–XII
- Bankunterlagen I–II
- Aktenkoffer
- Vermerke Steuerfahndung
- Vermerke Wirtschaftsreferent pp.
- Arrest
- Durchsuchungs- und Beschlagnahmeprotokolle
- BV und ZV
- Subventionsunterlagen
- Eigenwerbung
- InsO-Akten Teil A und B
- Vernehmungen
- Unterlagen Landesrechnungshof
- Unterlagen Insolvenzverwalter
- Institut für Materialprüfung
- Lichtbilder Steuifa
- Beschlüsse Firmen
- Beschlüsse Personen
- Beschlüsse Banken

Beweismittelordner zur Hauptakte – BMO*

- BMO I – Banken
- BMO II – Investitionsmaßnahmen über 35 Mio DM
- BMO III – Erwerb des Sachanlagevermögens
- BMO IV – Erwerb Quartowalzwerkanlage
- BMO V – Bürgschaften
- BMO VI – Kapitalerhöhungen
- BMO VII – Bilanzfälschung/Insolvenzverschleppung
- BMO VIII – Verwaltung
- BMO IX – KfW-Kredit
- BMO X – BM (Untreue)
- BMO XI – Investitionen Allgemein
- BMO XII – Unterlagen LFI
- BMO XIII – Verträge/Darlehensverträge

Sonderbände zur Hauptakte – SB

- SB I – Unterlagen Bundeswirtschaftsministerium
- SB II – Unterlagen Finanzministerium LSA
- SB III – Unterlagen Landesförderinstitut LSA
- SB IV – Gutachten AGmbH
- SB V – Unterlagen Staatskanzlei
- SB VI – Unterlagen Bundesfinanzministerium
- SB VII – Unterlagen Wirtschaftsministerium



* die Gliederung der einzelnen BMO ist auf Anlage I dargestellt
 ** die einzelnen PA sind auf Anlage II dargestellt
 *** die einzelnen FA sind auf Anlage III dargestellt
 (vom Abdruck der Anlagen wurde hier abgesehen)

gibt es in den Wirtschaftsstrafkommissariaten aber nur wenige und die sind zumeist besetzt. Das hat allzu häufig zur Folge, dass die nach langer Ausbildung für die Tätigkeit in einem Kommissariat für Wirtschaftsstrafsachen qualifizierten Polizeibeamten recht schnell auf einen anderweit angesiedelten Beförderungsposten abwandern und ihr Wissen nicht zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität einsetzen können.⁵³

- 57** Eine solche Abwanderung wirkt sich für die Bearbeitung von Wirtschaftsstrafsachen sehr negativ aus. Es werden unnötige Kosten verursacht, weil besser als Polizeibeamte bezahlte Staatsanwälte die Arbeit übernehmen müssen, zu welcher die Polizei nicht in der Lage ist. Zwar können Ermittlungsverfahren wegen lediglich formeller Insolvenzdelikte häufig von den Staatsanwaltschaften allein abgeschlossen werden, ohne dass es des Einsatzes polizeilicher Hilfe bedürfte. Wird rechtliches Gehör im Wege der Versendung eines Anhörungsbogens gewährt, so entspricht der Verzicht auf den Einsatz der Polizei auch wirtschaftlichem Ressourceneinsatz. Hat das Ermittlungsverfahren aber auch noch oder nur andere Delikte zum Gegenstand oder erweisen sich die Ermittlungen zur Aufklärung der Formdelikte zB mangels Geständnisses aufwendiger als vorgesehen, so kann auf den Einsatz der Polizei nicht verzichtet werden.
- 58** **Polizeibeamte mit anforderungsgerechter Qualifikation** können die meisten **Vernehmungen selbständig durchführen**, die Staatsanwaltschaft auf weitere Ermittlungsansätze hinweisen und ihnen selbständig, sinnvollerweise allerdings in Absprache mit dem zuständigen Staatsanwalt, nachgehen. Sachgerechte polizeiliche Zwischenvermerke versetzen den Staatsanwalt in die Lage, seiner Sachleitungsbefugnis gerecht zu werden, ohne jeden einzelnen Ermittlungsschritt selbst bestimmen oder gar leiten zu müssen. Seine Ermittlungsarbeit kann er dann auf die Leitung heikler (zB in einer Rechtsanwaltskanzlei) oder besonders wichtiger Durchsuchungen und die Vernehmung solcher Zeugen und Beschuldigter konzentrieren, die auf polizeiliche Vorladung nicht erschienen sind oder deren Aussagen bedeutende Erkenntnisgewinne versprechen. Auf der Basis eines verlässlichen Abschlussvermerks⁵⁴ vermag der Staatsanwalt zügig seine Abschlussverfügung zu treffen. **Gute Polizeiarbeit** wirkt sich also **beschleunigend** und **qualitätserhöhend** aus.
- 59** Häufig stehen aber ausreichend qualifizierte Polizeibeamte nicht in genügender Anzahl zur Verfügung. Daher ist es von besonderer Wichtigkeit, dass die Staatsanwaltschaft ihre gesetzliche Funktion als „Herrin“ des Ermittlungsverfahrens in Fällen des Verdachts von Insolvenzdelikten nicht nur *de jure*, sondern **auch de facto** ernst und die **Leistungs- und Lenkungsfunktion tatsächlich übernimmt**. Es ist sowohl zum Zwecke der Stoffbegrenzung als auch zur Sicherung ebenso zielgerichteter wie umfassender Ermittlungen unumgänglich, dass sie den Polizeibeamten die Entscheidung über Art und Umfang der Ermittlungen nicht aus reiner Bequemlichkeit überlässt. Der zuständige Staatsanwalt muss vielmehr selbst stetig über den Verfahrensstoff informiert sein, die Richtung der Ermittlungen vorgeben und die maßgeblichen Entscheidungen selbst treffen und verantworten. Dazu gehört es zwingend, auf pauschale Ermittlungsaufträge zu verzichten, und ausschließlich detaillierte und konkrete Ermittlungsaufträge zu erteilen.⁵⁵
- 60** Selbst dann, wenn der **Staatsanwalt** das Glück hat, mit **erfahrenen und guten Polizeibeamten** zusammenarbeiten zu können, enthebt ihn dies nicht der Notwendigkeit, seiner **Führungsfunktion** gerecht werden zu müssen. Ein Polizeibeamter kann nämlich aufgrund seiner Aufgabenstellung nie die **forensische Erfahrung** haben, wie sie ein in Insol-

⁵³ Ciolek-Krepold Rn 112.

⁵⁴ Er sollte aufgrund der Bescheidungspflichten des § 171 StPO auch eine Auflistung der Anzeigerstatter enthalten, Janovsky Krim 1998, 331, 337.

⁵⁵ Zeißig wistra 1994, 295, 299.

venzverfahren erfolgreicher Staatsanwalt benötigt. Der Polizist hat auch nicht das erforderliche **juristische Spezialwissen**. Bei anforderungsgerechter Qualifikation⁵⁶ verfügt er aber über **kriminalistische Erfahrungen**, die sich gerade der mit Insolvenzermittlungen noch nicht so vertraute Staatsanwalt unbedingt zunutze machen sollte. Es ist häufig die Polizei, die wichtige Erkenntnisquellen kennt, über hilfreiche Kontakte verfügt, taktische Hinweise erteilen und in anderen Verfahren gewonnene Erfahrungen zur praktischen Handhabung fruchtbar machen kann. Diese polizeilichen Fähigkeiten darf der Staatsanwalt keineswegs unbeachtet lassen. Seine Kunst besteht gerade darin, **sein eigenes und das Potential der Polizei optimal zu kombinieren**, um auf diese Weise die bestmögliche Aufklärung zu gewährleisten.⁵⁷

In umfänglichen Verfahren ist eine **Arbeitsteilung zwischen Staatsanwalt und Polizei** **61** unumgänglich. Je nach Sachlage muss eine **polizeiliche Ermittlungsgruppe** oder gar eine **Sonderkommission** gebildet werden. In Komplexverfahren genügt es auch nicht, wenn nur ein Staatsanwalt tätig wird. Werden weitere Staatsanwälte zur Bearbeitung einer Angelegenheit abgestellt, so sollte allerdings die **Gesamtverantwortung gleichwohl bei einem allein liegen**. Wechselt die Leitung von Verfahren zu Verfahren ab, so dürfte das nicht zu aufgrund der Gleichordnung denkbaren statusbedingten Schwierigkeiten führen. Bisher gibt es allerdings nur wenige, va wenig ermutigende Erfahrungen mit staatsanwalt-schaftlicher Gemeinschaftsarbeit.

Wie erfolgreich gemeinschaftliche Arbeit von Staatsanwaltschaft und Polizei gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftskriminalität und hier speziell bei der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts von Insolvenzdelikten sein kann, zeigen die in Stuttgart und in Sachsen gebildeten „**Wirtschaftsstrafrechtlichen Ermittlungsgruppen Staatsanwaltschaft – Polizei**“, kurz: **WESP**.⁵⁸ Zwischen räumlich zusammengeführter Staatsanwaltschaft und Polizei wird im Vorhinein festgelegt, worauf man sich in welcher Zeit konzentrieren will. Ist ein Umfangsverfahren zu bearbeiten, so werden die vorhandenen Kräfte für eine bestimmte Zeit zu dessen Bearbeitung eingesetzt. Auf diese Weise ist es möglich, den Aktenumlauf weitestgehend zu vermeiden, Informationen schnellstmöglich zu sammeln, die erforderlichen Schlüsse daraus schleunigst zu ziehen und in weitere Ermittlungen umzusetzen sowie Erinnerungsverluste (bei Zeugen, aber auch Ermittlern!) zu minimieren. Der Verfahrensabschluss ist auf diese Weise viel schneller und mit geringerem Aufwand möglich. In Stuttgart vermochte die Zeit zwischen Eingang bei der Staatsanwaltschaft und Abschlussverfügung auf phantastische vier Monate gedrückt zu werden.⁵⁹ Die Hauptverhandlung kann auf diese Weise zügiger anberaumt und deshalb mit sachgerechterem Ergebnis beendet werden. Aufgrund der Beschleunigung und wegen des geringeren Aufwandes bleibt zudem genügend Raum für zB nach Abschluss eines Großverfahrens ebenso konzentriert und kompakt zu führende Ermittlungen in einer Vielzahl kleinerer Verfahren. Es ist unverständlich, dass diese eindrucksvollen Erfahrungen kaum Nachahmung an anderen Orten gefunden haben. **62**

56 Vgl oben Rn 58.

57 Janovsky Krim 1998, 269 f.

58 Dittrich/Gruhl/Hepp Krim 1998, 713 ff; s auch Ciolek-Krepold Rn 106; BKA-Jahresbericht Wirtschaftskriminalität 2001, S 81 f.

59 Dittrich/Gruhl/Hepp Krim 1998, 713, 716.

III. Allgemeine Informationsquellen

- 63** Fußt ein Ermittlungsverfahren nicht auf der Auswertung der Insolvenzakten, wird ihm zu meist eine Strafanzeige eines Gläubigers oder einer Krankenkasse zugrunde liegen. Es ist dann meist erforderlich, vom Anzeigenden nähere Angaben zu erfragen. Zudem kann es wichtige Erkenntnisquellen erschließen, Zivilakten beizuziehen, weil darin nicht nur häufig betrugsrelevante unwahre Tatsachenbehauptungen wiederholt werden,⁶⁰ sondern der Beschuldigte zur Vermeidung des Prozessverlustes regelmäßig Angaben zur Sache macht, welche im Ermittlungsverfahren auch dann verwertet werden dürfen, wenn er dort von seinem Schweigerecht Gebrauch macht.

1. Krankenkassen

- 64** Nachfragen sind auch bei anzeigerstattenden Krankenkassen meist erforderlich, teilen sie doch nur höchst selten die erforderlichen Angaben erschöpfend mit. Obwohl sie über die Strafbewehrung nicht abgeführter Arbeitnehmeranteile gem § 266a Abs 1 StGB sehr viel mit Staatsanwaltschaften zu tun haben, fehlen allzu häufig Angaben zu den Versicherten, ihren Beschäftigungszeiten, dem jeweiligen Beitragssatz, zu geringfügig Beschäftigten und freiwillig Versicherten, zu Nachzahlungen, Leistungsbestimmungen und Zwangsbeitreibungen. Diese Informationen müssen bei den Kassen dann nachträglich ermittelt werden. Das dauert häufig mehrere Monate und ist va deshalb unverständlich, weil es doch meist die Kassen sind, welche über die Erteilung von Auflagen an den Beschuldigten, sei es gem § 153a StPO, sei es als Bewährungsaufgabe gem § 59a Abs 2 Nr 1 oder § 56b Abs 2 Nr 1 StGB von den Aktivitäten der Strafjustiz unmittelbar profitieren. Die Kommunikation mit den Krankenkassen hat sich in den letzten Jahren eher verschlechtert als verbessert. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte darin liegen, dass die Gründung von Betriebskrankenkassen erleichtert und die Möglichkeit (weitgehend) freien Kassenwechsels geschaffen wurde. Die Kassen unterliegen deshalb verstärkter Konkurrenz und in deren Folge verschärftem Sparzwang. Der Aufwand für zügige und sorgfältige, die Ermittlungen unterstützende Zuarbeit würde sich allerdings aufgrund verstärkter Generalprävention wie erhöhtem individuellen Nachzahlungsdruck schnell amortisieren.
- 65** Bei den Anfragen nach Beitragsrückständen spielt das sog **Sozialgeheimnis**, §§ 67 ff SGB X, **keine Rolle**. Einer richterlichen Anordnung zur Übermittlung der erforderlichen Daten gem § 73 Abs 3 SGB X bedarf es deshalb nicht, weil § 73 SGB trotz seiner umfassend erscheinenden Überschrift „Übermittlung für die Durchführung eines Strafverfahrens“ nur diejenigen Fälle erfasst, in denen die **Sozialdaten verwaltende Stelle nicht zugleich Verletzte** der in Rede stehenden Straftat ist. Handelt es sich hingegen wie bei § 266a Abs 1 StGB um ein Delikt zum Nachteil der Sozialbehörde, dann ist Rechtsgrundlage für die Übermittlung der Sozialdaten ausschließlich § 69 Abs 1 Nr 2 iVm Nr 1 SGB X. Diese Vorschrift macht die Auskunft an die Strafjustiz nicht von einer gesonderten richterlichen Anordnung abhängig.⁶¹ Strafverfahren iSv § 69 Abs 1 Nr 2 SGB X ist auch das Ermittlungsverfahren.⁶²

2. Insolvenzgericht

- 66** Neben etwaigen Nachfragen beim Anzeigenden wird die Staatsanwaltschaft in Ermittlungsverfahren, die nicht auf eine MiZi zurückgehen, routinemäßig beim **Insolvenzgericht nachfragen**, ob dort Verfahren anhängig sind oder waren. Die daraufhin übersand-

⁶⁰ Dazu Janovsky Krim 1998, 269, 272.

⁶¹ Vgl auch unten Rn 372 ff.

⁶² Hardtung NJW 1992, 211, 212 ff mN auch zur Gegenauffassung.

ten Insolvenzakten sind im gleichen Umfang auswertbar wie nach Übersendung aufgrund einer Anforderung nach Erhalt einer MiZi.⁶³

3. Gerichtsvollzieher

Beziehen sich die Ermittlungen auf ein Unternehmen, hinsichtlich dessen Trägergesellschaft das Unterlassen rechtzeitiger Insolvenzanmeldung strafbar ist,⁶⁴ müssen neben den IN- bzw IK-Akten auch noch die Erkenntnisse des für den Unternehmenssitz zuständigen **Gerichtsvollziehers** zum Ermittlungsverfahren herangezogen werden. Anzufragen ist zu diesem Zweck beim Präsidenten oder Direktor des Amtsgerichts, in dessen Bezirk das Unternehmen seinen Sitz hat oder hatte, weil er für die Erteilung von **Aussagegenehmigungen** zuständig ist. Regelmäßig leitet er die staatsanwaltschaftliche Anfrage an den für das Unternehmen zuständigen oder zuständig gewesenen Gerichtsvollzieher weiter. Dieser fertigt und übersendet entweder eine Aufstellung über die Zwangsvollstreckungsaufträge, mit denen er befasst ist oder war, vermerkt dabei Eingangs- und das Datum des Vollstreckungsversuchs sowie dessen Ergebnis oder übersendet Ablichtungen seiner DR II-Akten. Ist der Gerichtsvollzieher nicht mehr im Dienst, dann verwaltet das Amtsgericht für die Aufbewahrungszeit von 5 Jahren seine Akten und übersendet sie der Staatsanwaltschaft. Aus der Aufstellung des Gerichtsvollziehers oder der in Auswertung der DR II-Akten von den Ermittlungsbehörden selbst gefertigten Auflistung lässt sich häufig der Zeitpunkt ablesen, ab welchem der Schuldner über keine pfändbare Habe mehr verfügte. Dabei handelt es sich regelmäßig um den spätesten Zeitpunkt des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit.

4. Schuldnerverzeichnis

Regelmäßig ist es in solchen Fällen ferner geboten, dass der Staatsanwalt eine Auskunft aus dem **Schuldnerverzeichnis** einholt. Die dort verzeichnete **Abgabe** einer eidesstattlichen Offenbarungsversicherung weist noch eindeutiger als erfolglose Zwangsvollstreckungen auf **eingetretene Zahlungsunfähigkeit** hin. Weist das Schuldnerverzeichnis hingegen lediglich den Erlass eines **Haftbefehls gem § 901 ZPO** gegen den Geschäftsführer aus, so besagt das allein noch nichts Verlässliches, weil der Gläubiger evtl vor Abgabe der eidesstattlichen Offenbarungsversicherung, zB zur Abwendung der Vollstreckung des Haftbefehls, befriedigt worden sein kann. Eine derartige Zahlung belegt zwar nicht die uneingeschränkte Zahlungsfähigkeit, aber eben auch nicht ihr Gegenteil. Es bedarf vielmehr weiterer Ermittlungen.

Die routinemäßige Anforderung aller **M-Akten** ist hingegen auch bei Prüfung des Vorliegens einer Insolvenzverschleppung nicht erforderlich, weil ihr Inhalt nur einen geringen Erkenntnisgewinn verspricht, der über die Ermittlungen bei Gerichtsvollzieher und Schuldnerverzeichnis hinausgeht, zumeist aber gegenüber den Antworten auf die Anfragen bei den genannten Stellen deutlich weniger aussagekräftig ist.⁶⁵ Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse besagen ebenso wie gerichtliche Durchsuchungsgestattungen gem § 758 ZPO für sich nur wenig. Führen solche Schritte zur Zwangsvollstreckung nicht zum Erfolg, schließen sich regelmäßig sowieso Ladungen zur Abgabe der eidesstattlichen Offenbarungsversicherung und/oder Haftbefehlsanträge an. Diese werden aber bereits durch eine Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis bekannt. Allein wenn es auf den genauen Zeit-

⁶³ Vgl dazu oben Rn 10 ff.

⁶⁴ Vgl dazu unten § 11 Rn 1.

⁶⁵ AA Janovsky Krim 1998, 269, 271 f.